

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Inflation wird Reformen erzwingen	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

TITELTHEMA: 40 JAHRE ÖDP

Herkunft & Zukunft: „Das Wertefundament stimmt“ Interview mit Dr. Franz Alt	8
Von der Gründung bis heute: Schlüssige Antworten geben von Prof. Dr. Klaus Buchner	11
Politik & Religion: Wie christlich ist die ÖDP? von Roswitha Bendl	18
Klima-, Umwelt- & Artenschutz: Schöpfung bewahren? von Dr. Michael Stöhr	20
Europäisch-britische Erfahrungen: Politik ohne Korruptionsgefahr von Paul Holmes	25
Leitgedanken & Attraktivität I: „Weniger ist mehr“ Interview mit Thomas Prudlo	27
Leitgedanken & Attraktivität II: „Freiheit vom Zuviel“ Interview mit Agnes Becker	28
Kommunalpolitik: Global denken, lokal handeln von Dr. Claudius Moseler	30
Politikmarketing: Marke, Markenkern – was bringt das? von Dr. Claudio Caballero	36

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Christian Rechholz	42
Aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	44
ÖDP-Frauen: Ran ans Potenzial!	45
Aus dem Europaparlament: Zeit für die Runderneuerung von Manuela Ripa	46
Landesverbände	48
Bundesarbeitskreise	57
Mitgliedergeschichten: Die ÖDP und ich von Florian Brunner	60
Leserbriefe	62
Impressum/Vorschau/Termine	67

Liebe Leserinnen und Leser,

die ÖDP ist 40 Jahre alt. 1982 wurde sie in Bad Honnef gegründet. Seither hat sie sich wacker geschlagen: Sie hat erfolgreiche Volksbegehren initiiert, ist seit 2014 mit einem Mandat im EU-Parlament vertreten und in vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen eine feste Größe in der kommunalen Parteienlandschaft. Rund 530 kommunale Mandate hat sie derzeit inne, darunter einige Bürgermeister. Es wurde also viel richtig gemacht. Unter den zahlreichen Kleinparteien ist die ÖDP eine der ganz wenigen, die sich über so einen langen Zeitraum behaupten konnte. Sie ist keine Sternschnuppe, die kurz hell aufleuchtet, verglüht und verschwindet. Sie ist eine „richtige“ Partei. Keine 1-Thema-Partei, sondern eine Partei mit Vollprogramm. Und dieses Vollprogramm ist wohl das beste, das es in Deutschland gibt.

Dass die ÖDP noch in keinem Landtag vertreten ist, trübt das Bild ein wenig und hat verschiedene Gründe, ist aber kein Grund zum Verzweifeln. Die kommunalen Erfolge zeigen ganz klar, welches Potenzial in ihr steckt. Und angesichts des kläglichen Bildes, das die „Grünen“ derzeit abgeben, werden bei den nächsten Wahlen wohl viele, die eigentlich der ÖDP zuneigen, bisher aber immer den „Grünen“ ihre Stimme gaben, für die ÖDP votieren. Es stehen uns spannende Jahre bevor!

In dieser Ausgabe blickt die ÖkologiePolitik auf 40 Jahre Parteigeschichte zurück – und nach vorn: Was ist das Besondere an der ÖDP? Worin liegt ihr Wesenskern? Was sind ihre Leitgedanken? Worin unterscheidet sie sich von den „Grünen“? Was sollte sie tun, um noch erfolgreicher zu sein? Und was sollte sie dabei nicht tun? Was die ÖDP sicherlich beibehalten und vielleicht schärfen muss, ist ihr Profil. Sie muss als eigenständige politische Kraft wahrgenommen werden, als eine Partei mit Ecken und Kanten. „Wer Everybody's Darling sein möchte, ist bald Everybody's Depp“, brachte es ein früherer bayerischer Ministerpräsident einmal auf den Punkt.

Neben der Wachstumskritik ist wohl der Gemeinwohl-Gedanke ein Leitgedanke und Alleinstellungsmerkmal der ÖDP. Doch was ist Gemeinwohl eigentlich? Der Philosoph John Rawls erklärt es mit dem „Schleier des Nichtwissens“: Wir sollten so handeln, als wenn wir noch nicht geboren wären und auch nicht wüssten, als was wir geboren werden. Unsere Politik würde dann automatisch so aussehen, dass jeder Neugeborene akzeptable Lebensverhältnisse vorfindet – denn einer davon wäre man ja selber. Ein schöner und kluger Gedanke.

Einen herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Ausgabe! Und Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, viel Spaß bei der Lektüre!

Ihre

Günther Hartmann

Jan Altnickel



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur

Ökolumne von Ulrich Brehme



Inflation wird Reformen erzwingen

Die Politik und auch die Zentralbanken haben weltweit die Finanzmärkte mit Krediten zu äußerst niedrigen Zinsen für die Rettung der Banken geflutet. Die Ausweitung der Geldmenge führt langfristig immer zur Inflation. Die Preissteigerungen werden nun zu einem globalen Problem. Das damit einhergehende Risiko betrifft auch die Schwellenländer. Energie und Lebensmittel werden teurer, hinzu kommen Transportprobleme als Folge der Corona-Pandemie, z. B. in China.

Die Anhänger der Verschuldung behaupten: Solange die Zinsen unterhalb der nominalen Wachstumsrate bleiben, sei das kein Problem. Damit schafft man aber einen Wachstumszwang, um den Schuldenberg weiter kontrollieren zu können. Wenn jetzt das Zinsniveau ansteigt, müssen die Regierungen die Steuern massiv erhöhen und die Ausgaben erheblich beschneiden. Die EZB hat insgesamt in Höhe von 4,4 Bio. Euro Staatsanleihen aufgekauft. Dieser Wert soll nun nicht weiter erhöht werden. Die EU besitzt keine eigenen Steuereinnahmen, um diese Schulden abzubauen. Ihre Staaten sollten deshalb jetzt handeln und in der Euro-Zone entsprechende Steuern einführen. Die Auslandsverschuldung in der EU muss streng kontrolliert werden.

Im 1. Weltkrieg wurde in Deutschland der Krieg durch Kriegsanleihen und mit Schuldscheinen finanziert. Die Geldmenge stieg in Deutschland während des 1. Weltkriegs dann auf das Vierfache an. Das Geld wurde für Waffen ausgegeben, denen kein dauerhafter produktiver Gegenwert von Waren und Dienstleistungen gegenüberstand. Kriege hinterlassen immer große Wertverluste. Es gab während des Krieges und danach in der Weimarer Republik kein funktionie-

rendes Steuersystem in Deutschland. Und als der Streit um Zahlung der Reparationen an die Siegermächte eskalierte, entstand 1923 die Hyperinflation. Auch heute haben wir in Europa wieder Kriege. Die Aufrüstung und die Waffenexporte sollen erst in der Zukunft mit Steuern bezahlt werden.

Die Anstiege der Immobilienpreise in den USA und vielen Ländern Europas wurden einfach hingenommen und der öffentlichen und privaten Verschuldung keine effektiven Grenzen gesetzt. Die Entscheidung für massive Staatsanleihekäufe, die hinter der EZB-Politik des „whatever it takes“

von Mario Draghi zur Stabilisierung des Euro steht, kann bei steigenden Zinsen auch heißen: gemeinsam in den Untergang. Die Erweiterung der Währungsunion um Griechenland im Jahr 2001 führte zu einer großen Finanzkrise in der Euro-Zone. Griechenland hatte sich den Beitritt mit falschen Angaben erschlichen, konnte die Regeln nicht einhalten und hatte ein unzureichendes Steuersystem. Die ursprünglich befristet geplanten Notmaßnahmen mutierten zu einem riesigen „Euro-Rettungsmechanismus“. Die Politik war darauf ausgerichtet, das Scheitern von Großbanken zu verhindern. Immerhin wurde der EZB ein Mandat zur Bankenüberwachung übertragen.

Heute ist die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft bedenklich. Die Politik muss strategische Schwerpunkte setzen. Dazu gehört vor allem die Rettung des Klimas. Das muss Vorrang vor Renten Krisen, Rohstoffengpässen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie haben. Die Kosten des Klimawandels werden von

den Marktteilnehmern noch immer unterschätzt. Die EU sollte eigene Steuern in der Euro-Zone einführen und dabei besonders energieintensive Unternehmen höher besteuern.

Auch der CO₂-Emissionshandel muss vor Zugriffen geschützt werden. Die EU-Kommission versuchte bereits, Emissionszertifikate, die sie dem Markt entzogen hat, wieder zu verkaufen, womit der CO₂-Preis sinkt. Damit sägt sie am „Green Deal“ – mit dem Ziel, LNG-Terminals zu finanzieren. Ein unglaublicher Skandal! Aber fast niemand protestiert dagegen.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

EU-Parlament will wieder Sperrklausel

Die Wahlen zum EU-Parlament könnten künftig anders als bisher ablaufen. Geplant ist die Einführung einer Sperrklausel von 3,5%, was in Deutschland für größere Diskussionen sorgen wird, weil ähnliche Vorhaben bereits zweimal vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert sind: 2011 und 2014. Zudem soll es eine Zweitstimme geben, über die Politiker gewählt werden können, die auf europaweiten Listen antreten.

» www.t1p.de/3hv33

Schlachthöfe verbreiten resistente Keime

Antibiotika-resistente Keime breiten sich über Abwässer von Schlachthöfen in der Umwelt aus. Das bestätigten Abwasserproben, die im Auftrag von Greenpeace An-



fang 2022 bei vier Schlachthöfen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen genommen wurden. In 35 von 44 analysierten Proben wurden Antibiotika-resistente Keime nachgewiesen. Nach aktuellen Berechnungen sterben durch sie weltweit pro Jahr mehr als 1,2 Mio. Menschen, in Deutschland mehr als 2.000. Je mehr Antibiotika in Tierställen eingesetzt werden, desto mehr solcher Keime bilden und verbreiten sich.

» www.t1p.de/38qz

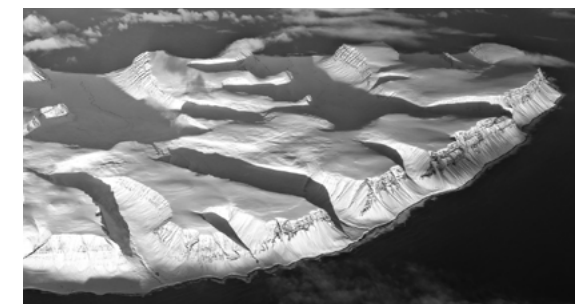
Hunger auf der Welt nimmt wieder zu

Im Jahr 2021 litten weltweit 811 Mio. Menschen unter chronischem Hunger, mehr als 2 Mrd. sind akut mangelernährt. Einige Jahre ging die Zahl der Hungernden in vielen Teilen der Welt zurück: von 825 Mio. im Jahr 2005 auf 629 Mio. im Jahr 2014. Zuletzt nahm der weltweite Hunger wieder zu – vor allem im Kongo, in Afghanistan, in Äthiopien, im Jemen, in Madagaskar und dem Südsudan. Die Klimaerwärmung sowie der Krieg in der Ukraine verschärfen die Situation.

» www.t1p.de/sd2xv

Antarktis ist 2022 außergewöhnlich warm

Im Rahmen der weltweit messbaren Klimaerwärmung heizen sich die Pole deutlich schneller auf als der Rest des Planeten. Auf der Forschungsstation Vostok im Osten der Antarktis auf 3.400 m Höhe wurden im März 2022 – 17,7 °C



gemessen – üblich sind für den Monat März – 53 °C. Wissenschaftler sprechen von einem historischen Ereignis.

» www.t1p.de/e9kd2

Golfstrom verliert an Kraft

Zwar schwankt die Strömung im Golfstromgebiet, doch seine jüngste Verlangsamung ist die extremste seit einem Jahrtausend. Forscher befürchten, dass die Umwälzpumpe im Nordatlantik durch die Klimaerwärmung langsamer wird und damit weniger Wärme nach Norden transportiert. Wenn sich der Golfstrom abschwächt, wirkt sich das in Europa spürbar aus. Trotz globaler Klimaerwärmung würden die durchschnittlichen Temperaturen in Mitteleuropa dann sogar eher um ein paar Grad sinken.

» www.t1p.de/h2ksy

Klimaerwärmung um 1,5 Grad rückt näher

Wetterexperten der UN rechnen mit neuen Hitzerekorden bis 2026 und in Folge mit einem Temperaturanstieg um möglicherweise 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau des 19. Jahrhunderts. Noch 2015 galt dies in so kurzer Zeit als praktisch ausgeschlossen. Die Schwelle markiert den Punkt, an dem Klimafolgen zunehmend schädlich werden. Das heißeste Jahr war bislang 2016, als die globale Durchschnittstemperatur etwa 1,2 Grad über dem vorindustriellen Niveau lag. 2021 lag sie 1,1 Grad darüber.

» www.t1p.de/g5xyi

Permafrost-Torfgebiete nähern sich Kipppunkt

Forscher warnen, dass die Permafrost-Torfgebiete in Europa und Westsibirien viel näher an einem klimatischen Kipppunkt sind als bisher angenommen. Diese Gebiete speichern bis zu 39 Mrd. Tonnen Kohlenstoff – doppelt so viel wie die europäischen Wälder. Nur massive Maß-

nahmen zur CO₂-Emissionsreduzierung können die Klimaerwärmung so stark bremsen, dass der gespeicherte Kohlenstoff nicht freigesetzt wird.

» www.t1p.de/cvqap

CO₂-Anteil in Erdatmosphäre steigt stetig an

Die CO₂-Konzentration steigt mit historisch hohen Raten an. Der globale Durchschnitt lag 2021 bei 414,7 ppm, was einem Anstieg von 2,66 ppm gegenüber dem Durchschnitt von 2020 entspricht. 2021 war das zehnte



Foto: jodyDelDavis/pixabay.com

te Jahr in Folge, in dem die CO₂-Konzentration um mehr als 2 ppm gestiegen ist. Der heutige Wert ist vergleichbar mit dem, den die Erdatmosphäre vor etwa 4,3 Mio. Jahren hatte. Damals lag der Meeresspiegel etwa 23 m höher als heute.

» www.t1p.de/fsyk

Massentierhaltung lässt Grundwasser versauern

In den letzten zehn Jahren wurde das Grundwasser in Deutschland immer saurer – besonders in Niedersachsen. Hauptursache ist die hohe Dichte an Massentierhaltungen und die damit verbundenen Ammoniak-Emissionen. Ammoniak entsteht, wenn Harnstoff oder Eiweiß in den Exkrementen der Nutztiere zersetzt wird. Während die ebenfalls für die Versauerung verantwortlichen Stickstoff-Emissionen aus dem Verkehr und Industriebereich von 1990 bis 2010 um die Hälfte zurückgingen, gelang der Landwirtschaft bei Ammoniak nur eine Senkung um ein Fünftel.

» www.t1p.de/xzbik

Mikroplastik in menschlichem Blut nachgewiesen

Niederländische Forscher entdeckten erstmals Mikroplastik-Partikel in menschlichem Blut. In 17 von 22 Blutproben fanden sie welche. Die Hälfte enthielt PET-Kunststoff, der üblicherweise in Getränkeflaschen verwendet wird, ein Viertel Polyethylen, aus dem Plastiktragetaschen hergestellt werden. Was Mikroplastik im Körper an-



Foto: pasja1000/pixabay.com

richtet, hängt auch davon ab, wie es sich in der Blutbahn verteilt und ob es sich in Organen wie Leber oder Milz anreichert. Ein Grund für die weltweite Mikroplastik-Kontamination sind die riesigen Mengen Müll, die jedes Jahr in die Umwelt entsorgt werden. Gleichzeitig gibt es in Produkten immer mehr Plastikkomponenten.

» www.t1p.de/ot6e3

BigBrotherAward geht an Bundeskriminalamt

Dafür, wie personenbezogene Daten in Dateien abgespeichert und genutzt werden, wurde der BigBrotherAward 2022 in der Kategorie „Behörden und Verwaltung“ dem Bundeskriminalamt verliehen. Denn entgegen den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben kennzeichnet es seine Daten gar nicht oder nur unzureichend. So können Millionen Menschen von der Polizei oder anderen Behörden ungerechtfertigterweise als Gefährder oder Straftäter behandelt werden. Die europäische Datenschutzrichtlinie für Polizei und Justiz fordert, dass bei der polizeilichen Datenspeicherung klar ersichtlich sein muss, ob jemand Straftäter, Verdächtiger, Opfer, Zeuge, Hinweisgeber oder Kontaktperson ist und ob es sich um nachgewiesene Fakten oder bloße Vermutungen handelt.

» www.t1p.de/hz38f

Höchstes US-Gericht stellt Profit über Klimaschutz

Der US-amerikanische Supreme Court, in dem „konservative“ Richter dominieren, entschied Ende Juni 2022, die Kompetenzen der Umweltschutzbehörde „Environmental Protection Agency“ (EPA) beim Klimaschutz deutlich einzuschränken. Künftig soll es der EPA praktisch nicht mehr möglich sein, wirkungsvolle Vorschriften zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Kraftwerken zu erlassen. Durch dieses Urteil scheint es fraglich, ob US-Präsident Joe Biden seine Klimaschutzziele erreichen kann.

» www.t1p.de/du4u0

BIG BROTHER AWARDS.de

Bücher

Wirtschaftswachstum & Klimaerwärmung

Ulrike Herrmann

Das Ende des Kapitalismus

Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden
KiWi, September 2022
352 Seiten, 24.00 Euro
978-3-462-00255-3

Geht es nach den „Grünen“, dann soll uns „Grünes Wachstum“ vor der Klimaerwärmung und den damit einhergehenden Umweltkatastrophen retten. Die Wirtschaftsjournalistin erläutert scharf, aber verständlich, warum das nicht funktionieren kann und warum wir stattdessen „grünes Schrumpfen“ brauchen. Denn Wachstum braucht Technik. Und Technik braucht Energie. Die aus Sonne und Wind kann bei Weitem nicht reichen, wenn weltweit die Volkswirtschaften nach westlichem Vorbild wachsen. Statt einer Wachstums- brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, in der die Bedürfnisse zugeschraubt sind und sich möglichst alle Produkte wiederverwerten oder recyceln lassen. (gh)



Meinungsfreiheit & Demokratie

Ulrike Guérot

Wer schweigt, stimmt zu

Über den Zustand unserer Zeit und darüber, wie wir leben wollen
Westend, März 2022
144 Seiten, 16.00 Euro
978-3-86489-359-9

Die Politikwissenschaftlerin und Europa-Expertin zeigt, wie schwer angeschlagen unsere Demokratie derzeit ist. Die während der Corona-Pandemie erlassenen Maßnahmen haben den Niedergang nochmals beschleunigt. Unsere Leitmedien tragen daran eine gehörige Mitschuld: Mit der Gleichförmigkeit in der Berichterstattung einher geht eine aggressive Diffamierung kritischer Stimmen und abweichender Meinungen. Guérot hält dem die Auffassung entgegen, dass etwas noch lange nicht richtig sein muss, nur weil eine Mehrheit es für richtig hält, und belegt dies anhand zahlreicher Beispiele sowohl aus der Vergangenheit als auch aus der jüngsten Gegenwart. (gh)



Machtpolitik & Demokratieabbau

Sheldon S. Wolin

Umgekehrter Totalitarismus

Faktische Machtverhältnisse und ihre zerstörerischen Auswirkungen auf unsere Demokratie
Westend, Februar 2022
978-3-86489-348-3

Die westlichen Industriestaaten versuchen, ihre globale Vormachtstellung zu sichern und auszubauen. Die Maßnahmen dafür werden mit den Werten „Freiheit“ und „Demokratie“ begründet, die es zu verteidigen gilt. Doch unbemerkt werden sie immer mehr abgebaut und durch autoritäre Strukturen ersetzt. Das zeigt der amerikanische Politikwissenschaftler anhand vieler Beispiele. (gh)



Klimaerwärmung & Klimaschutz

Klaus Wiegandt (Hrsg.)

3 Grad mehr

Ein Blick in die drohende Hitzezeit und wie uns die Natur helfen kann, sie zu verhindern
Oekom, Juli 2022
352 Seiten, 25.00 Euro
978-3-96238-369-5

Erwärmt sich die Erdatmosphäre um 3 Grad, so erwärmen sich die Landflächen um 6 Grad und mehr. Das Wettergeschehen ändert sich grundlegend – mit verheerenden Schäden in Höhe von mehr als 10 % des Weltsozialprodukts. Millionen Menschen werden zu Klimaflüchtlingen. Wie sich ein solches Szenario verhindern lässt, zeigen renommierte Wissenschaftler. (gh)



Aktivismus & Besinnlichkeit

Byung-Chul Han

Vita Contemplativa

Oder von der Untätigkeit
Ullstein, Juni 2022
978-3-550-20213-1

Die Fähigkeit zum Nichtstun kommt unserer von Arbeit und Leistung geprägten Gesellschaft abhanden. Dabei ist Nichtstun keine bloße Abwesenheit von Tätigkeit, sondern ein eigenständiges Vermögen. Der Philosoph spürt seinem Reichtum und seiner Magie nach und zeigt, dass die gegenwärtige Krise unserer Gesellschaft nach einer anderen, besinnlicheren Lebensform verlangt. (gh)



Herkunft & Zukunft

„Das Wertefundament stimmt“

Die ÖDP spaltete sich von den „Grünen“ ab, damit ökologische Politik für die Mitte unserer Gesellschaft wählbar wird. Die ökologische Krise hat sich seither deutlich verschärft. Eine ökologische Wende ist heute wichtiger und dringender denn je.

Interview mit Dr. Franz Alt

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Alt, Sie kennen Herbert Gruhl. Was, denken Sie, war seine Motivation, vor 40 Jahren diese ökologische Partei zu gründen?

Dr. Franz Alt: Herbert Gruhl wusste, dass er in seiner damaligen Partei, der CDU, mit seinen Vorstellungen einer ökologischen Politik und vor allem mit seiner Forderung nach einem „Weniger ist mehr“ allein und verlassen war. Deshalb trat er aus der CDU aus, gründete zuerst die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ), dann die ÖDP – aus der er aber auch wieder austrat. Er war zu ungeduldig.

Sie haben die Entstehung der ÖDP „hautnah“ erlebt. Wie war das damals?

„Hautnah“ deshalb, weil Herbert Gruhl mich und meine Frau in Baden-Baden mehrmals besuchte und wir über seine ökologischen Ideen sowie die geringe ökologische Sensibilität seiner und meiner damaligen Partei sprachen. In einem dieser Gespräche bot ich ihm die Möglichkeit an, in meiner ARD-Sendung „Report Baden-Baden“ 10 Minuten seinen Austritt aus der CDU zu begründen. Darauf ging er ein. Die ÖDP wurde quasi in unserem Wohnzimmer gegründet. Und wir blieben bis zu seinem Tod befreundet.

Wer war noch mit von der Partie?

Vor allem zwei Namen fallen mir da heute noch ein: der Bauer Baldur Springmann und die Pazifistin Petra Kelly. Mit Kelly war auch ich befreundet. Springmann und Kelly waren Gruhls erste und wichtigste Mitstreiter.

Wir kämpften für ökologischen Fortschritt – Gruhl als Politiker, ich als Publizist.

Aber warum stieg der Parteigründer Gruhl wieder aus der ÖDP aus?

Gruhl war einer der ersten und wichtigsten ökologischen Denker in Deutschland, tat sich aber nicht leicht damit, andere zu überzeugen. Er war eher ein Einzelkämpfer denn ein Politiker. Die konservative ÖDP war ihm zu „links“, was ich immer nur komisch fand. Gruhl war zu wenig pragmatisch.

War ökologische Politik damals ein „Kampf gegen Windmühlen“?

Ja. Es herrschte damals die Überzeugung, dass mit Wirtschaftswachstum alle großen Probleme zu lösen seien. Gruhls Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ war 1975 erschienen, die Club-of-Rome-Studie „Die Grenzen des Wachstums“ 1972. Dieses revolutionäre Buch wurde zwar weltweit heftig diskutiert, aber in der Politik so wenig ernst genommen wie Gruhl in der CDU.

Welche Themen beherrschten damals die politische Agenda?

Drei Themen: Wachstum. Wachstum. Und Wachstum.

Wann änderte sich das?

Leider noch bis heute nicht wirklich. „Fridays for Future“ ist ein erster, aber noch immer viel zu kleiner Wendepunkt. Ein weiterer kleiner Wendepunkt war das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz der damaligen Bun-



Dr. Franz Alt,

Jahrgang 1938, studierte Politische Wissenschaften, Geschichte und Philosophie, promovierte und schlug anschließend eine Berufslaufbahn als Journalist ein. Von 1972 bis 1992 war er beim Südwestfunk Leiter und Moderator des Fernsehmagazins „Report“. Seit 1992 leitet er beim Südwestfunk das Magazin „Zeitsprung“, seit 1997 bei 3sat das Magazin „Quer-Denker“, schreibt Bücher und Kommentare, hält Vorträge und berät Konzerne und Regierungen. Er erhielt für seine Arbeit zahlreiche Auszeichnungen.

www.sonnenseite.com

desregierung vom Frühjahr 2021. Ich sehe hier zwei kleine Hoffnungsschimmer auf eine bessere Welt.

Warum bezeichnen Sie diese Hoffnungsschimmer als „klein“?

Als ich 1975 in „Report“ mein Interview mit Herbert Gruhl über sein Buch führte, hat die Welt täglich etwa 80 Mio. Tonnen CO₂ emittiert, 100 Tier- und Pflanzenarten ausgerottet sowie 40.000 Hektar Wüste produziert. Heute sind wir bei täglich 180 Mio. Tonnen CO₂, 200 Tier- und Pflanzenarten sowie 60.000 Hektar Wüste. Es wird keinen Klimaschutz und keine wirkliche Umweltpolitik geben, solange wir diese Überlebensfragen nur unter technischen Aspekten diskutieren.

Heißt das, ökologische Politik braucht ein Wertefundament?

„Die ÖDP hat zwar kein ‚C‘ im Namen, doch ihre Programmatik ist inhaltlich dem ‚C‘ viel näher, als es die CDU oder die CSU ist.“

Ethik und Technik müssen zusammenfinden. Die Technik allein wird uns nicht retten. Das sah Gruhl auch schon so. Er hoffte vergeblich, dass das „C“ im Parteinamen der CDU helfen könne. Seine ÖDP hat zwar kein „C“ im Namen, doch ihre Programmatik ist inhaltlich dem „C“ viel näher, als es die CDU oder die CSU ist.

Warum ist ein Wertefundament so wichtig?

Weil wir endlich eine Politik brauchen, die dem „Zeitalter des Lebendigen“ gerecht wird, wie es die französische Philosophin Corine Pelluchon sagt. Oder eine „Erdpolitik“ im „Jahrhundert der Umwelt“, wie es Ernst Ulrich von Weizsäcker vorschlägt. Dafür liefern Gruhl und die ÖDP wichtige Impulse. In dem soeben erschienenen Buch „Der Planet ist geplündert“ haben Ernst Ulrich von Weizsäcker und ich – in bewusster Anlehnung an Gruhls Buch – darauf aufmerksam gemacht.

Was meinen Sie damit konkret?

Wir brauchen eine Umwelt-Ethik, eine Tier-Ethik, eine Bio-Ethik, eine

Klima-Ethik, eine Erd-Ethik. Der Dalai Lama sagt: „Ethik ist wichtiger als Religion.“ Das heißt: Unser Tun ist wichtiger als religiöse Lippenbekenntnisse. Wir brauchen eine zweite Aufklärung.

Weil die klassische Aufklärung heute nicht mehr reicht?

Die bisher als Verstandeseinseitigkeit begriffene klassische Aufklärung braucht eine zweite Aufklärung mit einer ethischen Ergänzung. Mit dem Verstand allein kommen wir Menschen nicht zur Vernunft. Was die täglichen Nachrichten immer

BUCHTIPP

Franz Alt, Ernst Ulrich von Weizsäcker
Der Planet ist geplündert
Was wir jetzt tun müssen
S. Hirzel, März 2022
208 Seiten, 22.00 Euro
978-3-7776-3020-5



Auch Bundeskanzler Olaf Scholz rief nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine eine „Zeitenwende“ aus. Müssen wir nicht ohnehin die politische Agenda neu justieren?

Ganz dringend, wenn unsere Kinder und Enkel noch auf einem lebensfreundlichen Planeten leben sollen. Angesichts des schrecklichen Ukraine-Kriegs wird zurecht vor einem Dritten Weltkrieg gewarnt. Wir übersehen aber, dass wir schon längst einen Dritten Weltkrieg führen – gegen die Natur. Und damit gegen uns selbst, denn wir sind ein Teil der Natur. Wir verbrennen heute an 1 Tag so viele fossile Rohstoffe, wie die Natur sie in 1 Mio. Tagen angesammelt hat. Diese Philosophie des grenzenlosen Wachstums kann in einer begrenzten Welt nicht gut gehen. Jedes Jahr sterben schon heute 7 Mio. Menschen durch Umweltverschmutzung – Tendenz: stark steigend.

Was müssen wir anders machen?

Unseren Wohlstand können wir nur erhalten, wenn wir so rasch wie möglich auf 100% erneuerbare Energie umsteigen. Sonne, Wind, Wasserkraft, Erdwärme und Bioenergie stehen uns für alle Zeit und in fast jedem Land der Welt zur Verfügung.

Mit welchen Themen kann die ÖDP 40 Jahre nach ihrer Gründung heute punkten?

Ökologie, Frieden, zukunftsfähige Jobs und Gerechtigkeit – das sind die Überlebens Themen. Dafür brauchen wir eine solare Energiewende, eine

ökologische Verkehrswende, eine nachhaltige Bauwende, eine giftfreie Landwirtschaft, eine regionale Wasserwende, eine Waldwende der Vielfalt und einen lebensfreundlicheren Umgang mit Tieren. Wir müssen aber auch verstehen, dass Leben mehr ist als menschliches Leben. Nicht der Mensch im Mittelpunkt, sondern das Leben im Mittelpunkt ist die Basis erfolgreicher Politik und verantwortlicher Wirtschaft.

Wie erreichen wir das?

Wirkliche Aufklärung und wirkliche Emanzipation bedeuten, dass wir lernen müssen, dass Leben nur in der Einheit allen Lebens überleben kann. Albert Schweitzer hat dafür den Begriff „Ehrfurcht vor allem Leben“ geschaffen. Auch Michail Gorbatschow sagt in einem Buch, das wir zusammen geschrieben haben: „Wir sind eine Menschheit, auf einer Erde unter einer Sonne.“

Das sind hehre Worte und Ziele. Ist das umsetzbar?

Der jetzt notwendige ökologische Wandel beinhaltet die Natur, die Gesundheit, die Gerechtigkeit, aber auch unser Verhältnis zu Tieren und Pflanzen. Menschen ohne Tiere und Pflanzen kann und wird es nicht geben. Wir aber zerstören in krankhafter Weise unsere eigenen Lebensgrundlagen. Das muss anders werden.

Sie sagten einmal, Gruhl sei eher ein „Schreibtischtäter“ gewesen, der wenig Einfluss auf konkrete Politik hatte. Sehen Sie da Parallelen zur heutigen ÖDP?

Nach meiner Beobachtung wären sowohl die Grünen wie auch die ÖDP politisch erfolgreicher, wenn sie sich zusammenschließen würden und weniger dogmatische und ideologische Vorbehalte gegeneinander hätten.

Ist das denn so schlimm?

Wohin Abgrenzungen zwischen politisch Verwandten führen, sehen

wir auf der linken Seite des politischen Spektrums zwischen der SPD und der Links-Partei. Für beide grünen Parteien gilt: Wir müssen bewahren, was uns bewahrt.

Bewahren klingt nach konservativer Politik.

Das ist konservativ grüne Politik: saubere Luft, reines Wasser, gesunde Böden und eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt und eine nachhaltige Wirtschaft. Die Ökologie ist das wich-



Plakat aus den Anfangsjahren 1982 – 1984

tigste Emanzipationsprojekt des 21. Jahrhunderts. Das erfordert von beiden grünen Parteien größtmögliche Kooperationsbereitschaft.

Ist die ÖDP präsent genug in der deutschen Parteienlandschaft?

Nein.

Muss sie „lauter“ sein oder werden?

Die Partei sollte mehr pragmatisch und weniger dogmatisch sein. Die ÖDP ist in der Schule von Gruhl dazu prädestiniert, eine moderne „Ethik der Wertschätzung“ weiter zu entwickeln – und zwar mit Lust auf Zukunft und mit Freude. Die ÖDP wird dann eine erfolgreiche Partei, wenn man ihrem Programm und ihren Mitglie-

dern anmerkt, dass die Sonne jeden Tag neu scheint. Wir können die Kriege um die fossilen Ressourcen hinter uns lassen und Frieden mit der Sonne gewinnen.

Gruhls Kritik galt einer Wegwerfgesellschaft – heute doch noch immer topaktuell, oder?

Absolut. Das Rezept heißt Kreislaufwirtschaft. From cradle to cradle.

Wäre Gruhl zufrieden mit dem, was die ÖDP erreicht hat?

Das weiß ich nicht. Gruhl war ja selbst kein charismatischer Politiker. Er setzte zu wenig auf das Prinzip Hoffnung.

Setzt die ÖDP auf die richtigen Themen?

Da das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der Umwelt werden muss, hat die ÖDP dieses Jahrhundert-Thema schon im Namen. Sie muss es besser, aber nicht besserwisserisch „verkaufen“.

Auch Sie waren – wie Gruhl – CDU-Mitglied und sind zugleich überzeugter Ökologe. Warum sind Sie nicht ÖDP-Mitglied geworden?

Bei Wahlen schwanke ich immer zwischen der ÖDP und den Grünen. Aber als Publizist möchte ich in keiner Partei sein. 28 Jahre CDU-Mitgliedschaft reichen mir.

Muss sich die ÖDP nach 40 Jahren neu orientieren oder gar neu erfinden?

Das Wertefundament der ÖDP stimmt. Und das ist heute wichtiger als je zuvor.

Wo sehen Sie die ÖDP nach weiteren 40 Jahren?

Ich bin kein Prophet, aber ich wünsche mir, dieser wichtigen Partei und unserem Land, dass schon früher eine ökologische Partei den Kanzler oder die Kanzlerin stellt. Geduld ist auch eine ökologische Tugend.

Herr Dr. Alt, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Das Interview führte Gerd Pfitzenmaier, Verbändekoordinator der ÖDP

Von der Gründung bis heute

Schlüssige Antworten geben

Die Geschichte der ÖDP ist voller Höhen und Tiefen. Die Qualität ihrer politischen Programme war immer hoch, wurde jedoch von den Wählern auf Landes- und Bundesebene wenig honoriert. Aber es gab auch große Erfolge. Ein persönlicher Bericht

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Westdeutschland waren drei Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs stabil. Der Wohlstand basierte auf einem stetigen Wirtschaftswachstum. Und das war auch entscheidend für die Stabilität der Deutschen Mark. In diese Situation platzte die Warnung des Club of Rome, unbegrenztes Wachstum sei in einer begrenzten Welt nicht möglich. Konkreter führte das Herbert Gruhl in seinem Buch „Ein Planet wird geplündert – Die Schreckensbilanz unserer Politik“ aus, das 1975 erschien. In der Folge bildete sich im Jahr 1977 in Niedersachsen die „Grüne Liste Umweltschutz“, 1978 folgten in mehreren Bundesländern weitere lokale Parteien.

Gruhl war damals Bundestagsabgeordneter der CDU, doch weil die Partei seine Warnungen ignorierte, trat er aus und gründete zusammen mit Heinz Kaminski, Erich Huster und anderen 1978 die „Grüne Aktion Zukunft“ als erste bundesweite Partei mit den Zielen „Umweltschutz“ und „Ausstieg aus der Atomkraft“. Zehn Tage später entstanden ihr hessischer und ihr bayerischer Landesverband. Das Ergebnis von 0,9% bei der hessischen Landtagswahl 1978 machte jedoch klar, dass nur ein Zusammenschluss aller ökologischen Parteien den Durchbruch schaffen kann.

So entstand 1979 die „Sonstige Politische Vereinigung Die Grünen“,

die die Gründung der Partei „Die Grünen“ im Jahr 1980 vorbereitete. Sie war eine bunte Mischung verschiedener Gruppierungen, deren Gesinnung von national bis weit links reichte. Auch viele Mitglieder des „Kommunistischen Bundes/Marxisten-Leninisten Westberlin“ und anderer kommunistischer Splittergruppen traten bei. So wurde 1980 auf dem Parteitag ein Programm beschlossen, in dem außer Umweltschutz materialistische, sozialistische, feministische und sogar anarchische Ideen in den Vordergrund traten.

Gruhl, einer ihrer Sprecher, sah darin „keine realistische Antwort auf die drängenden Zukunftsprobleme“ und zudem einen Widerspruch zum

Das ÖDP-Programm war weltoffen und tolerant, während die damalige Haltung der „Grünen“ meinen christlichen Überzeugungen widersprach.

Grundgesetz. Deshalb schloss sich 1980 die „Grüne Aktion Zukunft“ mit mehreren anderen Parteien zusammen, die bis dahin ebenfalls Mitglieder der „Grünen“ waren. Der erste ordentliche Parteitag der „Ökologisch Demokratischen Partei“ (ÖDP) fand aber erst am 6./7. März 1982 in Bad Honnef statt. Auf ihm wurde Gruhl erwartungsgemäß zum Vorsitzenden gewählt. Das Grundsatzprogramm war kurz vorher auf einer nicht-öffentlichen Versammlung beschlossen

worden. Es war nur etwa ein Dutzend DIN-A5-Seiten lang.

Als ich 1983 der ÖDP beitrug, waren darin für mich zwei Dinge wichtig: Das Programm war weltoffen und tolerant, während die damalige Haltung der „Grünen“ meinen christlichen Überzeugungen widersprach. Das ÖDP-Programm betonte auch, dass es wichtig ist, die Wirtschaft der Entwicklungsländer zu fördern. Die „Grünen“ dagegen wollten das Flüchtlingsproblem durch eine Öffnung unserer Grenzen lösen, hofften offensichtlich, dass die bei uns lebenden Migranten ihre Heimatländer so sehr finanziell unterstützen würden, dass dort die größte Not verschwinden würde.

Gruhl führte die Partei wie ein Familienvater. Die Geschäftsstelle in Bonn finanzierte er persönlich, weil sie aus den Mitgliedsbeiträgen nicht unterhalten werden konnte. Das große Problem der ÖDP war nämlich ihre späte Gründung. Die Aufmerksamkeit der Medien konzentrierte sich auf die teils chaotischen Zustände bei den „Grünen“. Deshalb hatte die ÖDP nur wenige Tausend Mitglieder, zu wenig Geld und keine ausreichende Organisation.

Anti-Atom-Politik

Bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 wurde deutlich, wie wichtig der Atomausstieg war. Die Aufmerksamkeit der Medien konzentrierte sich jedoch auf die „Grünen“. Die ÖDP war zwar schlecht organisiert, aber trotzdem aus der Anti-Atom-Bewegung nicht wegzudenken. Denn die Bundesregierung belog die Bevölkerung systematisch. Und das bayerische Innenministerium verhängte nach dem Reaktorunfall sogar eine Informationsperre.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gab nur ein Hundertstel der tatsächlichen Radioaktivitätswerte an, kurz darauf Gesundheitsministerin Rita Süsmuth immerhin ein Zehntel. Der „Gesellschaft für Strahlen- und Umweltschutz“, die im kleinen Kreis die korrekten Werte veröffentlichte, wurde das verboten, um „der Bevölkerung nicht das Vertrauen in die Wissenschaft zu nehmen“.

Ein bayerisches Gericht, vor dem ein Ökobauer und ich gegen die Regierung wegen ihrer falschen Angaben klagten, urteilte: Die Bevölkerung habe kein Recht auf eine richtige Information; es genüge, wenn die Regierung Empfehlungen für die Gesundheit herausgebe. Später ergaben Berechnungen, dass gerade diese Empfehlungen einen messbaren Anstieg der Säuglingssterblichkeit bewirkten.

Gegen die atomfreundliche Politik der Bundesregierung regte sich natürlich in der Bevölkerung Protest. Dementsprechend groß war auch später noch das Interesse an den Aktionen und Vorträgen der ÖDP, die sich bis 1989 gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf sowie in den 1990er-Jahren gegen den Einsatz des hochgiftigen Plutoniums

im Kernkraftwerk Gundremmingen und gegen die atomaren Zwischenlager richtete.

Einmal standen bei meinem Vortrag zwei Polizisten vor der Eingangstüre, um Besucher abzuhalten,



Bundestagswahl 1994

und zwei in Zivil waren im Saal unter den Zuhörern. Letztere konnte ich aber überzeugen, sodass sie danach selbst der Atomkraft kritisch gegenüberstanden.

Zusammen mit anderen Parteien und Bürgerinitiativen engagierte sich die ÖDP bei den zahlreichen Prozessen gegen die neuen Genehmigungsverfahren für Atomkraftwerke. Die wurden zwar alle verloren, aber trotzdem haben wir viel erreicht. Denn eine Reihe der in einem Prozess abgelehnten Forderungen wurden dann in späteren Genehmigungsbescheiden erfüllt. Die ÖDP profitierte davon. In Bayern, wo der Widerstand besonders stark war, steigerte sie sich bei den Landtagswahlen stetig: von 0,4 % im Jahr 1982 bis auf 2,1 % im Jahr 1994, das bislang beste Ergebnis bei einer Landtagswahl.

Abgrenzung gegen Rechts

Als sich 1982 die ÖDP von den Grünen trennte, folgten viele, die mit dem Kurs der Grünen nicht einverstanden waren – darunter auch Rechte. Leider wurde dieses Problem erst spät erkannt. Baldur Springmann verließ die ÖDP bereits 1983 wieder, weil er erkannte, dass sie für eine nationalistische Gesinnung keine politische Heimat war. Andere waren hartnäckiger, unter ihnen Ursula Haverbeck-Wetzel, eine später gerichtlich verurteilte Rechtsextreme. Dem Bundesschiedsgericht, dessen Vorsitzender ich damals war, gelang es erst 1989, sie aus der Partei auszuschließen. Kurz vor Verkündung des Urteils trat sie selbst aus.

Das Problem mit den Rechten in der Partei erledigte sich 1989, als auf dem Saarbrückener Parteitag der sogenannte „Rechtsabgrenzungsbeschluss“ gefasst wurde. Er stellte klar, dass rechte Gesinnung nicht mit der Mitgliedschaft in der ÖDP vereinbar ist.

Auf diesem Parteitag trat Gruhl als Bundesvorsitzender der ÖDP zurück, weil der Bundesvorstand, der Bundeshauptausschuss und vor allem der Parteitag nicht mehr allen seinen Entscheidungen folgten. So konnte er z. B. die Abwahl von Maria Opitz-Döllinger und Peter Schröder, zwei Mitgliedern des Bundesvorstands, mit denen er Meinungsverschiedenheiten hatte, nicht durchsetzen. Außerdem war er über den Rechtsabgrenzungsbeschluss nicht glücklich.

Zu seinem Nachfolger wurde Hans-Joachim Ritter gewählt, der bei seiner Rede in dieser kritischen Situation immer wieder stürmischen Beifall erhielt. Gruhl verließ 1990 die ÖDP, trat den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ bei und schrieb Beiträge für rechte und linke Blätter. Der ÖDP schadete diese Auseinan-

dersetzung nicht. Sie wuchs und hatte 1990 ihr bisher bestes Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl: 0,44 %.

Innovative Programmarbeit

Dass es zu solch ungenügenden Wahlergebnissen kam, lag sicher nicht am Parteiprogramm. Denn schon kurz nach ihrer Gründung hatte die ÖDP zusammen mit Hans Christoph Binswanger die „Ökologische Steuerreform“ entwickelt: Die Abgaben auf fossile Energien sollten

Der 1989 gefasste Rechtsabgrenzungsbeschluss stellte klar, dass rechte Gesinnung nicht mit der Mitgliedschaft in der ÖDP vereinbar ist.

steigen, das so eingenommene Geld wieder an Bürger und Wirtschaft zurückgehen und die Sozialabgaben aller Beschäftigten deutlich sinken.

Einige Jahre später übernahmen die Grünen diese Idee, wollten aber die Abgaben nicht zurückgeben, sondern als zusätzliche Steuereinnahmen nutzen. So würde der lenkende Effekt dieser Steuerreform weitgehend verpuffen. Die ÖDP bot dem Wähler einen Weg zur Energiewende an, der von den Grünen erst viel später und schlechter gegangen wurde.

Mit dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ leiteten die Grünen 2000 die Energiewende ein. Doch die bringt ein neues Problem mit sich, das die ÖDP lange vor den anderen Parteien erkannte: Da der Wind nicht immer weht und die Sonne nicht immer scheint, muss die Energie gespeichert werden. ÖDP-Mitglied Michael Sterner, Professor an der Technischen Hochschule Regensburg, beschrieb zusammen mit Ingo Stadler die theoretischen Grundlagen dazu. ÖDP-Mitglied Reinhard Otten setzte sie um und baute für Audi eine der damals weltweit größten Elektrolyse- und Methanisierungsanlagen.

Schließlich ist der ÖDP-Vorsitzende im Saarland, Jorgo Chatzimarkakis, Chef von Hydrogen Europe, einem Zusammenschluss von Firmen, der die Anwendung der Wasserstoff-Technologie weltweit vorantreibt.

Die ÖDP war und ist hier der allgemeinen Entwicklung abermals weit voraus. Ihr Fehler war, dass die wirtschaftlichen und technischen Wege zur Energiewende zwar im Programm standen, aber nicht adäquat vermarktet werden konnten. So wussten

die Wähler nicht, welche Vorteile ihnen die ÖDP bringen würde.

Ähnlich war es mit dem Konzept des Erziehungsgehalts. Da die Kindererziehung und die Altenpflege für unsere Gesellschaft wichtig sind, fordert die ÖDP seit 1996 ein steuer- und sozialabgabenpflichtiges Gehalt vom Staat auch für diejenigen, die diese Arbeit in den Familien leisten. Das soll für diese außerdem die Gefahr von Altersarmut senken. Warum soll die Erziehung fremder Kinder bezahlt werden, die der eigenen Kinder

In Bayern, wo der Widerstand gegen die Atomkraft besonders stark war, steigerte sich die ÖDP bei den Landtagswahlen bis auf 2,1 % im Jahr 1994.

aber nicht? Detailverliebt wurde das Konzept bis in die Einzelheiten ausgearbeitet, sodass es die schlimmsten Fehler unseres heutigen Systems beseitigt, ohne dass Kinder zu einem Geschäftsmodell werden können. Doch auch diese Idee konnte die ÖDP nicht zum Wähler bringen.

Auch gentechnisch veränderte Nahrungsmittel waren schon in den

1990er-Jahren in der ÖDP ein wichtiges Thema, besonders seit die grüne Bundesministerin Renate Künast 2004 durch ihre Enthaltung bei der Abstimmung im EU-Ministerrat die Einführung der Grünen Gentechnik in Europa möglich machte. Doch auch das konnte nicht genügend bekannt gemacht werden.

So wurden die ÖDP-Programme zwar immer besser. Viele Mitglieder waren begeistert. Und wenn sie während der Bahnfahrten zu den Parteitagen die Konzepte Mitreisenden erläuterten, traten oft spontan welche der Partei bei. Doch die Wahlergebnisse blieben deprimierend. Für Werbung war kaum Geld da. Und die überregionalen Medien berichteten wenig über die ÖDP. Ein Redakteur einer großen Zeitung sagte mir ins Gesicht, dass die atom- und genkritische Haltung für ihre Anzeigenkunden ein rotes Tuch sei und sie uns deshalb kaum erwähnen könnten, denn zwei Drittel ihrer Einnahmen stammten aus Werbeanzeigen.

Volksbegehren in Bayern

In Bayern war der Senat eine Einrichtung, um ältere, verdiente Personen in die Politik einzubeziehen und ihnen einen ansehnlichen Zuverdienst zu verschaffen. Ihnen wurde zwar jeder

neue Gesetzentwurf vorgelegt, ihre Stellungnahme aber kaum berücksichtigt. Da die Mitglieder des Senats nicht gewählt, sondern einfach eingesetzt wurden, war diese Einrichtung nach Ansicht der ÖDP eine reine Geldverschwendung, die den Steuerzahler jährlich 10 Mio. DM kostete – damals viel Geld. Deshalb startete die bayerische ÖDP das Volksbegeh-

ren „Schlanker Staat ohne Senat“. Am 8. Februar 1998 stimmten 69% der Wählerinnen und Wähler dem ÖDP-Entwurf zu und der Senat war abgeschafft.

Bemerkenswert war der Ideenreichtum, mit dem die ÖDP für das Volksbegehren warb: Ein Lied wurde komponiert, das offenbar so ansprechend war, dass es sogar im Baye-

ten Arbeitszeit dem Qualm ausgesetzt waren. Am 4. Juli 2010 wurde das ÖDP-Volksbegehren „Für echten Nichtraucherschutz“ gewonnen. Initiiert und koordiniert hatte es der spätere Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger.

Das bisher erfolgreichste Volksbegehren in der bayerischen Geschichte trug den Titel „Artenvielfalt – Ret-

schleswig-holsteinischen Gemeinde Geschendorf. Doch lange nahm die ÖDP nur sporadisch an Kommunalwahlen teil. Das änderte sich erst 1989, als sie in mehreren Bundesländern Mandate errang. Eines der besten Ergebnisse war in Ravensburg mit 7,3%. Dieser Erfolg hing sicher mit unserem Protest gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zusammen, der uns allein im Kreis Schwandorf, wo sie gebaut werden sollte, fünf Mandate brachte. Heute hat die ÖDP etwa 500 kommunale Mandate, darunter auch einige Bürgermeister.

Die Jahre 2003 bis 2010

Die ÖDP entwickelte sich am schnellsten in Bayern, wo die kontinuierliche Arbeit des langjährigen Landesvorsitzenden Bernhard Suttner und des Geschäftsführers Urban Mangold einen stetigen Zuwachs an Mitgliedern brachte. Wenn sich auch die Volksbegehren bei den Landtagswahlen nicht bezahlt machten, für den Aufbau der Parteistrukturen waren sie ein starker Motor. So stammte damals wie auch heute noch ein Großteil der Mitglieder aus Bayern.

Deshalb gab es 2003 die Tendenz, die ÖDP stark auf Bayern zu konzentrieren und die anderen Bundesländer kaum noch zu unterstützen. Im Gegensatz zum damaligen Bundesvorsitzenden Uwe Dolata hielt ich dies für falsch. So kamen er und ich in einer gemütlichen Würzburger Weinstube überein, bei der nächsten Vorstandswahl in aller Freundschaft gegeneinander zu kandidieren. Ich gewann, und wir tauschten unsere Plätze: Dolata wurde zweiter Vorsitzender, ich erster. Das blieb ich bis 2010, als ich nicht mehr zur Wahl antrat.

In dieser Zeit gab es für uns eine Reihe von Herausforderungen. Da war der Atomausstieg, den die rot-grüne Bundesregierung vor der Wahl versprochen hatte, dann aber auf die

lange Bank schob. Als Angela Merkel Bundeskanzlerin wurde, beschloss sie sogar für die Atomkraftwerke eine Laufzeitverlängerung – wegen der ungeklärten Endlagerung und der aufgetretenen Haarrisse in den Brennstäben unverantwortlich. Deshalb lag ein Schwerpunkt der ÖDP-Aktivitäten in der Aufklärung über diese Gefahren und die Begleitung von Gerichtsverfahren. Erst 2011 wurde nach dem Unfall von Fukushima die Laufzeitverlängerung zurückgenommen. Denn die Anti-Atom-Demonstrationen hatten eine bislang nie da gewesene Größe erreicht.

Eine weitere Herausforderung war 2009 die Finanzkrise, die Griechenland und einige andere Länder in Armut stürzte. Die ÖDP machte die unlauteren Machenschaften einiger Politiker, die daran eine Mitschuld hatten, bekannt und prangerte die undemokratischen Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro an.

Die wachsende Zahl der EU-Mitgliedsstaaten macht eine Reform der Verträge nötig, die die Zusammenarbeit in Europa regeln. Viele Teile davon sind undemokratisch: Die EU-Kommission ist die „Regierung“, in der sich sehr viel Macht konzent-

riert. Beispielsweise zählt die Stimme eines Luxemburgers 11-mal so viel wie die eines Deutschen.

Gegen diese Verträge reichte die ÖDP beim Bundesverfassungsge-



Bundestagswahl 1994

richtet Beschwerde ein. Zwei weitere Beschwerden kamen von ÖDP-Mitgliedern. Und in einem Punkt bekamen wir sogar Recht: Das Votum des jeweiligen deutschen Mitglieds im Ministerrat sollte vorher vom Bundes-

Zwei bayerische Volksbegehren wurden in den 2010er-Jahren Meilensteine der ÖDP-Geschichte.

tag entschieden werden. Denn in jeder Demokratie hat das Parlament bei wichtigen Entscheidungen das letzte Wort. Praktisch halten sich die Minister jedoch nur selten an dieses Urteil.

Mandat im EU-Parlament

Gerade noch rechtzeitig vor der Europawahl 2014 hatte die ÖDP zusammen mit anderen Parteien die 5%-Hürde weggeklagt. Als Spitzen-

kandidat der ÖDP-Liste konnte ich so ins EU-Parlament einziehen. Bereits am Tag nach der Wahl erhielt ich den ersten Anruf einer Fraktion, die die ÖDP gern aufnehmen wollte. Denn wie in jedem Parlament hängt der Einfluss einer Fraktion von der Zahl ihrer Mitglieder ab. Ich entschied mich für die „Grünen/Freie Europäische Allianz“, weil ich dort trotz aller Unterschiede genügend Unterstützung für eine echte ÖDP-Politik bekam.

Wie ich mir gewünscht hatte, wurde ich Mitglied im Ausschuss für Außenpolitik mit den Unterausschüssen Menschenrechte sowie Sicherheit und Verteidigung, zudem stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Außenhandel. Meine erste wichtige Entscheidung war das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine. Damals plante Putin die „Eurasische Union“ als Partner und Gegenstück der EU. Das ging nicht ohne die Ukraine. Deshalb machte er ihr sehr verlockende Angebote.

Doch die Mehrheit der Ukraine wollte sich nach dem Westen orientieren. In dieser Situation wäre Fingerspitzengefühl nötig gewesen. Man hätte durch das Abkommen weder einen Teil der eigenen Bevölkerung noch Putin derart vor den Kopf stoßen dürfen. Das wäre möglich gewesen, auch ohne dabei den Anschluss an den Westen aus den Augen zu verlieren. Die Folgen sind bekannt. Ich war einer der wenigen Abgeordneten, die gegen diesen Vertrag stimmten.

Meine Mitgliedschaft in der Delegation für den Iran kam meinen Interessen als gelernter Kernphysiker sehr entgegen, weil kurz zuvor der Atomvertrag (JCPOA) mit dem Iran geschlossen wurde. Als kurze Zeit später US-Präsident Donald Trump den Vertrag aufkündigte und Sanktionen gegen alle Länder verhängte, die mit dem Iran noch Handel trieben, fand

Ihr sehr gutes Programm konnte die ÖDP nicht adäquat vermarkten. Die Wähler wussten nicht, welche Vorteile ihnen die ÖDP bringen würde.

rischen Rundfunk gesendet wurde. Auf den vielen Infoständen verkaufte sich die Kassette gut. Besonders originell war eine Straßenaktion in Passau zur Bekanntmachung der Eintragungszeit: Als römische Senatoren verkleidet, warfen zwei ÖDP-Mitglieder unter den Klängen des Bayerischen Defiliermarschs Geld zum Fenster hinaus.

Dieser Erfolg machte dem bayerischen Landesverband Mut, weitere Volksbegehren zu starten. Eines wollte den Landtag verkleinern, die Zahl der Staatssekretäre in den Ministerien verringern und die Legislaturperiode des Landtags von vier auf fünf Jahre verlängern. Ein weiteres wollte die vier geplanten Standorte für neue Atomkraftwerke in Bayern streichen. In beiden Fällen kam es zu keiner Abstimmung, weil die Regierung die Forderungen aus Furcht vor einem erneuten Erfolg der ÖDP auch so erfüllte.

Zwei weitere bayerische Volksbegehren wurden in den 2010er-Jahren Meilensteine der ÖDP-Geschichte. Das erste widmete sich dem Nichtraucherschutz, den die bayerische Staatsregierung in Gaststätten gelockert hatte, sodass die Gäste während des Essens und die Bedienung während ihrer gesam-

tet die Bienen“. Im März 2019 wurde es von mehr als 18% der bayerischen Wahlberechtigten durch ihre Unterschrift unterstützt. Agnes Becker, eine der Koordinatorinnen des Volksbegehrens, führte anschließend viele Gespräche mit der bayerischen Staatsregierung über die praktische Umsetzung. Dieses Volksbegehren hat auch außerhalb Bayerns zu wichtigen Gesetzesänderungen geführt.

Bei den Landtagswahlen belohnte der Wähler diese Erfolge nicht. Kurz nach dem Nichtraucher-Volksbegehren sank im September 1998 sogar der Stimmenanteil. Das liegt auch daran, dass man seine Stimme derjenigen Partei gibt, von der man sich Vorteile für die eigene Zukunft erwartet. Gewonnene Volksbegehren liegen aber in der Vergangenheit. Beim Wähler spielt es kaum eine Rolle, was eine Partei geleistet hat, sondern vor allem, was sie vermutlich in der Zukunft leisten wird.

Kommunale Mandate

Besser lief es bei den Kommunalwahlen, weil viele der Kandidaten in ihrer Stadt oder Gemeinde bekannt waren und deshalb die Lokalpresse über uns berichtete. Der erste Erfolg war bereits am 7. März 1982 – also kurz nach der Parteigründung! – in der

ich einen Weg, wie wenigstens der Import von Medikamenten und Nahrungsmitteln möglich war – eigentlich eine Selbstverständlichkeit bei allen Sanktionen. Aber der Iran wollte nur entweder den ganzen Vertrag oder nichts davon. Wenigstens konnte ich bei den Verhandlungen, die

sistenten und dessen Charmeoffensive bei Kolleginnen 92 % Zustimmung für einen „wasserdichten“ Gesetzesentwurf im Parlament bekommen. Das EU-Parlament entscheidet aber nur gemeinsam mit dem Ministerrat, der das Vorhaben um fast zwei Jahre verzögerte.

Neue Bedrohungen, die unsere Umwelt, Freiheit und Demokratie gefährden: Freihandelsabkommen, Überwachung, Manipulation, Gentechnik.

immer mit großem Respekt geführt wurden, Erleichterungen für einige politische Gefangene erreichen.

Der Arabische Frühling brach zusammen, weil die Diktatoren ihre Gegner mit europäischer Überwachungstechnik schnell identifizieren und ausschalten konnten. Da das EU-Parlament nicht selbst Gesetzesentwürfe einbringen kann, bat es die EU-Kommission 6-mal, hier tätig zu werden, bis sie endlich einen Entwurf vorlegte. Das EU-Parlament bestimmte mich als Berichterstatter. Gerade die deutsche CDU war gegen zu starke Einschränkungen und erachtete das Geschäft für wichtiger als die Menschenrechte. Trotzdem konnte ich schließlich mithilfe meines As-

gegen alle Gepflogenheiten übergab die Fraktion nach meinem Ausscheiden aus dem Parlament die Verhandlungen nicht meiner Nachfolgerin Manuela Ripa, die großes Geschick und Erfahrung gehabt hätte. Stattdessen wurde eine blutjunge ehrgeizige tschechische „Piratin“ damit beauftragt. Sie wollte den Gesetzesentwurf so schnell wie möglich abschließen und das als ihren Erfolg verbuchen. Menschenrechte waren nicht so wichtig. So entstand schließlich ein Gesetz, das den Export moderner Überwachungstechniken an Diktatoren kaum einschränkt.

2019 führte ich noch den Wahlkampf, um sicherzustellen, dass die ÖDP das Mandat halten konnte. Ein

Jahr später übergab ich dann an Manuela Ripa, die diese Arbeit mit großem Engagement und Erfolg weiterführt.

Schon lange vor dieser EU-Wahl hielt ich sehr viele Vorträge über einen gesundheitsverträglichen Mobilfunk. Das Interesse daran war groß. Es kamen jeweils bis zu 700 Zuhörer. Die Zahl der ÖDP-Mitglieder stieg entsprechend an – bis Anfang 2020 der Corona-Lockdown weitere Veranstaltungen verhinderte. Viele Monate waren nur Online-Veranstaltungen möglich – und die Zahl der Mitglieder sank sogar wieder etwas ab, als im internen Medium „orangeaktiv“ die industriefreundliche Gegenposition aggressiv vertreten wurde, die jede Kritik an der gegenwärtigen Mobilfunktechnik bekämpfte. Der Mitgliederzuwachs von 2017 bis 2021 wurde auch durch andere Umstände erzeugt: Zwischen 2018 und 2019 machte uns das bayerische Volksbegehren „Rettet die Bienen“ bundesweit bekannt. Auch der EU-Wahlkampf 2018/2019 spielte eine Rolle. Beide Ereignisse waren aber sicher nicht der Hauptgrund für diese positive Entwicklung. Das folgt aus der Tatsache, dass sie vor ihnen begann und bis Herbst 2021 anhält.

Zukunft der ÖDP

Vor 40 Jahren erkannten die Volksparteien nicht, welche Folgen die wachsende Umweltzerstörung haben würde. Das machte die Gründung der ÖDP nötig. Heute sind neue Bedrohungen dazugekommen, die unsere Umwelt, Freiheit und Demokratie gefährden. Drei Beispiele: Internationale Verträge haben Vorrang vor unserem Grundgesetz. Freihandelsabkommen wie CETA erlauben es Ausschüssen, die nicht demokratisch gewählt sind, wesentliche Entscheidungen zu treffen, z. B. ob und wie bei uns Gentechnik in den Nahrungsmitteln eingeführt wird.

Wegen des Vertrags mit dem Namen „Energiecharta“ mussten wir für den Atomausstieg etliche Milliarden an die Atomkraft-Betreiber zahlen. Und in der Weltgesundheitsorganisation wollen Vertreter der Impflobby ohne Zustimmung der Mediziner vor Ort und der gewählten Volksvertreter entscheiden, in welchen Ländern ein Lockdown und ein Impfwang eingeführt werden.

Eine weitere Bedrohung unserer Freiheit und unserer Demokratie ist die Überwachung aller Bürger, die immer weiter perfektioniert wird. Wenn wir „freiwillig“ den Geschäftsbedingungen von Google, Facebook usw. zustimmen, geben wir so viele Informationen über uns preis, dass die Firma Cambridge Analytica damit sogar die Wahl von Donald Trump durch individualisierte Werbung beeinflussen konnte. Inzwischen geschah das bei mindestens 200 weiteren Wahlen. Die Sensoren, die in alle neuen Autos eingebaut werden müssen, übermitteln, wer wann allein oder zu zweit wohin fährt. Durch die Aufzeichnung des Fahrstils weiß man viel über die Stimmungslage. Und mit der Kamera am Smartphone und am Laptop lässt sich feststellen,



Bundestagswahl 2009

nur für die Werbung genutzt werden, sondern auch für die gezielte Manipulation der Bürger.

Die Ergebnisse dieser Überwachung sollen in einen neuen elektronischen Pass einfließen. Dafür gibt es zwei Projekte: „ID2020“ und das „Commons-Project“. Beide sollen von privaten Firmen betrieben werden und außer den üblichen Daten eines Ausweises beispielsweise auch noch Impfstatus, Angaben über die

die Möglichkeit, den Menschen bei seiner Zeugung gentechnisch zu optimieren. Behinderte haben in diesem System keine Existenzberechtigung mehr. Die Ausrichtung des Menschen hin auf ein für die Wirtschaft nützlich Wesen beginnt heute schon im Alltag: bei den veränderten Lerninhalten in den Schulen bis hin zur oben erwähnten Manipulation durch die Informationen, die unsere Überwachung liefert.

Die Zukunft der ÖDP hängt nicht davon ab, ob wir die „besseren Grünen“ sind, sondern davon, wie wir auf diese neuen Herausforderungen reagieren. 1978 haben die etablierten Parteien die Notwendigkeit des Umweltschutzes zu spät erkannt, weshalb die „Grüne Aktion Zukunft“ gegründet werden musste. Heute erkennen die anderen Parteien die Bedrohung durch den Demokratieabbau und durch die Idee des „nützlichen Menschen“ noch nicht. Wird die ÖDP rechtzeitig handeln? ■

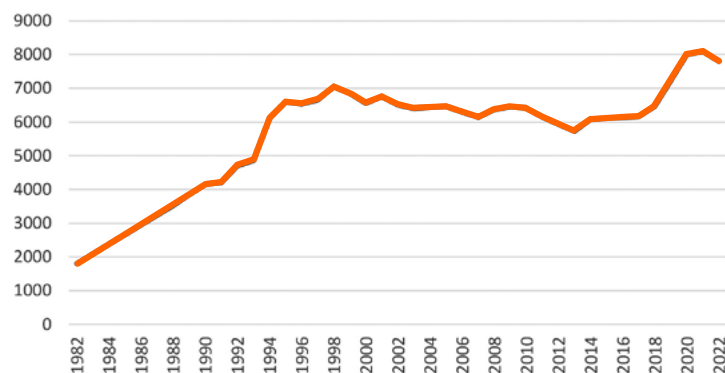
Prof. Dr. Klaus Buchner studierte Physik, promovierte im Bereich Kernphysik und war anschließend wissenschaftlich tätig, von 1973 bis 2006



als Mathematikprofessor an der TU München. Für seine Forschungsarbeit erhielt er zahlreiche Auszeichnungen. In die ÖDP trat er 1983 ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 und 2019 als ÖDP-Spitzenkandidat ein Mandat im EU-Parlament. Dort war er als Mitglied der Fraktion Grüne/EFA in zahlreichen Ausschüssen, Unterausschüssen und Delegationen aktiv. Im Juli 2020 übergab er sein Mandat an Manuela Ripa.

klausbuchner@gmx.de

ÖDP-Mitglieder



Die Zukunft der ÖDP hängt davon ab, wie wir auf diese neuen Herausforderungen reagieren.

wer bei welcher Situation welche Emotionen hat – besonders beim Betrachten von YouTube-Filmen. Auch wenn die Informationen aus „smarten“ Elektrizitäts-, Heizungs- und Wasserzählern geschützt sind, können sie problemlos illegal ausgewertet werden. Ein Vertreter einer Softwarefirma sagte: „Wenn eine Frau schwanger wird, wissen wir das vor ihr.“ Solches Wissen kann nicht

Gesundheit und regierungskritische Aktivitäten dokumentieren. Es ist angedacht, dass die US-Regierung die Einreisegenehmigung von diesen Daten abhängig macht.

Auch die Veränderung des Menschenbilds müssen wir im Auge behalten. Danach ist das wichtigste Kriterium für unsere Beurteilung, wie wir für die Wirtschaft funktionieren. Weil wir nicht perfekt sind, haben wir

Politik & Religion

Wie christlich ist die ÖDP?

In der Geschichte der ÖDP gab es immer schon zwei Tendenzen: einerseits eine Ablehnung von deutlichen Bezügen zum Christentum, andererseits eine Orientierung an und eine Übernahme von christlichen Wertvorstellungen.

von Roswitha Bendl

Der Ausspruch von Franz Alt „Die ÖDP hat das C nicht im Namen, sondern im Programm“ wurde zwar überwiegend als Kompliment verstanden, aber überzeugte Christinnen und Christen in der ÖDP wollten die Religion nicht zu Werbezwecken gebrauchen oder missbrauchen, wie dies oft den Unionsparteien vorgeworfen wurde. Außerdem wollte man auch die von Anfang an vorhandene nicht-christliche bzw. nicht-religiöse Fraktion in der ÖDP nicht verprellen. So kam es, dass alle Anträge, die in den Parteinamen oder in das Programm einen deutlichen Hinweis auf eine christliche Ausrichtung einführen wollten, abgelehnt wurden.

Was sich jedoch im Programm wiederfindet, ist ein Bezug auf die „Schöpfung“, die es zu bewahren gelte. Wie eine Antragsdiskussion auf dem 60. Bundesparteitag im April 2022 zeigte, stößt dieser Terminus bei manchen auf Ablehnung, weil er Politik mit Religion vermische und viele Menschen heutzutage nicht mehr an eine Schöpfung glaubten. Auch die Berufung auf „christlich-humanistische Werte“ wird bis heute von jenen abgelehnt, die Politik wohl nicht an einer Religion ausgerichtet sehen wollen.

Zur starken Verankerung von christlichen Werten im Parteipro-

gramm der ÖDP kam es, weil sich in den frühen 1980er-Jahren die Kirchen in der Bundesrepublik, der DDR und auch weltweit in diversen Versammlungen und Dokumenten mit der immer deutlicher zutage tretenden Umweltkrise beschäftigten. Die Trias „Friede, Gerechtigkeit und

Christinnen und Christen in der ÖDP wollten die Religion nicht zu Werbezwecken missbrauchen.

Bewahrung der Schöpfung“ wurde zur Kurzformel für ein zeitgerecht gelebtes Christentum und gewann in dieser gelungenen Knappheit und Bündigkeit eine hohe Kommunikationsqualität.

Da aber weder die SPD noch die CDU/CSU diese Thematiken glaubwürdig ins Programm nahmen, freudeten sich aktive Christinnen und Christen zunächst mit dem Gedanken an, in die entstehenden „Grünen“ einzutreten. Diese waren damals jedoch einerseits stark von marxistischen und insofern prinzipiell religionskritischen bis religionsfeindlichen Gruppen geprägt, andererseits vertraten sie schon früh eine aggressiv-feministische Haltung zum Schutz des ungeborenen Lebens. Ein Schwangerschaftsabbruch wurde und wird dort fast ausschließ-

lich als Ausdruck der „reproduktiven Selbstbestimmung“ gesehen. Eigene Rechte wurden und werden dem ungeborenen Kind bei den „Grünen“ mehrheitlich abgesprochen.

Eine einseitig ausgerichtete „Frauenpolitik“ als Ziel und die damalige Interessenlosigkeit der „Grünen“ an dem, was man traditionell als Familienpolitik bezeichnet, trugen dazu bei, dass es Vorbehalte gegen ihre Politik gab. Im Bereich der Sexualpolitik kam noch dazu, dass die Forderung nach einem Ende der strafrechtlichen Wertung von sexuellen Handlungen mit Kindern auf Parteitag intensiv diskutiert wurde und man zumindest zeitweise den Eindruck gewinnen konnte, dass bei den „Grünen“ dafür gewisse Sympathien bestanden.

Mit zunehmender Verfestigung des Programms der „Grünen“ stellte

sich daher für viele christlich motivierte Menschen die Frage, ob sie in dieser Gruppierung noch bleiben könnten. Während die einen trotz großer Bedenken blieben, um die Ökologie voranzubringen, traten andere aus, weil sie den Eindruck hatten, dass eine wertkonservative Grundhaltung hier keinen Platz haben könne und sie lediglich als „nützliche Idioten“ geduldet würden. Sie versuchten, die ökologischen Grundwerte in einer neuen organisatorischen Form

ONLINETIPP

Bundesarbeitskreis Christen in der ÖDP
Positionspapier Christen und Politik
www.t1p.de/q63be

stringent zu definieren und gleichzeitig Werte wie einen ausreichenden Rechtsschutz für das ungeborene Leben, Gerechtigkeit für traditionelle Familienformen und eine Abwehr marxistischer Gesellschaftsmodelle zu vertreten. So entstand die ÖDP.

Mit ihrer Gründung im Jahr 1982 sollte zielgerichtet vor allem Menschen ein Angebot gemacht werden, die die Unionsparteien wählten oder sich in ihnen engagierten, gleichzeitig aber von den ökologischen Aufbrüchen in den Kirchen angetan waren. Es zeigte sich jedoch, dass die traditionelle Parteibindung dieser Menschen stärker war als deren ökologische Motive. Zudem beharrte das „bürgerliche Lager“ auf der Überzeugung, dass nur in einer „großen Volkspartei“ wirksam Politik gemacht werden könne.

Begriffe „wertkonservativ“ bzw. „konservativ“ noch tragbar?

Waren in vergangenen Jahrzehnten die Begriffe „wertkonservativ“ bzw. „konservativ“ weitgehend positiv besetzt, so gelten sie zunehmend als unpassende und abzulehnende, weil unter „Rechtsverdacht“ stehende

Erhard Eppler verwendete „Wertkonservatismus“ als Gegensatz zum „Strukturkonservatismus“.

Bezeichnungen. Stattdessen wird lieber von „wertebewusst“ bzw. von einem „Wertefundament“ (CDU) und „Grundwerten“ geredet, um nicht unvorteilhafte Assoziationen zu wecken.

Betrachtet man die Wortwurzel von „konservativ“, ist zwar offensichtlich, dass es um Bewahrung – lateinisch: conservare – geht. Aber von einem Festhalten an „alten Zöpfen“ bis hin zur Bewahrung von Wichti-



Bundestagswahl 2009

gem und Wertvollem für eine lebenswerte Zukunft ist in der Deutung alles möglich.

Interessant und hilfreich für die Einordnung ist der Rückblick auf einen Versuch des mittlerweile verstorbenen SPD-Politikers Erhard Eppler. In seinem 1975 erschienenen Buch „Ende oder Wende“ benannte er mit dem Begriff „Wertkonservatismus“ eine Politikrichtung als Gegensatz zum „Strukturkonservatismus“ des

auch gegen den Mainstream an Überzeugungen festzuhalten.

Was machen die Christen heute in der ÖDP?

Zeitnah mit der Gründung der ÖDP gründete sich auch deren Bundesarbeitskreis „Christen und Ökologie“, der sich seit Kurzem „Christen in der ÖDP“ nennt, vergleichbar mit ähnlichen Gruppen in anderen Parteien. Christen verschiedener Bekenntnisse befassen sich in ihm mit aktuellen politischen Fragen und bewerten diese aus christlicher Perspektive. Die Mitglieder vertreten regelmäßig mit Infoständen ihren Arbeitskreis und die ÖDP z. B. auf Kirchentagen nach außen, laden bei ÖDP-Parteitagen zu Andachten ein und tragen durch Anträge und Diskussionsbeiträge auch innerparteilich zur Arbeit und politischen Willensbildung bei.

Roswitha Bendl,
 Jahrgang 1945, beruflich als Gymnasiallehrerin tätig, trat 1990 in die ÖDP ein und war von 1993 bis 1997 Mitglied ihres Bundes-



vorstands, von 1995 bis 1997 als stellvertretende Vorsitzende. Weil die ÖDP für den Schutz ungeborenen Lebens eintrat, war sie während dieser Zeit im von der „Antifa“ herausgegebenen „Handbuch des Rechtsextremismus“ gelistet. Des Weiteren war sie viele Jahre Mitglied der Bundesprogrammkommission und Vorsitzende des Bundesarbeitskreises „Frauen“, zudem bis 2014 Stadträtin und Referentin sowie Kreisrätin in Erding. Für ihr vielfältiges gesellschaftliches Engagement wurde sie 2016 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

roswitha.bendl@t-online.de

Klima-, Umwelt- & Artenschutz

Schöpfung bewahren?

Inwieweit soll der christliche Glaube ins Parteiprogramm einfließen? Diese Frage wird am Beispiel des Begriffs „Schöpfung“ derzeit wieder heftig diskutiert.

von Dr. Michael Stöhr

Auf dem 60. ÖDP-Bundesparteitag im April 2022 stellte ihre Jugendorganisation JÖ den Antrag, im Bundespolitischen Programm (BPP) die Überschrift des Kapitels 1 von „Schöpfung bewahren“ in „Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ abzuändern. Denn „Schöpfung“ spreche Menschen anderer Religionen und Nicht-Gläubige nicht an. Und dies widerspreche dem Grundsatzprogramm (GP), wonach die ÖDP „offen für Menschen verschiedener Religionen und Weltanschauungen“ ist. Mit „Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ würde das BPP für viele Menschen attraktiver. Die Werte der ÖDP würden stärker betont. Die Überschrift „Schöpfung bewahren“ stünde zwar über einem großen und wichtigen Kapitel, der Begriff „Schöpfung“ komme im Text jedoch kaum vor und sei somit überrepräsentiert.

Dem wurde auf dem ÖDP-Bundesparteitag entgegengehalten, dass der durch „Schöpfung bewahren“ hergestellte Bezug zum Glauben an einen Schöpfergott, insbesondere zum christlichen Schöpfungsglauben, für viele in der ÖDP etwas bedeute und ein Grund ihrer Mitgliedschaft sei. Der JÖ wurde vorgeworfen, ein weiteres Stück des für die ÖDP essenziellen Bezugs zum Christlichen aufgeben zu wollen. Auch der Verlust des Wertkonservativen in der ÖDP wurde angeführt.

Der Antrag wurde an die Bundesprogrammkommission verwiesen.

Wer im Wahlkampf oder anderswo Gespräche führt, macht regelmäßig die Erfahrung, dass manche Menschen sich von Religion, speziell vom Christentum, nicht angesprochen, ja abgestoßen fühlen und erschrecken, wenn sie sehen, dass sich die ÖDP darauf bezieht. Aber wird das Programm der ÖDP im Ganzen attraktiver, wenn „Schöpfung bewahren“ durch „Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ ersetzt wird? Wo Kanten schwinden, schwindet auch

Profil. Ist nicht eher die persönliche Begegnung entscheidend, ob einzelne Mitglieder oder die ÖDP als offen empfunden werden?

Schlichtweg falsch ist, dass „Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ die Werte der ÖDP stärker betonen würde als „Schöpfung bewahren“. „Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ sind Themen, keine Werte. Wird Kapitel 1 des BPP damit überschrieben, stehen diese Themen an oberster Stelle. Aufgrund welcher Werte ist damit noch nicht gesagt. Wer Themen und Werte gleichsetzt, läuft in die Falle des naturalistischen Fehl-

schlusses, sprich, unterliegt dem Irrtum, dass sich aus einer Sachlage unmittelbar ergebe, was zu tun sei. Wenn sich für andere ganz anderes unmittelbar ergibt – „das ist doch logisch“, ist der Satz, der dann oft fällt –, ist das Gespräch verbaut und jede Kreativität blockiert.

Die in Kapitel 1 des BPP formulierten konkreten politischen Forderungen sind im Lichte von Werten nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitete Lösungsvorschläge für als Probleme bewertete Sachlagen. Sie ergeben sich nicht unmittelbar und eindeutig, weil Sachlagen unterschiedlich erfasst und bewertet und Werte unterschiedlich gewichtet werden können. Die Forderung „Klimaschutz muss sozial verträglich sein“ ist ein Beispiel dafür.

Nun ist mit der Überschrift „Schöpfung bewahren“ ebenso wenig wie mit „Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ unmittelbar und eindeutig gesagt, auf welche Vorstellungen und Werte damit Bezug genommen wird und wie diese zu den konkreten politischen

Christliche Umweltethik bietet einen Orientierungsrahmen. Und „Schöpfung“ ist darin mehr als ein Etikett auf dem Basar der Weltanschauungen.

Forderungen in Kapitel 1 des BPP führen. Auffallend ist, dass die Begriffe „Schöpfung“ und „christlich“ im BPP einen sehr überschaubaren Raum einnehmen. Während 122-mal von Energie die Rede ist, 68-mal von Umwelt, 44-mal von Klima und 12-mal von Arten, ist dies nur 2-mal bei Schöpfung der Fall und 1-mal bei christlich.

Außer in der Überschrift zu Kapitel 1 taucht „Schöpfung“ im BPP nur noch in Kapitel 5, „Gesellschaft und Staat demokratisch gestalten“, auf. Unter 5.8, Bildung, ist von „Erziehung zu Ehrfurcht vor allem Leben, Verantwortung im Umgang mit der

Schöpfung und den Mitmenschen sowie Bereitschaft zur Mitgestaltung der Gesellschaft und zum politischen Engagement“ die Rede. Im GP kommt „Schöpfung“ gar nur einmal vor: „Aus dieser Achtung heraus sind wir bestrebt, die Lebensgrundlagen aller Lebewesen – von vielen als Schöpfung verstanden – zu erhalten.“ Es ist auch die einzige Stelle, an der erklärt wird, wie die ÖDP „Schöpfung“ versteht: Schöpfung = Lebensgrundlagen aller Lebewesen – eine Gleichsetzung, die zumindest der Erläuterung bedarf.

„Christlich“ taucht in Kapitel 3 des BPP, „Leben schützen – von Anfang bis zum Ende“, auf: „Jeder Fortschritt der Medizin und der Biologie ist deshalb daran zu messen, ob er mit den humanistisch-christlichen Werten, der Menschenwürde und den rechtsstaatlichen Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft vereinbar ist.“ Dort ist auch ein Wertekonflikt angesprochen: „... geraten wie in allen ethischen Fragen auch in der Bioethik Werte in Konflikt miteinander: Die Vermeidung von Leid ... und Lebensschutz...“ Werte nehmen im Programm der ÖDP einen großen Raum ein. Insgesamt ist im BPP 15-mal von Werten im Sinne der Ethik die Rede, 5-mal im GP.

„Schöpfung bewahren“ in der aktuellen christlichen Umweltethikdebatte

Überraschend ist nun, dass auch in der christlich geprägten Umweltethikdebatte prominente Kritik an der Formulierung „Schöpfung bewahren“ zu vernehmen ist: „Der Imperativ ‚Die Schöpfung bewahren‘, der sich seit Ende der 1980er-Jahre als umweltethische Leitmaxime etabliert hat, ist sinnlos, wenn man damit meint, dass moralisch verantwortliche Menschen die Natur als Ganzes

wie ein Fürsorgeobjekt behandeln und in ihrem jeweiligen Zustand erhalten sollten.“ (Markus Vogt)

Und noch deutlicher: „Bewahrung ... wäre Verwechslung von Gott und Mensch, von Schöpfer und Geschöpf, die am Ende Selbstüberhebung des Menschen wäre.“ (Heinrich Bedford-Strohm)

Zunächst bestätigt diese Kritik, dass die ÖDP in ihren Anfangsjahren die Ergebnisse der christlich ge-

mit der erfolgreichen technischen Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse im 19. Jahrhundert Bahn gebrochen und in den 1960er-Jahren seinen Höhepunkt gefunden hat, nur dass sich dieser Machbarkeitswahn nicht im Bestreben nach immer weiterer „Verbesserung“ der Welt durch Technisierung, sondern in dem Ansinnen zeigt, sie zu bewahren, wie sie ist.

Nachdem es bis Mitte des 19. Jahrhunderts kaum vorstellbar war, was Menschen alles tun, aber auch zerstören können, und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einerseits die Grenzen des Machbaren und andererseits die Möglichkeit der Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschheit in den Blick gerieten, stehen wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts erneut vor einer grundsätzlich veränderten Situation: Es ist mittlerweile sicher, dass die Lebensgrundlagen der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten zumindest in Teilen der Welt und zumindest für einige Zeit durch die menschengemachte Klimakatastrophe, dramatisches Artensterben und massive Umweltschäden zerstört werden.

Sie können nicht mehr bewahrt werden. Drei planetare Grenzen sind schon überschritten: die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre, die Verbreitung neuer chemischer Substanzen und Organismen in die Umwelt sowie der Verlust der genetischen Vielfalt.

Kapitel 1 des BPP präsentiert Vorschläge, wie die Zerstörung der dadurch gefährdeten Lebensgrundlagen zumindest noch begrenzt werden kann. Damit rückt, eben weil er akut gefährdet ist, ein Wert in den Mittelpunkt: der möglichst weitgehende Erhalt der Lebensgrundlagen. Offene Fragen sind: Wie kann es gelingen, dass die Menschheit als



Aus den Anfangsjahren 1982 – 1984

prägten umweltethischen Debatte aufgegriffen und in ein politisches Programm übersetzt hat, was mit der Wahl der umweltethischen Leitmaxime der 1980er-Jahre pointiert zum Ausdruck kommt. Doch dann zeigt sie auch, dass diese Leitmaxime nach Stand der christlichen Umweltethikdebatte nicht mehr uneingeschränkt zu halten ist. Der Kern der innerchristlichen Kritik lautet: Selbstüberschätzung, Selbstüberhebung und Selbstüberforderung.

Ich überspize: In der Forderung „Schöpfung bewahren“ hallt der Machbarkeitswahn nach, der sich

Ganzes ihr kollektives Verhalten so ändert, dass möglichst große Teile der Lebensgrundlagen erhalten bleiben? Und was ist, wenn das nicht gelingt?

In dieser Situation kann 40 Jahre nach Gründung der ÖDP christliche Umweltethik durch ihren Rückgang zu den biblischen Quellen eine Orientierung und eine Alternative zum mittlerweile unüberschaubaren Basar alternativer Heilslehren und Weltanschauungen bieten. Denn nach ihr ist „die Natur ... eine offene, sich evolutionär entwickelnde Ordnung und kein möglicher Gegenstand des statischen Bewahrens“. „Schöpfung“ ist dabei ... eine spezifische Perspektive der Wahrnehmung, die die Natur als geschenkte, nicht selbstverständliche und nicht beliebig verfügbare, jedoch segensreiche und lebensfördernde Daseinsvoraussetzung erkennt.“ „Schöpfung ist ständig im Werden, sie ist ein unaufhörlicher kreativer Prozess.“ (Markus Vogt)

Naturwissenschaften können Klima, Umwelt und Artenvielfalt und die Grundgesetze ihrer Entwicklung beschreiben und Voraussetzungen treffen. Technik kann diese Entwicklung beeinflussen. Aber beide, Naturwissenschaft und Technik, können keine umweltethische Orientierung bieten, sie können nur innerhalb eines ethischen Orientierungsrahmens Sachverhalte bewerten und Lösungen für Probleme aufzeigen. Christliche Umweltethik bietet einen Orientierungsrahmen und „Schöpfung“ ist darin mehr als ein Etikett auf dem Basar der Weltanschauungen.

Wenn Werte in Konflikt geraten, ist Ethik gefragt

Notwendig wird Ethik als wissenschaftliche Disziplin dann, wenn in Sachdebatten sichtbar wird, dass Werte in Konflikt geraten und sich

ethische Dilemmata entfalten. Aktuelle kontroverse Fragestellungen, wo dies der Fall ist, sind zum Beispiel: Wie kann der Übergang in eine klimaneutrale Lebens- und Wirtschaftsweise sozial verträglich gestaltet werden? Dürfen Windkraftanlagen Vögel in einigen, nicht allen Gebieten be-



Europawahl 2014

einträchtigen, damit der Umstieg auf erneuerbare Energien schnell genug vorangeht und die Klimakatastrophe noch begrenzt wird? Dürfen Flächen für Radschnellwege versiegelt werden, damit die Mobilitätswende gelingt? Dürfen Tiere gehalten und gegessen werden?

Alle diese Fragen erfordern zunächst eine differenzierte Betrachtung von Sachlagen und Handlungsmöglichkeiten. Doch ab einem bestimmten Punkt haben sie mit Werten zu tun und oft mit Wertkonflikten.

Umweltethik als wissenschaftliche Disziplin erlaubt nun, über solche Dilemmata systematisch nachzudenken und Lösungswege aufzuzeigen. Es muss nicht zwingend christliche Umweltethik sein, auf welche die ÖDP

zugreift, aber deren Angebot ist zumindest zu prüfen. Wird es aufgegriffen, muss die Weise, in der es in die Formulierung ethischer Grundsätze und praktischer Politik mündet, „für Menschen verschiedener Religionen und Weltanschauungen“ (GP) annehmbar sein, aber nicht von allen Menschen angenommen werden. Es gibt auch noch andere politische Angebote – und die ÖDP darf, ja sollte sich von diesen durchaus unterscheiden.

Schlüsselbegriffe müssen allen aufschließen

Der „Kreuz-Erlass“ der Bayerischen Staatsregierung von 1995 ist ein Beispiel, wie man nicht mit etwas umgehen sollte, das Anhängern einer Religion etwas bedeutet, für andere annehmbar sein muss, und das integrieren, nicht ausgrenzen soll. Laut offizieller Begründung der Bayerischen Staatsregierung soll das Kreuz ein „sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung“ sein. Das Kreuz wird so zu einem Etikett gemacht und auf die falsche Ware aufgeklebt, um klarzustellen, wer im Laden nicht erwünscht ist.

Der Zusammenhang zwischen dem Kreuz und den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung ist mitnichten der wichtigste, für einige gar nicht gegeben und für die allerwenigsten offensichtlich. Dagegen ist nur allzu offensichtlich, dass es darum auch gar nicht geht. Der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, meinte dazu: Das Kreuz „... ist ein Zeichen des Widerspruchs gegen Gewalt, Ungerechtigkeit, Sünde und Tod, aber kein Zeichen gegen andere Menschen. Ein Kreuz aufhängen heißt: Ich möchte mich an den Worten dessen orientieren, der am Kreuz für die ganze Welt gestorben

ist. Das ist eine Provokation, für jeden Christen, für die Kirche, aber auch für den Staat, der sich auf dieses Zeichen beziehen will.“

Vor der Negativfolie des bayerischen „Kreuz-Erlasses“ lässt sich ausbuchstabieren, wie ein Schlüsselbegriff positiv verwendet werden sollte: (1) Er sollte nicht losgelöst von seiner Bedeutung verwendet werden. (2) Er sollte nicht umgedeutet werden. (3) Seine Verwendung sollte konsensfähig sein. (4) Er sollte integrieren, nicht ausgrenzen. Dazu muss er weithin in gleicher Weise verstanden werden oder mit wenigen Worten verständlich gemacht werden können.

Auf die Verwendung des Begriffs „Schöpfung“ im Programm der ÖDP bezogen: Der Begriff sollte nicht wie ein Etikett an ein paar Stellen im Programm geklebt, sondern so verwendet werden, dass er Werte tiefer verstehen und vor allem im Lichte aktueller Wertekonflikte besser fassen und daraus abgeleitete politische Programmatik und Praxis besser formulieren hilft. Er darf auf spirituelle und geistige Ressourcen verweisen, um sie als Quelle der Inspiration zu erschließen, ohne ein Glaubensbekenntnis verbindlich zu machen.

„Schöpfung“ steht für eine subversive Ideologiekritik

Jüdische und christliche Schöpfungslehre beziehen sich über weite Strecken auf die gleichen biblischen Texte und das ÖDP-Europawahlprogramm 2019 spricht von jüdisch-christlichen Werten. Insofern ist es hilfreich, nicht nur christliche, sondern auch jüdische Auslegungen der biblischen Schöpfungserzählungen und Bezüge der biblischen Texte auf das Thema Schöpfung in den Blick zu nehmen, um zu klären, welchen Platz sie im Programm der ÖDP einnehmen sollten.

Üblicherweise werden zwei Schöpfungslehren unterschieden,

die am Anfang der Bibel direkt aufeinander folgen: der Sieben-Tage-Hymnus im Buch Genesis 1,1–2,4a und die Geschichte von Adam und Eva im Garten Eden in Genesis 2,4b–24. Einige Theologen erkennen auch in Psalm 104 und im 2. Buch der Makkabäer 7,28b Schöpfungserzählungen. Darüber hinaus gibt es etliche für das jüdische und christliche Schöpfungsverständnis wichtige Aussagen in vielen Teilen der Bibel bis hin zur Offenbarung des Johannes, der Apokalypse.

Die Aussage im 2. Buch der Makkabäer 7,28b ist besonders kurz – @Social-Media-Team: Das passt in einen Tweet! – und lautet in der aktuellen katholischen Einheitsübersetzung: „Gott hat das aus dem Nichts erschaffen und so entstehen auch die Menschen.“ Knapper kann dem Kreationismus keine Abfuhr erteilt und auf den Punkt gebracht werden, was in der Bibel nicht steht: eine Beschreibung, wie die Welt entstanden ist. Die biblischen Schöpfungserzählungen beschreiben nicht die Entstehung der Welt, sondern deuten sie und diese Deutung führt zu Werten.

Die erste Schöpfungserzählung, der Sieben-Tage-Hymnus in Genesis 1,1–2,4a, stammt aus dem späten 6. Jahrhundert vor Christus. Sie greift das damals vorherrschende neubabylonische Weltbild auf, behält die

„Schöpfung“ sollte im Programm der ÖDP auf spirituelle und geistige Ressourcen verweisen, ohne ein Glaubensbekenntnis verbindlich zu machen.

naturwissenschaftlichen Aussagen bei, verändert aber den Kern der Deutung und Bewertung. In scharfem Gegensatz zur neubabylonischen Marduk-Erzählung sagt der biblische Text: Die gesamte Schöpfung, einschließlich der Menschen, ist gut, lebensförderlich. Das „heißt

BUCHTIPPS

Gisela Dachs (Hrsg.)
Natur
Erkundungen aus der jüdischen Welt
Jüdischer Verlag,
Oktober 2021
222 Seiten, 23,00 Euro
978-3-633-54313-7



Markus Vogt
Christliche Umweltethik
Grundlagen und zentrale Herausforderungen
Herder, Februar 2021
784 Seiten, 48,00 Euro
978-3-451-39110-1



Heinrich Bedford-Strohm (Hrsg.)
Und Gott sah, dass es gut war
Schöpfung und Endlichkeit im Zeitalter der Klimakatastrophe
Neukirchener,
November 2009
190 Seiten, 28,00 Euro
978-3-7887-2391-0



nicht: herrlich, paradiesisch, göttlich. Die lebensförderlich eingerichtete und insofern gute Schöpfung ist durchaus in sich konfliktträchtig und hinfällig.“ (Michael Welker)

Harmoniegedudel ist der Bibel fremd. Aber „jeder Teil des Ganzen

hat eindeutig einen eigenen inhärenten Wert“. (Jeremy Benstein) Das ist eine Bewertung, das formuliert Werte: Die Schöpfung und jedes ihrer Teile, jedes Ökosystem, ja jede Art hat unabhängig von ihren Zwecken für die Menschheit einen Eigenwert und ist erhaltenswert. Gefährdet ist

die Schöpfung in erster Linie durch menschliche Tätigkeit. Und Aufgabe der Menschen ist, die Schöpfung nachhaltig zu entwickeln. Das heißt auch: Es gilt nicht, einen bestimmten Status zu bewahren. „Schöpfung ist

„Schöpfung“ steht für die subversive Kritik eines Volkes „unterhalb der 5%-Hürde“ an den Ideologien seiner Zeit – für die ÖDP nicht uninteressant.

ständig im Werden, sie ist ein unaufhörlicher kreativer Prozess.“ (Markus Vogt)

Die zweite markante Aussage der ersten Schöpfungserzählung ist, dass alle Menschen nach dem Bild Gottes geformt sind. „Die Gottes Ebenbildlichkeit ist ein Topos der ägyptischen Königsideologie, der hier auf alle Menschen übertragen und damit demokratisiert wird.“ (Markus Vogt)

Alle Menschen haben die gleiche Würde, keiner ist herausgehoben. Die erste biblische Schöpfungserzählung verbietet damit jede Form des Führerkults, sowohl in seiner faschistischen Ausprägung als auch in der Form des Starkults. Wenn die ÖDP sich diese radikale Ablehnung jeder Form des Führerkults zu eigen macht, muss sie eine Partei der Begegnung auf Augenhöhe sein, der vielen Gesichter, die sie in ihrer Vielfalt repräsentieren, keine Partei, die einer Führungsfigur widerspruchlos folgt, um „Einigkeit“ zu zeigen.

Die biblischen Schöpfungserzählungen enthalten eine subversive Kritik an den Ideologien ihrer Zeit. Die beiden zentralen Kritikpunkte machen Aussagen zur Ökologie und zur Demokratie. Geschrieben wurden sie von einem unbedeutenden Volk „unterhalb der 5%-Hürde“ sozusagen. Mehr als zwei Jahrtausende überliefert und fruchtbar wurden die Schöpfungserzählungen des bibli-

schen Volkes, nicht die der großen Parteien, von denen es oft fast zerrieben wurde. Sie transportieren Vorstellungen vom Menschen, von menschlicher Gemeinschaft und der Beziehung zur Umwelt, die als Quel-

le der Inspirationen für eine Vielzahl politischer Handlungsfelder dienen können. Für eine Partei wie die ÖDP ist das alles nicht ganz uninteressant.

Fazit: „Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ ist geeigneter

Für alle Mitglieder der ÖDP verbindlich sollten Werte sein, kein religiöses Glaubensbekenntnis. Der Bezug zu den biblischen Schöpfungserzählungen als Quelle der Inspiration neben dem Humanismus und möglichen weiteren spirituellen und geistigen Ressourcen darf und sollte im Programm durchaus hergestellt werden, jedoch so, dass die aus ihm abgeleiteten Werte in den Vordergrund gestellt werden.

„Schöpfung bewahren“ eignet sich aus verschiedenen Gründen eher nicht als Überschrift für ein Kapitel des BPP: (1) Diese Formulierung suggeriert ein Glaubensbekenntnis. (2) Sie wird mittlerweile selbst in der christlichen Theologie kritisch gesehen. (3) Bezüge zwischen biblischem Schöpfungsglauben und dem Programm der ÖDP existieren an vielen Stellen, nicht nur beim Klima-, Umwelt- und Artenschutz.

Kapitel 1 behandelt aktuell 13 verschiedene Themen. Klimaschutz wird explizit benannt, die anderen 12 Themen haben mehr oder weniger direkt mit Klima-, Umwelt- und Artenschutz zu tun. Als Überschrift

bietet sich „Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ an.

Werte haben im Programm der ÖDP eine zentrale Bedeutung. Umso wichtiger ist es, dass sie von Themen und politischen Forderungen einerseits sowie ihren spirituellen und geistigen Quellen andererseits unterschieden werden. Um die zentrale Bedeutung der in der ÖDP geteilten Werte sichtbarer und ihre Verbindungen zu konkreten Punkten des Programms klarer zu machen, könnten zu Beginn jedes Kapitels, nicht nur in Kapitel 1, in knapper Form die jeweils relevanten Werte benannt werden. Wo es sich anbietet, kann ein Bezug zu spirituellen und geistigen Ressourcen hergestellt werden, wie etwa der jüdischen und christlichen Schöpfungstheologie und Umweltethik, dem Humanismus oder weiteren Ressourcen. Eine umfassendere Ausführung zu den Werten der ÖDP und ihren spirituellen und geistigen Quellen sollte im GP erfolgen. ■

Ob die Kapitelüberschrift „Schöpfung bewahren“ tatsächlich so im Bundespolitischen Programm bleibt oder ersetzt wird, ist derzeit noch offen.

Dr. Michael Stöhr,

Jahrgang 1964, studierte Physik und Philosophie und promovierte in experimenteller Halbleiterphysik. Seit 1992 arbeitet er in der angewandten Forschung und Beratung zu erneuerbaren Energien. 2014 trat er der ÖDP bei. Aktuell ist er Beisitzer im Vorstand des ÖDP-Bundesarbeitskreises „Klima- und Umweltschutz, Verkehr und Energie“, deren Delegierter in der Bundesprogrammkommission sowie Landesbeauftragter für Klimaschutz der ÖDP Bayern.



Europäisch-britische Erfahrungen

Politik ohne Korruptionsgefahr

Das deutsche Wahlrecht ermöglicht eine vielfältige Parteienlandschaft. Die Bürger können unter einer großen Auswahl an Positionen die zu ihrer eigenen Überzeugung passendste wählen – z. B. die der ÖDP.

von Paul Holmes

Ende der 1990er-Jahre radelte ich jeden Arbeitstag frühmorgens die 7 km von meiner Wohnung im Münchener Stadtteil Neuhausen zu meinem Arbeitsplatz im Stadtteil Zamdorf – und abends wieder zurück. So überquer-

Gemeinwohl und Spenden

Am 31. Mai im Pschorr-Keller war ich jedenfalls beim Vortrag von Bernhard Suttner zugegen. Schon damals ging es um das Gemeinwohl. Nachträglich, mehr als 20 Jahre später, protestiere ich noch immer mit der damals

Durch die Ablehnung aller korporativen Zuwendungen verzichtet die ÖDP auf Konzernabhängigkeiten, die bei den anderen Parteien geläufig sind.

te ich täglich zweimal den Königsplatz. Und auf dem standen ab Mitte Mai 1999 plötzlich Plakate für eine Partei namens ÖDP. Ein Löwe war da zu sehen, der sich mit einem Reißnagel wohl eher unwillig in den Hintern piksen ließ.

Es ging um die Bürgermeisterwahl am 13. Juni, was mir im Nachhinein seltsam vorkommt, denn zu diesem Zeitpunkt trat unsere Stadträtin Mechthild von Walter gar nicht an. Die ÖDP war nicht dabei, aber plakatiert wurde trotzdem. Sei's drum – die Plakate sprachen mich so stark an, dass ich, der ich als EU-Bürger an der OB-Wahl würde teilnehmen dürfen, mir vorgenommen hatte, zu dieser Partei Kontakt aufzunehmen. Das erfolgte dann erstmals wohl auf dem Rotkreuzplatz am Infostand.

noch vorhandenen Jugendlichkeit, dies stehe schwarz auf weiß in der bayerischen Verfassung! Wo ist denn das Problem bei der endgültigen Realisierung?

Als positiv empfand ich zudem die Ablehnung aller korporativen Zuwendungen. Ganz klar wird man als Empfänger von Geldbeträgen befangen. Einen etwaigen interessensbezogenen Konflikt lässt der Gönner das erste Mal wohlwollend gewähren, das zweite Mal vielleicht auch noch, doch spätestens beim dritten Mal wird er fragen: „Stimmen unsere Anschauungen denn wirklich noch überein?“ Ab dann muss man auf die Eurotausende verzichten. Also warum nicht gleich vorneweg?

So verzichtet die ÖDP auf Konzernabhängigkeiten, die bei den an-

deren Parteien geläufig sind. Nur so kann man soziale Politik rein demokratisch und ohne Korruptionsgefahr betreiben, ja auch vorantreiben. Denn garantiert widerspricht das Soziale im Laufe der Zeit dem Kommerz.



Plakat der ÖDP Bayern, 1990er- und 2000er-Jahre

Das fand und finde ich als Grundsatz genial. Aber: Millionen unserer Mitbürger offensichtlich nicht. Es bleibt bei uns in allen Auslegungen des Wortes ein „Alleinstellungsmerkmal“.

Verhältnismäßig schärft Parteienprofile

Die ÖDP war mir – mit Beginn der Internetzeit auch laut „Wahlomat“-Abfragen – „am genehmsten“. Das deutsche Verhältnismäßig lässt zu, dass man zu der Partei hinfinden darf, die am ehesten für die eigenen Anliegen steht. In meiner Heimat Großbritannien ist das nach wie vor nicht der Fall. Wie auch in den USA gibt es dort nur hü oder hott, aber immerhin durch eine noch systemrelevante, zentristische Partei, die Liberaldemokraten, ein wenig abgemildert, ohne dass diese öfters systembestimmend werden könnte.

Distanzhaltend zu den Grünen, die sich für mich zu sozialrevolutionär gaben, fand ich mit der ÖDP eine Par-



Europawahl 2019

te, die sich sozialkonservativ und in sich schlüssig für die Umwelt einsetzen: „Die Errungenschaften unseres Sozialwesens setzen wir nachhaltig ein, um ein Gemeinwohl zu realisieren, das mit der uns allen belebenden Natur im Einklang steht.“ Eine Politik, die Umweltbelange ernsthaft mitbetrachtet, finde ich freilich von Haus aus nur „konservativ“. In Großbritannien erreicht man mit dem dortigen Mehrheitswahlrecht keine so genaue Definitionsschärfe.

Medien und Meinungsbildung

Die ÖDP erreichte 20 Jahre nach meinem Beitritt: Nichtrauchererschutz, Bienenschutz, Ausstieg Münchens aus der Kohleverfeuerung. Die ganz großen Herausforderungen unserer Zeit verharren jedoch fast unverändert im Raume, diejenigen die für mich als Wahlberechtigten immer noch ausschlaggebend sind. Deshalb marschierte ich auch schon zweimal bei „Fridays for Future“ mit. Die ÖDP ist aktuell die Stimme, die gerne überhört wird. Doch was heißt „überhört“? Vielleicht: keine Berichte in der überregionalen Tagespresse, keine Interviews in „Spiegel“, „Cicero“, „Süddeutsche“, „Zeit“ und

anderen, keine Teilnahme an TV-Talkshows.

Die Einladungen hierzu aber sind nicht von den verschiedenen medialen Redaktionen – „medial“ heißt „vermittelnd“! – alleine zu bestimmen, sondern im Einklang mit den Staatsverträgen an alle zu richten. „Mandatiert“ bedeutet in diesem Sinne: „teilnahmeberechtigt“. Aber was herrscht denn tatsächlich vor? Ist es nicht so, dass die ja rein private Presse und die rein transnationalen Wirtschaftsforen auf die Bildung des politischen Willens weitaus mehr Einfluss ausüben als die Wahlberechtigten? Was bedeutet dann das Wort „Demokratie“, das wir mit Bezug auf §1 (2) PartG im Namen führen?

Demokratie im 21. Jahrhundert

Was in Deutschland die 5%-Hürde, ist in Großbritannien das „taktische Wählen“. Das Verhältniswahlrecht gerät so an seine Grenzen, das Mehrheitswahlrecht ist als Spiegel der Gesellschaft schon längst gescheitert. In Deutschland und Großbritannien verhindert das Wahlrecht, die facettenreichen Anliegen einer mittlerweile kaleidoskopischen Gesellschaft widerzuspiegeln.

Die Frage, wie wir im 21. Jahrhundert Demokratie gestalten wollen, ist brennend aktuell geworden. Überall läuft es ganz pragmatisch auf eine „mandatierte“ Bevormundung durch den „demokratischen“ Staat hinaus: sicherlich ein „Ancien Régime“. Sind die Parteien wirklich noch ausschlaggebend bei der Bildung des politischen Willens? In einer immer komplexer werdenden Gesellschaft muss die Demokratie künftig in Bereiche vordringen, in denen sie bislang in solcher Kleinteiligkeit nicht präsent war.

Unsere Wohnverhältnisse sind zum Gegenstand einer mandatierten Öffentlichkeit geworden. Das

ist kein rein privates Verhältnis vom Bauträger zum Käufer und vom Mieter zum Vermieter mehr. Das Gleiche gilt für unsere Verkehrsverhältnisse: Wer einen SUV fährt, tut dies auf Kosten aller, ohne diese jedoch in die Entscheidung eingebunden zu haben. Ist das noch demokratisch vertretbar? Darf man demokratisch den Planeten zerstören?

Ein mögliches europäisches Gesetz für digitale Services, das ausgesprochen konzernfreundlich zu werden droht, möchte ich als letztes Beispiel die „Menschenrechte im Internet“ nennen. Als Mitglied des ÖDP-Bundesschiedsgerichts musste ich bei einer möglichen Beendigung einer Mitgliedschaft bedenken, dass dies dem Rauswurf aus einer Wohngemeinschaft gleichkommt. Die Person verliert damit ihr „Zuhause“. Ist das nicht mittlerweile bei den sozialen Medien genauso? Doch das Löschen eines Accounts ist überall nur noch private Willkür.

In sehr vielen Bereichen des öffentlichen Lebens bedarf es in unseren Tagen eines beherzten Ausbaus von rein demokratischen, von der Basis bestimmten Rechten! ■

Paul Holmes, Jahrgang 1956, studierte Philosophie, Germanistik und Bautechnologie. Seit 1986 ist er als Bauprojektant tätig. Der ÖDP trat er im Jahr 2000 bei. Von 2002 bis 2004 war er Beisitzer im Landesvorstand Bayern, von 2004 bis 2006 Stellv. Vorsitzender im Kreisverband München-Mitte, von 2006 bis 2016 Ordentliches Mitglied im Bundesschiedsgericht. Seit Anfang 2019 ist er Stellv. Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Humanökologisches Grundeinkommen.



paul.holmes@gmx.de

Leitgedanken & Attraktivität I

„Weniger ist mehr“

Wie kommen wir aus der ökologischen Sackgasse heraus? Der von der ÖDP favorisierte Weg unterscheidet sich deutlich von dem, den die „Grünen“ gehen wollen.

Interview mit Thomas Prudlo

ÖkologiePolitik: Herr Prudlo, 1991 sind Sie der ÖDP beigetreten. Warum?

Thomas Prudlo: Angestoßen hat alles ein für damalige Verhältnisse

Demokratien und ein verwüsteter Planet drohen mit diesem Weg. Und dazu Menschen, die weder innerlich gefestigt noch darauf vorbereitet

„Ich dachte mir, diese Partei ist entweder
wahnsinnig oder wahnsinnig mutig.“

unglaubliches Plakat mit dem Slogan „Weniger ist mehr“. Ich dachte mir, diese Partei ist entweder wahnsinnig oder wahnsinnig mutig. Dann habe ich mir das Bundestagswahlprogramm 1990 durchgelesen und fand es logisch. Und glücklicherweise gab es dann bereits einen sehr agilen Kreisverband Memmingen, der mich super integriert hat.

Was ist das Besondere an der ÖDP? Und worin unterscheidet sie sich von den „Grünen“?

Im Kern ist die ÖDP die Partei für

sinnvoll und gangbar ist der ÖDP-Weg, sich der Wirklichkeit zu stellen sowie materiell bescheidener und essenzieller zu leben.

Der ÖDP-Stadtverband München ist sehr erfolgreich. Was ist das Erfolgsrezept?

Wir haben vielleicht drei Dinge richtig gemacht: (1) Interessante Leute angesprochen und zum Mitmachen bewegt, oft auch als Parteilose, und dabei das Thema ins Zentrum gestellt. (2) Spannende Vorträge organisiert und andere Menschen für

„Der ÖDP-Weg: sich der Wirklichkeit stellen sowie
materiell bescheidener und essenzieller leben.“

das Leben, dezentral und von unten gedacht, weil sich dort das reale Leben abspielt und erlernt werden kann. Die „Grünen“ haben einen anderen Hintergrund, suchen die Lösung in zentralistischen Wachstums-konzepten mit Pseudodemokratien. Überschuldete Staaten, ausgehöhlte

unsere Themen sprechen lassen. Als Nebeneffekt hatten wir über Monate unsere 600 Plakatstände mit den Veranstaltungshinweisen auf den Straßen Münchens. (3) Immer wieder ganz konkrete Ziele gesetzt, die wir erreichen und feiern konnten: Bürgerbegehren, volle Kommunalwahl-



Thomas Prudlo, Jahrgang 1966, erlernte den Beruf des Bankkaufmanns und studierte anschließend Betriebswirtschaft und Politologie. In die ÖDP trat er 1991 ein und war von 1992 bis 1996 ihr Kampagnenleiter und Bundesgeschäftsführer. Von 1996 bis 2005 arbeitete er als Geschäftsführer des Green City e. V., gründete die Green City Energy AG und war von 2005 bis 2013 ihr Vorstand. Seit 2013 ist er selbstständiger Solarunternehmer, Filmproduzent und Vorsitzender des ÖDP-Stadtverbands München.

thomas-prudlo@gmx.de

listen, knackige Kampagnen.

Was sollte die ÖDP tun, um erfolgreicher zu sein? Und was nicht?

Wir laufen in ein Zeitalter der technokratischen Autokratien. Das Menschenbild dahinter ist perfide. Ein Transhumanismus breitet sich mehr und mehr aus. Wir müssen uns hier viel klarer und mutiger positionieren. Ähnlich wie beim „Weniger ist mehr“ müssen wir Vorreiter sein, die die analoge und geistige Welt verteidigen, eine echte Demokratie einfordern und alles Leben ins Zentrum stellen: die ÖDP als Partei des guten Lebens und gegen die Entmenschlichung der Welt!

Herr Prudlo, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Leitgedanken & Attraktivität II

„Freiheit vom Zuviel“

Ein Höhepunkt in der ÖDP-Geschichte war das in Bayern erfolgreich durchgeführte Volksbegehren „Rettet die Bienen“. Es zeigte, dass sich viele Menschen eine ökologische Wende wünschen – und bereit sind, dafür etwas zu tun.

Interview mit Agnes Becker

ÖkologiePolitik: Frau Becker, warum sind Sie der ÖDP beigetreten?

Agnes Becker: Mein Vater war schuld. Er hielt mir im zarten Alter von 16 Jahren den Mitgliedsantrag unter die Nase und meinte: „Schau dir das doch mal an!“ Meine Eltern waren da schon seit 1990 Mitglieder. Also hab ich’s mir angeschaut. Erster Kontakt war bei einer großen Demo der ÖDP Bayern für eine öko-soziale Steuerreform in München. Rund 1.000 ÖDPler bildeten eine Menschenkette um das Finanzministerium und es regnete die ganze Zeit wie aus Eimern. Hinterher lag ich drei Tage erkältet im Bett, aber ich hatte Bernhard Suttner auf der Demo gehört und war begeistert. Da waren Menschen, für die es wichtigere Dinge gibt als die nächste Fernreise, das dicke Auto

gegen den Willen der CSU durchzubringen. Das macht tierisch Spaß. Und für die Landtagsopposition, die über ungleich viel mehr Geld und Arbeitskräfte verfügt, wirkt die ÖDP wie eine Bewegungstherapie.

Was ist das Besondere an der ÖDP, was ist ihr Wesenskern?

Eine kleine Anekdote, die ich schon oft erzählt habe: Landtagswahlkampf 2018, Frage eines Journalisten nach dem eigentlichen Interview: „Also, Frau Becker, jetzt erklären Sie mir doch mal, warum es die ÖDP immer noch gibt? Nach über 30 Jahren sind sie immer noch nicht im Landtag.“ Ich musste einen Moment nachdenken, aber eigentlich ist die Antwort sehr einfach: Niemand ist bisher bei der ÖDP reich und berühmt geworden. Oder hat nach ge-



Agnes Becker, Jahrgang 1980, erlernte nach dem Abitur zunächst den Schreinerberuf, studierte dann Tiermedizin und betreibt heute eine kleine biologische Nebenerwerbslandwirtschaft. Der ÖDP trat sie 1997 bei, war 2009 bis 2022 stellvertretende Landesvorsitzende in Bayern und ist seit 2022 Landesvorsitzende. 2018 initiierte sie das Volksbegehren „Rettet die Bienen“. Von 2014 bis 2020 war sie zudem Mitglied des Bundesvorstands, von 2018 bis 2020 als stellvertretende Vorsitzende.

agnes.becker@oedp-bayern.de

unbegrenzt Wachstum geben kann. Wir sind überzeugt, dass es unredlich und demokratieschädigend ist, Geldspenden von Konzernen anzunehmen. Wir sind überzeugt, dass die direkte demokratische Mitsprache der Bevölkerung eine fantastische Sache ist. Und wir sind überzeugt, dass es sich im Einsatz für den Erhalt der Lebensgrundlagen und der Natur lohnt, mutig und aufrecht in jede Auseinandersetzung zu gehen. Sind schlechte Wahlergebnisse ein Grund zum Aufgeben? Werden unsere Überzeugungen dadurch falsch? Ich meine: Nein! Was ist also unser Wesenskern? Wir sind von unseren Zielen tief überzeugt! Für die engagiert man sich nicht, weil es

hinterher ein Zuckerl gibt, sondern weil sie richtig sind. Aber natürlich wollen wir auch in den Landtag! Wir brauchen ein gutes Ergebnis, damit wir auch in Zukunft die finanziellen Mittel für gut platzierte und schmerzhaft Nadelstiche in der bayerischen

New Deal“ und „Grünen Wachstums“ für eine gefährliche Illusion. Der heutige, materiell aufwendige Lebensstil der Industrie-Nationen kann nicht „nachhaltig“ zu „100% mit erneuerbaren Energien“ oder „biobasiert“ weitergeführt werden. Da zudem die

„Wir halten den von den ‚Grünen‘ vehement vertretenen Ansatz des ‚Green New Deal‘ und ‚Grünen Wachstums‘ für eine gefährliche Illusion.“

Politik haben. Die Erfolgsbilanz unserer Volksbegehren ist doch wirklich beeindruckend!

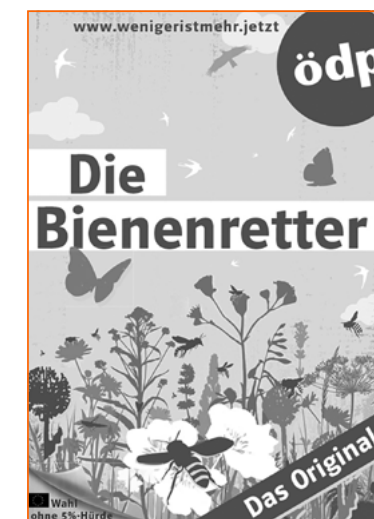
Worin unterscheidet sich die ÖDP von den „Grünen“?

Wir ziehen es durch! Wenn unsere Initiativen und Petitionen kein Gehör bei der großen Politik finden, dann machen wir die „Ochsentour“, stehen auf der Straße, sammeln bei Wind und Wetter Unterschriften, streiten uns mit dem Bauernverband – um den Wandel von unten durch direkt demokratische Entscheidungen zu schaffen. Und manchmal ist dem dann auch Erfolg beschieden. Wir halten den von den „Grünen“ vehement vertretenen Ansatz des „Green

Versorgung so vieler Menschen im globalen Süden dringend verbessert werden muss, wird es materielle Einschränkungen im industrialisierten Norden brauchen. Diese harte Wahrheit der nötigen Mengenreduzierung vertreten wir seit Gründung der ÖDP. Die „Grünen“ drücken sich um diese Kernbotschaft herum. Des Weiteren: Konzernspenden annehmen, wie die „Grünen“ das tun, wird es bei uns niemals geben. Und manche gesellschaftspolitischen Positionen der „Grünen“ befürworten viele in der ÖDP nicht oder halten sie einfach für zu unwichtig angesichts der überwältigenden Herausforderungen, vor denen wir alle stehen.

Was können wir aus Ihrem „Bienen-Volksbegehren“ lernen?

Wenn wir alle an einem Strang ziehen, dann können wir Großartiges schaffen! Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ war eine großartige Gemeinschaftsleistung von unendlich vielen aktiven Menschen in und außerhalb der ÖDP. Dafür empfinde ich tiefste Dankbarkeit und eine große Verpflichtung. Die Umsetzung des verbesserten bayerischen Naturschutzgesetzes ist eine Aufgabe, die uns noch viele Jahre beschäftigen wird. Bei einigen Zielen geschieht wirklich viel, um den Willen von über 1,7 Mio. Menschen umzusetzen. Bei den Zielen „30% Ökolandbau bis 2030“ und „Biotopverbund“ läuft



Europawahl 2019

es allerdings mehr als zäh – aber wir werden der Staatsregierung immer wieder im Nacken sitzen, damit auch dort der Bürgerwille Realität wird.

Was sollte die ÖDP tun, um erfolgreicher zu sein?

Wir müssen zusammenhalten und zusammenstehen. Es scheint in der ÖDP neuerdings eine Lust zu geben, kontroverse Themen mit großer Sprengkraft mal eben so in die Debatte zu werfen und dann zuzuschauen, wie die Pole aufeinanderprallen. Als kleine Oppositionspartei müssen wir auch nicht zu jedem tagesaktuellen Thema etwas sagen. Wir müssen uns auf unseren „Wesenskern“ konzentrieren. Die ÖDP Bayern hat das Mahatma-Gandhi-Zitat „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier“ nicht umsonst schon oft auf ihre Plakate gedruckt. Freiheit vom Zuviel! Verzicht ist unsere Rettung! Darum geht es! Und nicht darum, ob Einzelmaßnahme X oder Verordnung Y jetzt sinnvoll ist oder nicht. Jede und jeder möge sich besinnen, warum er oder sie einmal in die ÖDP eingetreten ist. Nur gemeinsam sind wir stark!

Frau Becker, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Bundestagswahl 2017

„Werden unsere Überzeugungen durch schlechte Wahlergebnisse falsch? Nein! Für unsere Ziele engagiert man sich, weil sie richtig sind.“

oder irgendein technischer Schnickschnack. Menschen, die sich für den Erhalt der Lebensgrundlagen einsetzen und dafür auch mal stundenlang im Regen stehen. Ich habe also meine Erkältung auskuriert und wurde ÖDP-Mitglied. Bis heute bin ich es mit Stolz, denn wir sind die erfolgreichste Oppositionspartei in Bayern. Nur wir haben es geschafft, Gesetze

taner politischer Arbeit einen gut bezahlten Posten in der Wirtschaft als Lohn bekommen. Stattdessen leisten wir alle viel ehrenamtliche Arbeit, halten manchmal scharfem Gegenwind stand und sind gerne auch mal Hohn und Spott ausgesetzt. Warum also machen wir das? Aus Überzeugung! Wir sind überzeugt, dass es auf einem begrenzten Planeten kein

Kommunalpolitik

Global denken, lokal handeln

Am erfolgreichsten ist die ÖDP auf kommunaler Ebene. Rund 530 Mandate hat sie hier derzeit, darunter auch einige Bürgermeister. Diese Erfolge haben Gründe. Die gilt es zu verstehen und als Basis für weitere Erfolge zu verwenden.

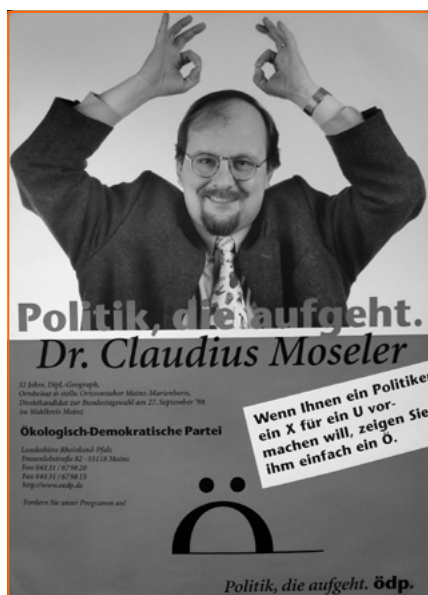
von Dr. Claudius Moseler

„Global denken – lokal handeln“: Dieses für die Ökologie-Bewegung selbstverständliche Leitbild galt für die ÖDP in der Gründungsphase der 1980er-Jahre ganz und gar nicht. Die Mitarbeit bei der ÖDP motivierte sich über die Bundespolitik, vor allem aufgrund des Abdriftens der Grünen ins linke Lager. Die Einsicht, sich auf kommunaler Ebene engagieren zu müssen, um überhaupt auf Landes- und Bundesebene bekannt zu werden – natürlich auch als Eigenwert für die betroffenen Gemeinden –, reifte erst sehr spät.

So lauteten meine ersten Worte im Beitrag „Die ÖDP macht Kommunalpolitik: Global denken – lokal handeln“ des Buches „20 Jahre ÖDP – Anfänge, Gegenwart und Perspektiven ökologisch-demokratischer Politik“, welches 1999 herausgegeben wurde. Die örtliche Politik in den Landkreisen, Städten und Gemeinden ist die unmittelbarste Politikenebene. Aktive Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen können relativ schnell die Umsetzung von politischen Zielen nachvollziehen. Das ist natürlich der besondere Reiz dieser politischen Ebene: nah am Menschen zu sein und nicht z. B. im „Raumschiff Berlin“ fernab der Betroffenen.

Die Vorteile des örtlichen Engagements:

- Die ÖDP gewinnt Vertrauen bei den Menschen vor Ort.
- Sie hat einen leichteren Zugang zu den Medien.
- „Betroffenheitsthemen“ und örtliche Politik interessieren viele Menschen.
- Reale Ergebnisse sind zu sehen.
- Kommunalpolitik ist immer die Schule für den praktischen Umgang mit politischen Themen.
- Man kann unmittelbaren Kontakt zu Bürgerinitiativen, Verbänden und Vereinen knüpfen.



Bundestagswahl 1998

Global denken, lokal handeln: Dieser Satz hat heute immer noch Aktualität, denn vielfach werden trotz vieler Eingeständnisse und politischer Sonntagsreden die notwendigen Änderungen in der Politik leider nur sehr langsam umgesetzt – von der Bundesebene bis zur kommunalen Ebene. Freilich nicht in allen Kommunen. Daher hat sich die ÖDP in vielen Städten und Gemeinden in den letzten 20 bis 30 Jahren als fester Bestandteil der politischen Landschaft etabliert, weil sie in ökologischen Fragen vielfach Vorreiter ist. Es ist daher notwendig zu analysieren, warum dies so ist und wie sich diese starke Präsenz im Vergleich zu anderen Kleinparteien so deutlich herausbilden konnte, vor allem in Bayern und südwestdeutschen Bundesländern. Diese Analysen basieren vor allem auf eigenen Beobachtungen und Erfahrungen, da wissenschaftliche Untersuchungen hierzu meist nicht vorliegen.

Aspekte der kommunalen Stärken der ÖDP

Grundsätzlich gilt es in der Politikwissenschaft als gesetzte Erkenntnis, dass auch die großen Parteien mit Blick auf ihre Erfolge immer davon abhängig waren, ob die kommunale Basis vorhanden war. Schließlich leistet die kommunale Basis meistens den Wahlkampf vor Ort und zeigt Gesicht. Für die

ÖDP möchte ich diese Regel noch überspitzen: Ich bin der Auffassung, dass sich die ÖDP so lange als Kleinpartei gehalten hat, liegt auch an dem Vorhandensein ihrer kommunalpolitisch verankerten Kreis- und Ortsverbände. Sie sind der Motivationsraum für die Aktiven und hier kann man Erfolge einfahren. Auch im Vergleich zu anderen Kleinparteien, die nicht im Bundes- oder einem Landtag vertreten sind, hat die ÖDP mit rund 530 Mandaten derzeit die meisten kommunalen Vertreterinnen und Vertreter.

Allerdings ergab sich aus dieser Lage auch die Erkenntnis, dass in diesen Regionen bei den überregionalen Wahlen, wie z. B. Bundes- und Landtagswahlen, weniger Stimmen eingefahren werden konnten. Der „Genosse Trend“ setzt sich auch hier immer mehr und mehr durch, nicht zuletzt dadurch, dass die klassischen Stammwähler immer



Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021

der ÖDP. Während in Bayern und Baden-Württemberg bei Kommunalwahlen die Sperrklauseln gar nicht existierten, gab es diese in den ande-

Die ÖDP hat sich in vielen Städten und Gemeinden etabliert, weil sie in ökologischen Fragen Vorreiter ist.

weniger werden und die Menschen sich bei den unterschiedlichen Wahlen nach ihrem persönlichen Nutzen für die Partei A, die Partei B oder eben für die ÖDP entscheiden. Als größtes Problem ist hier natürlich die 5%-Hürde zu nennen, die alle anderen internen und externen Faktoren überstrahlt. Als erwiesen auch für die ÖDP gilt, dass das Aufstellen von Direktkandidatinnen und Direktkandidaten auf Bundes- und Landesebene ein wichtiger Baustein für bessere Wahlergebnisse ist.

Die unterschiedlichen Ausgangslagen in den Bundesländern führten zu einer differenzierten Entwicklung bei den kommunalen Mandaten in

den Bundesländern in den 80er- und 90er-Jahren noch. Deshalb konnte vor allem der Landesverband Bayern hier einen zeitlichen Vorsprung gegenüber den nördlichen Landesverbänden nutzen.

Zur Abschaffung der Sperrklausel leistet aber vor allem die ÖDP NRW einen Beitrag durch das wegweisende Urteil vom 6. Juli 1999, das die 5%-Hürde auf kommunaler Ebene für verfassungswidrig erklärte. Die ÖDP NRW kämpfte dann immer wieder erfolgreich vor den Gerichten gegen neue Versuche, diverse Sperrklauseln einzuführen, weil die Kommunen in NRW angeblich „unregierbar“ seien. In der Folge wur-

den ab dem Jahrtausendwechsel in allen Flächen-Bundesländern die kommunalen Sperrklauseln komplett abgeschafft, nicht zuletzt aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts für Schleswig-Holstein. Die Anzahl an ÖDP-Listen außerhalb der beiden süddeutschen Länder ist bisher aber leider noch bescheiden und müsste weiter ausgebaut werden.

Natürlich ist der politische Erfolg auf kommunaler Ebene auch von der Mitgliederentwicklung abhängig. Da etwa 5.000 von rund 8.000 Mitgliedern in Bayern leben, haben wir dort auch rund 420 von 530 kommunalen Mandaten vertort. Grundsätzlich generieren aktive Kreis- und Ortsverbände viele neue Mitglieder im Rahmen

ihrer Werbung von Kandidierenden für die personalintensiven Wahlvorschläge bei Kommunalwahlen. So braucht die ÖDP in Bayern, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg eine gewisse Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern, damit für die Partei eine vollwertige Stimme abgegeben werden kann („volle Liste“). In NRW und Niedersachsen muss die Partei in möglichst allen Wahlkreisen einer Kommune antreten, um dort überhaupt wählbar zu sein. Diese Beispiele zeigen schon, dass eine Kandidatur auf kommunaler Ebene meist aufwendiger zu realisieren ist als bei einer Bundes- und Landtagswahl.

Viele ÖDP-Untergliederungen sind von wenigen oder gar nur einem „Kümmerer“ abhängig. Dabei zeigt die Erfahrung: Wenn ein Kreisverband zu homogen (z. B. Menschen gleichen Alters) war oder nur einen Exponenten hatte, kam es bei einem Rückzug aus der Politik – aus welchem Grund auch immer – in der Regel zu keiner erneuten Kandidatur bei Kommunalwahlen. Davon waren in den vergangenen Jahren vor allem

Verbände in den schwächeren Landesverbänden betroffen, wie z. B. in NRW, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Hier sind Städte wie Stuttgart, Karlsruhe, Speyer, Neustadt an der Weinstraße oder der Kreis Gütersloh zu nennen.

Natürlich steht in vielen ÖDP-Verbänden immer wieder ein Generationenwechsel oder schlicht nur ein personeller Wechsel an. Dies gelingt, wenn es gut vorbereitet und langfristig moderiert wird. Dafür müssen die Verbände auch mit ihren Kandidierendenlisten breit aufgestellt sein. Es sollte mehr als die notwendige Zahl von Personen bereit sein, im Kommunalparlament Verantwortung zu übernehmen. Damit dies gelingt, müssen vor allem die zuständigen Landesverbände die entsprechenden organisatorischen Rahmenbedingungen schaffen. Hier sind die Landesverbände gefordert, Beratung



Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021

Neuwahl für den Verbandsgemeinderat – aufgrund einer Fusion mit der Nachbar-VG – mit zwei Mandaten in den VG-Rat einziehen.

der stadt eigenen Unternehmen warb. Die Partei erreichte in der bayerischen Metropole 2020 mit 4,0% drei Stadtratsmandate. Mit zu den beständig guten kommunalen Wahlergebnissen in Bayern dürfte auch das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ beigetragen haben.

Die Liste ließe sich an dieser Stelle mit weiteren Beispielen beliebig verlängern. Grundsätzlich ist es aber auch möglich, mit Fleiß und öffentlichem Einsatz verschiedene kommunale Themen anzusprechen und die ÖDP-Meinung zu präsentieren. Viele Wege führten bzw. führen bei der ÖDP zum lokalen Erfolg.

Letztendlich kommt es bei den Wahlen auch auf eine gute Präsentation der Kandidatinnen und Kandidaten in Flugblättern, Wahlzeitungen, auf Plakaten, in den klassischen Medien sowie den sozialen Medien an. Der Bundesverband, aber auch viele Landesverbände unterstützen hier entsprechend, damit man seine Werbematerialien nicht komplett „selbst stricken“ muss.

Ein letzter und vielleicht auch vielfach entscheidender Punkt für die lokalen Erfolge ist, dass sich in der ÖDP zahlreiche aktive Mitglieder vor Ort einbringen, die vielfach in der Gesellschaft, in Vereinen und Verbänden vernetzt und verankert sind. Bekann-

Die Kreis- und Ortsverbände sind der Motivationsraum für die Aktiven. Hier kann man Erfolge einfahren.

ein Spitzenergebnis, da die ÖDP sich klar gegen den Bau eines Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue in Mainz positionierte. Einen ähnlichen Kampf führte die ÖDP in München, wo die Partei mit einem Bürgerbegehren für einen Kohleausstieg

te Persönlichkeiten helfen der ÖDP bei Kommunalwahlen, die ja immer ein wenig Personenwahlen sind, je kleiner die Kommune ist.

Freilich sind aber auch die nachfolgenden Aspekte für eine erfolgreiche Wahlteilnahme relevant:

- Aktionen und Veranstaltungen regelmäßig durchführen. Lieber wenige Projekte richtig bearbeiten als viele halb.
- Kontinuierliche Pressearbeit ist wichtigstes Element der kommunalpolitischen Basisarbeit.
- ÖDP-Kompetenzthemen unbedingt bearbeiten und ÖDP-Nischenthema schaffen.
- Mitglieder umfassend betreuen und einbinden.
- Interessentenbetreuung nicht vernachlässigen.
- Aktionsorientierte Maßnahmen/Veranstaltungen anbieten.
- Offensiv Kandidatinnen/Kandidaten und neue Mitglieder suchen (ein bis zwei Jahre vorher ideal).

Ich biete entsprechende Schulungen an, denn die weitere Professionalisierung der kommunalen Basis soll vorangetrieben werden. Dazu braucht es in allen organisatorischen und inhaltlichen Bereichen mehr Beratung und Anleitung. Deswegen hat der Bundesverband ein umfangreiches Schulungsprogramm aufgelegt.

Derzeitige regionale ÖDP-Schwerpunkte

In Bayern gibt es eine weitere kommunale Ebene: die direkt gewählten Bezirkstage. Deren Wahlen fanden zuletzt parallel zur Landtagswahl im Oktober 2018 statt. Die ÖDP hat bei diesen Wahlen insgesamt 5 Sitze gewonnen und ist in 4 von 7 Bezirktagen vertreten. Mit 2,6% wurden der Murnauer Bürgermeister Rolf Beuting und der Münchner Markus

der Wahl 2019 für die Region Stuttgart konnte die ÖDP zwei Mandate (2,1%) mit Guido Klamt und Mathias Rady gewinnen.

Die ersten ÖDP-Bürgermeister gab es 2008 in Pfreimd (Kreis Schwandorf) mit Arnold Kimmerl, in Emskirchen (Kreis Neustadt-Bad Windsheim) mit Harald Kempe und in Burkardroth (Kreis Bad Kissingen) mit Waldemar Bug. Alle drei konnten später (2014 bzw. 2020) wegen

Das Aufstellen von Direktkandidatinnen und Direktkandidaten auf Bundes- und Landesebene ist ein wichtiger Baustein für bessere Wahlergebnisse.

Raschke in den Bezirkstag Oberbayern gewählt, mit 3,7% der Passauer ÖDP-Stadtrat Urban Mangold in den Bezirkstag von Niederbayern, der Memminger Alexander Abt mit 2,1% in den Bezirkstag Schwaben und die Mönchsrotherin Ingrid Malecha mit 1,8% in den Bezirkstag Mittelfranken. Zu erwähnen wäre auch die Regionalversammlung Stuttgart mit ihren umgebenden Landkreisen. Bei

des Überschreitens der Altersgrenze nicht mehr kandidieren. 2008 bis 2020 war auch Stadt- und Bezirksrat Urban Mangold zweiter Bürgermeister der kreisfreien Stadt Passau.

Neben einer ganzen Reihe an zweiten und dritten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern stellt die ÖDP in Bayern derzeit sechs erste Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Anita Bogner in Rain (Strau-

Übersicht der Mandate nach Bundesländern

Landesverband	Kommunale Mandate (Stand: 01.06.2022)
Baden-Württemberg	49
Bayern	388 + 32 (auf anderen Listen)
Brandenburg	1 (auf anderen Listen)
Hessen	4 (auf anderen Listen)
Niedersachsen	3 + 1 (auf anderen Listen)
Nordrhein-Westfalen	11 + 1 (auf anderer Liste)
Rheinland-Pfalz	28 + 8 (auf anderen Listen)
Saarland	2 (auf anderen Listen)
Sachsen-Anhalt	1 (auf anderer Liste)
Thüringen	7 + 2 (auf anderen Listen)
Gesamt	486 + 52 (auf anderen Listen)

Kreisfreie Städte

Land	Kommune	%
BY	Passau	13,1
BY	Memmingen	9,5
BY	Regensburg	7,2
BY	Straubing	6,8
BY	Amberg in der Operpfalz	6,3
BY	Ansbach	6,3
BY	Erlangen	5,7
BY	Aschaffenburg	4,7
BY	Landshut-Stadt	4,7
BY	Kempten	4,3
NRW	Bottrop	4,2
RP	Mainz	4,2
BY	Ingolstadt	4,1
BY	München	4,0
BY	Würzburg	3,9

Dass sich die ÖDP so lange als Kleinpartei gehalten hat, liegt auch an dem Vorhandensein ihrer kommunalpolitisch verankerten Kreis- und Ortsverbände.

und Hilfestellung zu leisten und dies auch proaktiv zu begleiten.

Natürlich sind die lokalen Erfolge der ÖDP auch immer an wichtige lokale ökologische Konfliktthemen gekoppelt. 1984 errang der Förster Arnold Kimmerl auf der Liste „ÖDP/Parteifreie WAA-Gegner“ einen Sitz im Kreistag von Schwandorf. Ebenso errang die ÖDP z. B. in Nabburg (6,0%, Hermann Lobinger) und Pfreimd (8,6%, Arnold Kimmerl) Sitze in diesen von der WAA betroffenen Gemeinden im Kreis Schwandorf.

2012 konstituierte sich der Kreisverband Bernkastel-Wittlich gegen das Straßenbauprojekt Hochmoselübergang und konnte bei einer

bing-Bogen), Edith Lirsch in Triftern (Rottal-Inn), Rolf Beuting in Murnau (Garmisch-Partenkirchen), Robert Sedlmayr in Geltendorf (Landsberg am Lech), Martin Prey in Niedermurach (Schwandorf) und Willi Lindner (parteilos) in Kößlarn (Passau-Land).

Mitglied Frank Deworetzki ist in Herborn-Uckersdorf Ortsvorsteher über die Liste „Bürger für Uckersdorf“.

Über 400 kommunale Mandate hat die ÖDP alleine in Bayern. Auch gibt es überall einige Parteimitglieder, die auf freien Listen für Kommu-

nicipalparlamente kandidiert haben, vor allem wenn es vor Ort zu einer ÖDP-Liste nicht gereicht hat. Interessant sind die Übersichten mit den besten Ergebnissen auf den unterschiedlichen kommunalen Ebenen. Sie zeigen sehr deutlich, dass die Top-Ergebnisse überwiegend im ländlichen Raum liegen und in der Masse in Bayern. Aber auch in Groß-

Ausblick auf die kommunalpolitische Arbeit

Wo ist der Markenkern, die Kernidentität der ÖDP, zu finden? Und wird dieser auch in der kommunalen Politik nicht schon längst angewendet?

Die Würde des Menschen, die Freiheit des Individuums, Subsidiarität, ökologisch-soziale Markt-

wirtschaft, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Überzeugung, dass der Materialismus keine sinnstiftende Funktion hat (= „postmaterielle Ausrichtung“), sind zentrale Werte der ÖDP und ihrer Politik. Die Sozialpolitik in unserem Land muss fair und gerecht sein, insbesondere für Familien. Den negativen Entwicklungen durch die Globalisierung ist entschieden entgegenzutreten. Wir setzen dem Streben nach „immer mehr“ die Verantwortung für Mensch und Natur entgegen. Deshalb lautete einer unserer wichtigsten Wahl-

Stadt- und Ortsteile mit Orts(bei)räten

Land	Kommune	%
RP	Mainz-Marienberg	31,5
TH	Leinefelde-Worbis OT Leinefelde (Krs. Eichsfeld)	17,7
TH	Leinefelde-Worbis OT Worbis (Krs. Eichsfeld)	15,3
NDS	Helmstedt Barmke (Krs. Helmstedt)	11,6
RP	Mainz-Bretzenheim	9,8

bekämpfen. Daher lehnt die ÖDP Firmenspenden an Parteien ab.

Das alles erfordert von unserer Gesellschaft den Mut zum Wandel.

Schleswig-Holstein antreten, bevor dann im Jahr 2024 – vermutlich wieder parallel zur Europawahl – in neun Bundesländern (allen östlichen Bun-

Aktive Kreis- und Ortsverbände generieren viele neue Mitglieder im Rahmen ihrer Werbung von Kandidierenden.

In Baden-Württemberg stellt die ÖDP mit Markus Hollemann einen Bürgermeister in Denzlingen (Landkreis Emmendingen). Seit der Kommunalwahl 2014 in Rheinland-Pfalz ist Dr. Claudius Moseler Ortsvorsteher des Stadtteils Mainz-Marienberg. Der ÖDP-Kandidat wurde im Juni 2019 in einer Stichwahl mit 68,7% in seinem Amt bestätigt. Das ÖDP-

Landkreise

Land	Kommune	%
BY	Rottal-Inn	10,1
BY	Straubing-Bogen	9,4
BW	Ravensburg	7,5
BY	Garmisch-Partenkirchen	7,4
BY	Dingolfing-Landau	7,0
BY	Passau-Land	6,8
BY	Weilheim-Schongau	6,5
BY	Kelheim	6,3
BW	Biberach	6,0
BW	Rottweil	5,8
BY	Pfaffenhofen (Ilm)	5,5
BY	Ansbach	5,3
BY	Landshut-Land	5,2
BY	Aichach-Friedberg	5,1
BY	Amberg-Sulzbach	5,1
BY	Landsberg (Lech)	5,1
BY	Neumarkt	5,0
BY	Schwandorf	5,0

Kreisangehörige Städte und Gemeinden

Land	Kommune	%
BY	Wurmannsquick (Krs. Rottal-Inn)	33,1
BY	Kößlarn (Krs. Passau)	23,8
BY	Murnau (Krs. Garmisch-Partenkirchen)	23,6
BY	Oberhausen (Weilheim-Schongau)	20,9
BY	Geltendorf (Krs. Landsberg/Lech)	20,6
BY	Egling an der Paar (Krs. Landsberg/Lech)	20,1
BY	Emskirchen (Krs. Neustadt/Aisch)	19,9
BY	Randersacker (Krs. Würzburg)	19,9
BY	Volkenschwand (Krs. Kelheim)	17,7
BY	Wildenberg (Krs. Kelheim)	17,7
BY	Triftern (Krs. Rottal-Inn)	17,2
RP	Adenau (Krs. Ahrweiler)	17,0



Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021

kampfslogans „Weniger ist mehr“. Wir wollen eine weitsichtige Politik nicht nur für uns, sondern auch für nachfolgende Generationen.

Die Demokratie muss erneuert werden. Dies bedeutet für uns, dass es höchste Zeit für eine saubere und ehrliche Politik ist: mehr Bürgerbeteiligung durch Bürger- und Volksentscheide und unabhängige, den Bürgern verpflichtete Parteien. Der Einfluss wirtschaftlicher Interessen auf politische Entscheidungen ist zu

Unser bundespolitisches Profil müssen wir auf die kommunale Ebene thematisch herunterbrechen.

Wir grenzen uns daher deutlich von den beharrenden und die Krise verursachenden Parteien ab. Wir denken langfristig und nicht kurzfristig. Deshalb greifen alte politische Paradigmen wie konservativ, sozial, grün, sozialistisch oder liberal nicht mehr. So wie jetzt kann es in der Politik nicht weitergehen.

Diese drei Aspekte unseres bundespolitischen Profils müssen wir natürlich auf die kommunale Ebene thematisch herunterbrechen, z. B. mehr Bürgerbeteiligung, Bürgerentscheide und kommunale Bürgerhaushalte, eine Siedlungsentwicklung, die Grenzen des Wachstums anerkennt, oder eine kommunale Familienpolitik. Und die Kreisverbände setzen dies auch um, sonst hätten sie keinen Erfolg. Unsere Kreis- und Ortsverbände stehen daher – vor allem auch mit Blick auf den Klimaschutz und die Abmilderung der Folgen des Klimawandels – weiterhin vor großen Herausforderungen.

Im Jahr 2023 wird die ÖDP voraussichtlich in einigen Kommunen in

desländern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Hamburg) Kommunalwahlen stattfinden. Hier sind die bisherigen positiven Erfahrungen weiter anzuwenden, aber mit Blick auf neuere Entwicklungen in Politik und Gesellschaft auch neue Wege zu beschreiten.

Dr. Claudius Moseler, Jahrgang 1966, studierte Geografie und promovierte. Seit 2001 ist er Generalsekretär der ÖDP. Außerdem ist er Schriftführer im Landesvorstand Rheinland-Pfalz, Vorsitzender des Kreisverbands Mainz-Stadt, Mitglied des Mainzer Stadtrats, ÖDP-Fraktionsvorsitzender und Ortsvorsteher des Stadtteils Mainz-Marienberg. Darüber hinaus engagiert er sich in Vereinen, Umwelt- und Sozialverbänden sowie seiner Pfarrgemeinde.



Politikmarketing

Marke, Markenkern – was bringt das?

Für einen Großteil der Wähler ist die ÖDP immer noch ein eher unbeschriebenes Blatt. Und ihre Mitglieder tun sich in Gesprächen mit Interessenten oft schwer, kurz und knackig zu erklären, was die ÖDP ist, was sie will und worin sie sich von den „Grünen“ unterscheidet. Braucht die ÖDP deshalb wie Unternehmen in der Wirtschaft eine Markenstrategie?

von Dr. Claudio Caballero

Gute Marken heben sich von der Masse ab: Coca-Cola, Apple oder Mercedes-Benz, alternativ auch Frosch, Patagonia oder Beyond Meat. Diese Marken sind bekannt – man weiß, wofür sie stehen und wodurch sie sich von anderen Marken abgrenzen. Insofern ähnelt eine gute Marke einem Charakter: Mit ihr verbindet man bestimmte Werte und Eigenschaften, für die das Unternehmen bzw. das Produkt steht, ohne dass

tet Orientierung nach außen für die Kunden, aber auch nach innen für die Mitarbeiter.

Nicht nur die Privatwirtschaft, auch politische Parteien verwenden Markenkern. Bei der CDU lassen sich drei Wurzeln oder Strömungen erkennen: eine christlich-soziale, eine liberale und eine konservative. So wird je nach aktueller Ausrichtung bzw. politischer Führung mal das christliche Menschenbild, die Wirtschaftskompetenz oder die Funktion

Ein Markenkern signalisiert,

worin für eine Partei der Schwerpunkt liegt und was sie von anderen unterscheidet.

diese explizit genannt werden müssen. Gelingt es, die Marke emotional aufzuladen, dann kann sie sehr erfolgreich werden und die Zielgruppe lange binden – idealerweise identifiziert sich ein Kunde mit ihr.

Vor allem aber ist die Marke ein Versprechen an ihn. Bei Mercedes-Benz z. B. ist der Markenkern identisch mit „Das Beste“. Konkrete Facetten wie etwa Fahrsicherheit und Innovation sind darin verankert. Als Claim, ähnlich einem Slogan, also einem mit der Marke verbundenen Satz, wird das Zitat von Gottlieb Daimler „Das Beste oder nichts“ verwendet. Ein solcher Markenkern bie-

als Sammelbecken für die demokratische Rechte mit Themen wie Sicherheit herausgestellt. Die FDP verwendet den Begriff „Freiheit“, den sie idealtypisch als „Verantwortung des Einzelnen für sich selbst und der Begrenztheit staatlichen Handelns“ versteht. Realpolitisch lassen sich bei dieser Partei Phasen mit stärker sozialliberaler oder wirtschaftsliberaler Ausprägung beobachten. Für die SPD steht soziale Gerechtigkeit im Zentrum, wonach „starke Schultern in der Gesellschaft mehr tragen sollen als jene, die durch unterschiedliche Lebensumstände ohnehin schon belastet sind“. Und auch wenn die

Grünen keinen vergleichsweise griffigen Begriff verwenden, ihr Fokus liegt klar auf den Aspekten Ökologie, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden.

Warum ein Markenkern für die ÖDP sinnvoll ist

Ein Markenkern kann auch der ÖDP helfen – etwa bei der Außenkommunikation: Man versteht direkt, idealerweise intuitiv, worin für diese Partei der Schwerpunkt liegt und was sie in der Folge von anderen unterscheidet. „Weniger ist mehr“ etwa ist ein gutes Beispiel für eine kompakte und klare Umsetzung eines Claims aus einem möglichen Markenkern zur Wachstumskritik. Verzichtet man auf eine Festlegung, besteht die Gefahr, dass andere, außerhalb der eigenen Partei, die Deutungshoheit übernehmen: So kursieren etwa Bezeichnungen für die ÖDP wie z. B. die „christlichen Grünen“, die „wahren Grünen“ oder auch die „Bienenretter“. Zudem bekommt man in Gesprächen mit Mitgliedern mit, dass nicht klar sei, wofür die ÖDP stehe.

Was die Gesprächspartner aber tatsächlich oft meinen, ist, dass sie persönlich durchaus eine klare Überzeugung hiervon haben, aber die Partei genau diese nicht entsprechend nach außen kommunizieren würde. Ein klar definierter Markenkern in Verbindung mit einem daraus

abgeleiteten Claim kann entsprechend helfen, auch nach innen zu überzeugen und den Zusammenhalt zu stärken: Eine Partei erhält durch den Markenkern eine eigene Identität, welche hilft, unverwechselbar zu sein.

Es ist seit geraumer Zeit bekannt, dass langfristige Wählerbindungen erodieren: Immer weniger Wähler fühlen sich einer Partei besonders verbunden, weswegen der Rückhalt zu den traditionellen Parteien schwindet: Arbeiter wählen heutzutage kaum noch aus Tradition die SPD. Das kirchliche Milieu ist kein Garant mehr für die Wahl der Unionsparteien. Die individuelle Wahlentscheidung wird zunehmend von kurzfristigen Faktoren, von den Kandidaten und von Themen bestimmt, die die politische Agenda in den Momenten rund um eine Wahl bestimmen.

Infolge eines solchen sogenannten volatilen Wählertyps haben ehemals kleine Parteien zum Teil beachtliche Wahlerfolge verzeichnen können. Aber auch der Anteil an Nichtwählern hat zugenommen. Es wirkt geradezu, als „probieren“ die Wähler an der Wahlurne auch verschiedene Optionen aus: Hiervon kann die ÖDP profitieren. Auf der Suche nach neuen Wahlmöglichkeiten nutzen die Wahlberechtigten vermehrt Entscheidungshilfen, wie den Wahl-O-Mat. Wenn die ÖDP dort in ihren Antworten greifbar, glaubwürdig und klar abgrenzbar auftritt, kann sie bei der Wahlentscheidung ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

Gerade als kleine, weniger bekannte Partei, die besonders im Wettbewerb mit anderen kleinen Parteien steht, wird die ÖDP zudem von einem überzeugenden Claim, klaren Alleinstellungsmerkmalen und einem erkennbaren Markenkern

stark profitieren. Auch ein griffiger Parteiname (etwa als Namenszusatz) kann hierbei helfen, um aus der Masse an politischen Alternativen herauszustechen – wie sich bei manchen politischen Wettbewerbern beobachten lässt.



Bundestagswahl 2009

Hat die ÖDP nicht bereits einen Markenkern?

Die Suche nach dem Markenkern der ÖDP startet selbstverständlich mit dem Studium der programmatischen Inhalte. Das Grundsatzprogramm ist hierbei sehr aufschlussreich mit Blick auf die dort beschriebenen

viele darin einig, dass die Partei bereits über einen Markenkern verfüge. Lässt man sich diesen erläutern, beobachtet man, dass die Einigkeit dann oft auch dort endet.

Es erstaunt natürlich nicht, dass in diesen Gesprächen die Begriffe Ökologie, Nachhaltigkeit und Wachstumskritik überwiegen. Tatsächlich aber unterscheiden sich bei einer zweiten Betrachtung die Ansichten darüber, was jeder unter diesen Begriffen konkret versteht, wie diese Konzepte miteinander verbunden sind oder wie sie in der persönlichen Bewertung gewichtet werden.

Zudem wird von einer weiteren „Strömung“ unter den ÖDPlern auch das „Demokratische“ im Namen der Partei ergänzend zu den drei oben erwähnten Facetten betont – aber auch von einigen als grundlegender, ja als der eigentliche Kern der Partei angesehen. Für diese Vertreter ist die konsequente Konzernspendenfreiheit das Alleinstellungsmerkmal der ÖDP gegenüber anderen Parteien, welche eine glaubwürdige Unabhängigkeit von Unternehmensinteressen bzw. Lobbyismus jeglicher Art in der politischen Arbeit sichere. So seien finanzielle Zuwendungen an politische Parteien immer auch mit konkreten (wirtschaftlichen) Interessen und dem Wunsch nach Gegenleistung in irgendeiner Form ver-

„Weniger ist mehr“ ist ein gutes Beispiel für eine kompakte und klare Umsetzung eines Claims aus einem möglichen Markenkern zur Wachstumskritik.

Aspekte zum christlich-humanistischen Menschenbild und der grundsätzlichen Achtung vor dem Leben. Verlässt man diese Schriften und unterhält sich mit Parteimitgliedern, dann scheinen sich tatsächlich sehr

bunden. Gerade eine Durchdringung durch Wirtschaftsunternehmen in vielen Bereichen wird bei einigen Parteimitgliedern als das eigentliche Übel gesehen, wieso keine nachhaltige Politik gestaltet werden kann.

Eine Entflechtung vom Einflussbereich großer Konzerne sei notwendig, um die Ziele vor allem im Bereich des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes zu erreichen.

Ergänzt wird diese Position von der Auffassung, eine gute Demokratie zeichne sich dadurch aus, dass sich möglichst viele Bürger am politischen Prozess direkt beteiligten. Hier kann die ÖDP durchaus bemerkenswerte Erfolge in der Praxis vorweisen, hat sie doch sehr bedeutende und zugleich medial sichtbare Volksbegehren etwa zum Arten- und zum Nicht-raucherschutz initiiert sowie mit breiter Unterstützung seitens der Bürger zum Abschluss gebracht. Aber auch das Engagement vieler politisch aktiver Mitglieder auf Kommunalebene ist Ausdruck dieser Facette der ÖDP-Programmatik.

Kritiker führen an, dass – obwohl ein Mehr an Demokratie sehr wohl ein wichtiges Anliegen sei – es gleichwohl politisch inhaltsleer bleibe, wenn nicht zugleich erklärt werde, für welche konkreten politischen Projekte das Mehr eingesetzt werde. Denn auch Parteien am extrem rechten Rand befürworten mehr Teilhabe der Bürger – aus dem Kalkül, dass sich das Volk leicht für ihre Ansichten verführen ließe.

Verzichtet man auf eine Festlegung, besteht die Gefahr, dass andere die Deutungshoheit übernehmen.

Eine weitere Gruppe unter denen, die sich an einer Markenkerndiskussion beteiligen, ist der Ansicht, dass nicht die Fokussierung auf eines dieser Kernthemen zielführend sei, sondern dass eine gemeinsame „Klammer“ für die Themen zu suchen sei: Sie versuchen die Frage zu beantworten, mit welchem programmatischen

Überbau sich diese Ziele theoretisch vereinen lassen. So verwendet unter den verschiedenen Vorschlägen ein Ansatz beispielsweise einen erweiterten Ökologie-Begriff, der sich auf den Wortstamm Oikos, das Haus, rückbesinnt, welcher es ermögliche,



Bundestagswahl 2021

alle programmatischen Positionen hierunter zusammenzuführen.

Begleitet wird diese Klammer-Suche von der Überlegung, dass die ÖDP das Problem habe, ihre politischen Inhalte dem Wähler schmack-

haft zu machen: Der potenzielle Wähler sei nur schwer zu überzeugen, wenn man sich thematisch zu sehr den Grünen annähert, da dieser dann eher das vermeintliche Original bzw. die Partei mit mehr Gestaltungschancen in der politischen Landschaft wähle. Innerhalb dieser Strömung wird zudem gefordert, die

Alleinstellungsmerkmale der ÖDP in der politischen Kommunikation zur Unterscheidung stärker zu betonen.

Zudem wird auch zielgruppenspezifisch argumentiert, wonach die Stadt-Klientel weniger ÖDP-affin und stärker den Grünen verhaftet sei, weswegen man verstärkt die von den Grünen vernachlässigte Klientel auf dem Land bei ihren Bedürfnissen rund um die Themen Mobilität, Infrastruktur oder medizinische Versorgung ansprechen müsse – eine Wählerschaft, welche sich ehemals bei der Union zu Hause fühlte.

Mit Blick auf diese Zielgruppe wird zudem unterstrichen, wie wichtig die Kombination von ökologischen Zielen mit konservativen Überzeugungen, etwa bei der Familie, sei. Thematisch hierzu passt, dass einer großen Gruppe, vermutlich der Mehrheit, die religiösen Wurzeln der ÖDP sehr wichtig sind, weswegen sie das Konzept der Schöpfung als zentral ansehen – womit sich wiederum der Kreis zum eingangs erwähnten Grundsatzprogramm und der Achtung vor dem Leben schließt.

Prozess ist ergebnisoffen und transparent

Ein Markenkernfindungsprozess muss ergebnisoffen sein, den Input möglichst aller Mitglieder und besonders der politisch Aktiven berücksichtigen und er muss auch mit den Ansichten des Wählers konfrontiert werden. Dieser Prozess kann drei grundlegende Instrumente zur Sammlung des Inputs umfassen: eine Befragung aller Parteimitglieder, eine Anhörung der politisch Aktiven und eine externe, repräsentative Befragung des „Wählers“.

Rund 7.800 Mitglieder stellen die Parteibasis der ÖDP dar (Stand: Juni 2022): Ein Markenkern der ÖDP sollte mit ihren politischen Einstellungen

harmonieren bzw. unter einer breiten Basis mehrheitsfähig sein. Aber wie sehen die politischen Einstellungen dieser Mitglieder aus? Welche Themen dominieren unter ihnen? Braucht es zur Beantwortung dieser Frage besondere Instrumente? Man könnte doch z. B. alternativ einen Blick auf die Internet-Plattformen des sozialen Austauschs der ÖDP werfen und dadurch würde offenbar, welche Themen die Basis bewegen bzw. welche politischen Meinungen dort dominieren.

Nun ist allerdings bekannt, dass nur ein Teil der Mitglieder auf der Mitgliederplattform orangeaktiv angemeldet ist. Vermutlich verfolgt davon zudem nur ein geringer Teil den dort zu zahlreichen Themen ablaufenden Austausch. Und sehr sicher beteiligt sich ein noch kleinerer Teil aktiv mit eigenen Beiträgen an den Diskussionen. Auch muss bei diesen Debatten das Wahrgenommene nicht dem tatsächlichen Meinungsklima entsprechen: Besonders laute Akteure können eine Diskussion dominieren und die Wahrnehmung verzerren, obwohl die tatsächliche Meinungsverteilung aufgrund einer womöglich schweigenden Mehrheit eine andere ist.

Das Instrument einer standardisierten Befragung aller Mitglieder bietet daher Vorteile: Es kann bei einigen Themen für Klarheit sorgen und helfen, Spekulationen zu vermeiden, indem es konkret aufzeigt, welche Themen in der ÖDP tatsächlich unter den Mitgliedern dominieren und ob die vermeintlich lauten Themen auch an der Basis wichtig sind.

Eine vergleichbare Mitgliederbefragung wurde bereits im Jahr 2007 unter der Leitung von Prof. Uwe Krampen durchgeführt. Diese Daten sind immer noch außerordentlich wertvoll, da sie Aufschluss über die Sozialstruktur und die politischen Ansichten der Parteimitglieder zu

wichtigen Politikbereichen geben. Aber diese können sich über den langen Zeitraum von 15 Jahren verändert haben: Gelten die Gewissheiten von damals auch heute noch? Oder hat sich die Parteibasis grundlegend verändert? Spannende Fragen, die keineswegs eindeutig im Vorfeld zu beantworten sind.

Aktive vor Ort werden gehört

Neben den Mitgliedern sind die sogenannten politisch Aktiven – die Funktionsträger vor Ort sowie die Kommunalpolitiker – enorm wichtig

Ein klar definierter Markenkern in Verbindung mit einem daraus abgeleiteten Claim kann nach innen überzeugen und den Zusammenhalt stärken.

für die tägliche Parteiarbeit, da sie die Parteistrukturen erhalten und versuchen, diese tagtäglich auszubauen. Sie übernehmen in ihren Kreis- und Ortsverbänden Verantwortung, haben vielleicht auch ein kommunales Mandat inne und sind über einen längeren Zeitraum in der Partei aktiv, wodurch sie quasi in vorderster Linie mit Personen außerhalb der Partei zu tun haben, diskutieren und deren Fragen beantworten. Sie wissen somit aus erster Hand, was gut „funktioniert“ und was weniger „ankommt“. Sie gestalten die politische Arbeit vor Ort und prägen somit auch die politische Kommunikation auf kommunaler Ebene grundlegend mit. Insofern ist ihr Input besonders wertvoll.

Zudem ist es aber auch notwendig, dass insbesondere ihre politischen Überzeugungen in einem Markenkern abgebildet werden: Dies kann in sogenannten Anhörungen gelingen, bei denen wir auf der Ebene der Funktionsträger die Kreisvorsitzenden bitten, dass diese in ihrem jeweiligen Kreisverband grundlegende Fragen zum Themenkomplex

Markenkern diskutieren und gemeinsam beantworten.

Fragen hierzu könnten konkret folgende Aspekte erfassen: die jeweilige Sicht des Verbands zum Markenkern bzw. zum Alleinstellungsmerkmal, zu den zentralen Themen der ÖDP sowie zum grundsätzlichen Politikverständnis der Partei. Ein persönlicher Austausch auf Kreisvorsitzendenebene ergänzend zur Beantwortung dieser Fragen kann sinnvoll sein, um den politischen Willensbildungsprozess im gegenseitigen Austausch zu beflügeln. Ob solche

Anhörungen, etwa in Form von sogenannten Regionalkonferenzen, stattfinden können, ist nicht zuletzt auch eine Kostenfrage.

Wurm muss nicht dem Angler schmecken

Würden wir nun unseren Prozess mit den Instrumenten der Mitgliederbefragung und den Anhörungen abschließen, dann sprängen wir zu kurz: Unklar bliebe bislang nämlich noch, wie der Markenkern und die daraus abgeleiteten Schwerpunktthemen beim Wähler ankommen. Hier wird von Gesprächspartnern der Markenkerndiskussion gerne die Wurm-Angler-Analogie bemüht, wonach der Wurm, stellvertretend für die politischen Angebote, nicht dem Angler, also der Partei bzw. den Parteimitgliedern, sondern dem Fisch, d. h. den Wahlberechtigten, schmecken soll.

Es erscheint zunächst anmaßend und despektierlich, die potenziellen Wähler als Fische zu betrachten, die es zu ködern gilt. Aber hier steht die Verständlichkeit des Bildes im Vordergrund, denn man versteht sofort,

dass das Wahlprogramm und die politischen Botschaften nicht den Mitgliedern, sondern dem potenziellen Wähler munden müssen, möchte man bei Wahlen erfolgreich sein! Gleichzeitig suggeriert das Bild aber ebenfalls, dass der Köder dem Angler gleichgültig sein könne, solange nur der Fisch gefangen wird. In der politischen Realität wäre es aber kaum

Ein Markenkernfindungsprozess muss ergebnisoffen sein und den Input möglichst aller Mitglieder, besonders der politisch Aktiven, berücksichtigen.

möglich, politische Inhalte anzubieten, die den Mitgliedern nicht zusagten. Eine Regelung zum Schwangerschaftsabbruch, welche das ungeborene Leben nicht schützt, wäre vermutlich mit der ÖDP nicht umsetzbar – auch wenn diese Position an der Wahlurne für einige Wähler attraktiv wäre.

Für einen solchen ultimativen Geschmackstest beim Wahlberechtigten muss man nun nicht bis zur nächsten Wahl warten: Dies kann bereits im Vorfeld mithilfe gängiger Instrumente der Umfrageforschung untersucht werden. So lässt sich mit einer repräsentativen Befragung von Wahlberechtigten „abklopfen“, wie die ÖDP-Themen wahrgenommen werden. Auch wenn zu Recht angemerkt werden kann, dass die ÖDP deutschlandweit wenig bekannt ist und auch schon mal für einen Ableger aus Österreich gehalten wird, so sind ihre Themen durchaus einem breiten Publikum zugänglich.

Die grundlegenden Positionen der Themenbereiche Ökologie und Demokratie, aber auch Politikfelder wie Soziales, Familie oder Wirtschaft können in geeignete Aussagen überführt werden. Anhand der Zustim-

mung oder der zugeschriebenen Wichtigkeit zu solchen Statements lassen sich am Ende des Prozesses die Unterstützer von ÖDP-Themen in der Gesamtbevölkerung und damit auch potenzielle Befürworter der ÖDP als Partei identifizieren.

Vermutlich würde das Wählerpotenzial für ökologische Politik gegenwärtig besonders hoch sein. Aber

wie sähe es für wachstumskritische Positionen aus? Und wie verändert sich diese imaginäre Wählergruppe, wenn beim politischen Angebot

Besser oder mehr?
Die ödp steht für einen zukunftsfähigen Lebensstil.
Interessiert? Mitmachen!
Mitglied werden!
www.oedp.de
ödp.
Ökologisch-Demokratische Partei

Bundestagswahl 2002

noch wertkonservative Positionen, die vielen ÖDPlern sehr wichtig sind, ergänzt werden? Anhand der Antworten unserer zu befragenden Wahlberechtigten zu diesem Mix an ÖDP-Themen lässt sich so das grundsätzliche Wählerpotenzial der ÖDP in

der Bevölkerung ablesen: Wie hoch ist der mögliche Stimmenanteil, den die ÖDP bei Wahlen erreichen könnte? Wie viele Fische schwimmen im Teich, denen unser Wurm schmeckt und die anbeißen würden?

Dass diese nun nicht alle auch die ÖDP wählen, lässt sich auf verschiedene bekannte und auch unbekannte Ursachen zurückführen: der geringe Bekanntheitsgrad der ÖDP, das Argument der versenkten Stimme, vielleicht auch Gründe, die nicht im politischen Angebot zu suchen sind, wie z. B. die Sozialstruktur der Mitglieder (etwa Alter, Geschlecht oder Konfession). Was also „hindert“ diese Personengruppe, die bereits von dem Themenmix überzeugt ist, die Partei auch zu wählen? Vielleicht kommen wir mit diesem Instrument einigen interessanten Antworten näher.

In einem weiteren Analyseschritt lassen sich aus den durch die Wählerbefragung gewonnenen Daten sogenannte „Personas“ ermitteln: Das Marketing verwendet dieses Konzept, wonach Personas als verschiedene fiktive „Prototypen“, Untergruppen innerhalb der Zielgruppe, dabei helfen, sich die Motivationen von (potenziellen) Kunden oder Bewerbern, hier potenziellen Wählern, konkret vorzustellen: z. B. der Alt-Ökologe, der sich nie mit der politisch linken Ausrichtung der Grünen anfreunden konnte; oder die von den Grünen enttäuschte Umwelt- und Artenschützerin, der zudem die grundsätzliche Wirtschaftsrichtung des „immer mehr“ missfällt; oder die die Schöpfung bewahrende Christin mit hoher Kirchengangshäufigkeit, der das Leben in allen Facetten schätzenswert erscheint.

Vermutlich werden viele ÖDP-Mitglieder einen Mix mit unterschiedlichen Anteilen aus diesen Typen darstellen. Eine solche idealtypische

Betrachtung kann dennoch helfen, den Wurm für die verschiedenen Fischarten schmackhaft erscheinen zu lassen – d. h. das politische Programm für diese Sub-Zielgruppen überzeugend aufzubereiten.

Weniger ist mehr!? Weiter wie bisher

Bedarf es dieses Aufwands? Nicht unbedingt. Irgendwie ist allen Beteiligten schon längst klar, worin sie sich im Kern einig sind – es ist ein Mix aus den in dieser Einleitung beschriebenen programmatischen Säulen der ÖDP. Dennoch bietet der Prozess einige Vorteile. Entsprechende Erkenntnisse, welche aus diesen Erhebungsmethoden resultieren, werden helfen, in den nächsten Jahren parteiinterne Ressourcen zu sparen. Momentan beobachtet man vermehrt intensive

Das Instrument einer standardisierten Befragung aller Mitglieder kann bei einigen Themen für Klarheit sorgen und helfen, Spekulationen zu vermeiden.

Diskussionen über die zukünftige Ausrichtung der Partei, welche sehr eng mit der konkreten Ausgestaltung eines Markenkerns zusammenhängt.

Exemplarisch hierfür kann die Vermutung herhalten, dass z. B. die Landesvorstände im Saarland, in Sachsen und in Bayern unterschiedliche Ansichten darüber haben dürften, was den Kern der ÖDP darstellt und mit welchen Botschaften man bei Wahlen antreten sollte. Möchte man allerdings nach außen geschlossen und glaubwürdig agieren, dann ist es hilfreich, wenn man sicher weiß, wie die eigene Basis mehrheitlich tickt, und man seine Annahmen nicht nur an ein paar lauten Stimmen festmacht.

Auch hilft die Einigung auf einen mehrheitlich getragenen Markenkern im operativen politischen Geschäft, etwa bei der politischen

Kommunikation zu tagesaktuellen Problemen, aus diesem Kern kohärente Botschaften und Stellungnahmen abzuleiten, die dann ebenfalls breite Unterstützung finden. Insgesamt ließen sich so viele, dann unnötige Diskussionen darüber vermeiden, was wohl zuträfe und wie weiter zu verfahren wäre, und somit viel Zeit und Energie sparen.

Aber auch nach einem erfolgreichen Markenkernprozess wird über die Interpretation der Erkenntnisse, deren Umsetzung in eine Strategie sowie der Festlegung auf konkrete Maßnahmen intensiv zu diskutieren sein – dann aber zumindest auf Basis verlässlicher Untersuchungsergebnisse. Sicher darf und soll in einer Partei, der das „Demokratische“ besonders wichtig ist, darüber gestritten werden, zugunsten welcher

Gleichwohl wird sich auch eine ÖDP an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und den damit verbundenen Problemen anpassen müssen.

Seit der Club-of-Rome-Veröffentlichung „Grenzen des Wachstums“ Anfang der 70er-Jahre hat sich die Welt in vielen Bereichen grundlegend geändert, die Themen des Buchklassikers sind allerdings dringlicher denn je. Zudem sind wir in unserer immer stärker globalisierten Welt anfälliger für Krisen geworden, auch wenn sich diese anderswo auf der Welt entspinnen. Darüber hinaus wird unser Leben zunehmend von weltumspannenden Konzernen geprägt – mit enormen Auswirkungen nicht nur auf Natur und Umwelt, sondern auch auf unsere Gesellschaft, wie etwa die Arbeitswelt, unser Konsumverhalten oder die Privatsphäre.

Die ÖDP wird auf die damit verbundenen Herausforderungen und neuen politischen Fragen geeignete Antworten liefern müssen, möchte sie im politischen Wettbewerb weiter bestehen. Und diese Antworten sollten zu ihrem Markenkern passen und von ihren Mitgliedern und politisch Aktiven mehrheitlich mitgetragen werden. ■

Dr. Claudio Caballero, Jahrgang 1972, studierte Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft sowie Volkswirtschaftslehre



und promovierte. Nach langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeit an der Universität Mainz war er seit 2006 im Bereich strategischer Kommunikationsanalysen und -beratung tätig. Seit Juni 2021 arbeitet er bei der ÖDP als politischer Referent.

claudio.caballero@gst.oedp.de

An alle Mitglieder von Christian Rechholz

Liebe Leserin, lieber Leser!

Kennen Sie das Schwabenalter? Das haben wir nämlich mit unseren 40 Jahren jetzt als ÖDP erreicht. Denn mit 40 wird der Schwabe klug, deswegen wird der 40. Geburtstag dort auch besonders gefeiert.

40 Jahre, das ist ein besonderes Alter. Erst mit 40 Jahren darf man Bundespräsident werden oder in vielen Ländern Ministerpräsident. Es geht um Lebenserfahrung. Man sieht mehr die Zusammenhänge und das große Ganze.

Mit 40 ist man mittendrin: Einerseits zählt man z. B. als Sportler schon eher zu den Senioren, während man andererseits als Führungskraft auch mit 40 noch als Nachwuchs gelten kann. Wiederum stecken viele Menschen um die 40 herum in der Midlife-Crisis und stellen sich ganz grundsätzliche Fragen über Lebensziele oder gar den Sinn des Lebens.

40 Jahre ÖDP – ein guter Grund, über sich selbst, also unsere Partei, ihre Geschichte, ihre Aufgabe und Rolle nachzudenken. Befinden wir uns derzeit nicht auch in einer Art Midlife-Crisis? Einige sind resigniert angesichts der Wahlergebnisse einerseits und dem Handlungs-

Wir brauchen ein Profil, an dem sich die Wellen brechen.

druck, etwa wegen des Klimawandels, andererseits. Andere schwelgen in Erinnerungen an große Erfolge. Manche denken, die ÖDP brauche es gar nicht mehr, wieder andere meinen, man müsse nun radikal alles anders machen. Was hat die ÖDP erreicht? Welche Ziele und welche Zukunft hat unsere ÖDP?

Einige unserer langjährigen Themen sind endlich in der Mitte der Gesellschaft angekommen, wie etwa der Schutz unserer Lebensgrundlagen – z. B. das Trinkwasser – oder der nötige Umstieg auf Erneuerbare Energien. Wir haben mit dazu beigetragen, diese Themen auf die Agenda zu bringen. Viele andere Themen sind aber noch lange nicht angekommen, etwa die Wachstumskritik. Der BUND-Chef, Olaf Bandt, brachte es auf den Punkt: Außer der ÖDP kenne er keine wachstumskritische Partei, ja selbst Grüne und Linke hingen am Wachstums-Dogma. Aber auch mit unserem Einsatz für eine gerechtere Welt und faire Handelsbeziehungen stehen wir fast alleine da. Genauso braucht es mehr soziale Gerechtigkeit im Land. Es kann nicht sein, dass jedes fünfte Kind in Armut auf-



Foto: Simone Bielefeld

wächst, Renten nicht zum Leben reichen und die Inflation vor allem die Ärmsten trifft, während die Reichen immer reicher werden. Nicht zuletzt befindet sich die Demokratie in einer Krise. Weltweit sind Autokraten auf dem Vormarsch. Das Wahlrecht ist nicht mehr zeitgemäß, wenn es einen großen Teil der Wähler nicht mehr im Parlament abbildet. Global agierende Unternehmen haben zu viel Macht und dank Big Data werden Menschen immer manipulierbarer. Das Menschenbild und die Menschenwürde werden zunehmend infrage gestellt. Ja, ich bin davon überzeugt, es braucht die ÖDP.

Wenn wir aber im politischen System über die kommunale Ebene und Volksbegehren hinaus mehr Einfluss haben möchten, dann sollten wir unsere „Midlife-Crisis“ dazu nutzen, uns zu fragen, was wir anders machen können. Nach meiner festen Überzeugung ist es nicht unser Programm. Hier und da braucht es vielleicht einige Anpassungen, aber im Großen und Ganzen haben wir ein hervorragendes Programm. Wir müssen also nicht in erster Linie unsere Inhalte verändern, sondern die Kommu-

Wir haben schon einen Markenkern, müssen ihn aber wieder sichtbar machen.

nikation verbessern. Was hilft das beste Programm, wenn es niemand kennt? Ein gutes Produkt zu entwickeln, reicht alleine nicht, man muss es auch an die Menschen bringen. Zu oft schwimmen wir im eigenen Saft, diskutieren vor allem untereinander, aber nicht mit den Wählerinnen und Wählern. In vielen Bundesländern kennen sie uns nicht einmal. Hier gilt: „Tue Gutes und rede darüber.“

Die ÖDP ist eine Vollprogramm-Partei und das ist gut so. Denn so haben wir auf die entscheidenden Fragen auch die richtigen Antworten. Aber das müssen wir präzise und pointiert überbringen: Wer sind wir, was unterscheidet

uns von anderen, was wollen wir und wie wollen wir das erreichen? Man mag es bedauern oder nicht, die moderne Medienwelt erlaubt hier keine ausufernden Antworten. Wir brauchen ein klares Profil. Aber wir sind als ÖDP etwas profillos geworden – und damit eben auch unkenntlich und unattraktiv, wie ein unscharfes Foto. Außerdem brauchen wir Kompetenzzuschreibungen. Dazu müssen wir die Perspektive der Wählerinnen und Wähler einnehmen. Ja, wir haben als ÖDP aus meiner Sicht viel mehr Kompetenz und bessere Ideen in Sachen Klimaschutz als etwa die Grünen. Wir sind die einzige Partei der Wachstumskritik, der erfolgreichen Volksbegehren, der konsequenten Freiheit von Firmenspenden und Lobbyismus und wir haben als einzige Partei die Bedeutung von Wasser ins Bewusstsein gehoben. Die Bedeutung dieser Merkmale müssen wir auf neue Art transportieren. Und Klimaschutz hängt eben auch mit dem Wachstums-Dogma zusammen oder der von Konzernen gesteuerten Programmatik anderer Parteien.

Behilflich sein kann uns dabei der Markenkern-Prozess. Ich danke Dr. Claudio Caballero für seinen fundierten Beitrag hierzu. Der Markenkern ist für mich das Profil, das wir wiedergewinnen müssen. Viele sagen, wir haben doch schon einen Markenkern. Ja, das stimmt. Aber wir müssen ihn wieder sichtbar machen. Michelangelo antwortete auf die Frage, wie er die wunderschöne David-Statue aus dem Marmorblock geschaffen habe, der David steckte schon im Block, er habe nur alles Unnötige wegschlagen müssen. Genau diese Arbeit müssen wir jetzt leisten. Damit ist aber noch nicht alles getan, wir müssen aus dem Ergebnis dann auch konkrete Themen ableiten und uns überlegen, wie wir kommunizieren, wie wir nicht zu kopflastig bleiben, sondern auch die Herzen der Menschen erreichen, und wie wir in der raschlebigsten Mediendemokratie durchdringen können. Wir brauchen schlicht und einfach – eine Strategie.

Noch auf einen zweiten interessanten Beitrag in dieser ÖP-Ausgabe möchte ich eingehen: Den von Dr. Michael Stöhr, der sich mit dem Begriff der Schöpfung auseinandersetzt. Er schreibt unter anderem: „Wo Kanten schwinden, schwindet auch Profil.“ Hier stimme ich ihm absolut

zu. Deswegen dürfen unsere Markenkern-Arbeit und unser Kommunikations-Konzept nicht alles abschleifen, woran jemand Anstoß nehmen könnte. Gerade als kleine und relativ unbekanntere Partei brauchen wir ein klares Profil, das Emotionen weckt und auch mal Widerspruch erzeugt – ein Profil, an dem sich die Wellen brechen. Über einen glatt geschliffenen Kieselstein würden sie dagegen nur müde hinwegfließen.

Vor diesem Hintergrund mag ich Michael nicht in seinem Schluss folgen, den Begriff Schöpfung aus der Überschrift unseres ersten Programmkapitels zu streichen. Denn ich stimme ihm auch in den folgenden beiden Sätzen zu: „Schöpfung‘ steht für die subversive Kritik eines Volkes ‚unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde‘ an den Ideologien seiner Zeit. Für die ÖDP nicht uninteressant.“ Ganz genau, deswegen sollten wir hier unser Profil auch nicht aufgeben. Schöpfung ist zudem kein dezidiert christlicher Begriff und noch weniger grenzt er aus. Er nimmt uns vielmehr in die Verantwortung und baut Brücken auch in andere Religionen und Kulturen, bis hin zu Naturvölkern, die ebenso von Schöpfung sprechen. Für mich geht es letztlich darum, welches Welt- und Menschenbild wir haben – ein technisiertes oder ein organisches.

Als eine große Gefahr in unserer „Midlife-Crisis“ sehe ich die

Idee, uns aus Konformitätsdruck einem Mainstream anpassen zu wollen. Nein, wir sollten politisch unbequem sein, dabei aber offen und freundlich, einladend. Gleichzeitig brauchen wir aber ein erkennbares eigenes Profil und eine Haltung dahinter, die sich mit Nachdruck für das einsetzt, was sie für richtig hält, und sich gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur lautstark zu Wort meldet.

Friedrich Nicolai klärte übrigens auf, was es mit dem Schwabenalter und der späten Klugheit auf sich habe. Er attestierte dem Schwaben „Gemächlichkeit, Zufriedenheit und Ruhe sowie eine gewisse Treuherzigkeit und ein unbefangenes Wesen“. Er nutze deshalb seinen Verstand nicht zum eigenen Vorteil. In diesem Sinne sollten wir als ÖDP auch klug werden, nämlich noch besser kommunizieren und uns professioneller am politischen Prozess beteiligen, um unseren Ideen und Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen. ■



Christian Rechholz wünscht sich eine ÖDP mit Profil und Haltung – passend zum Slogan von 2009: „Mutig. Konsequenz. Wegweisend.“

Aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler

Leitfäden für die aktive Parteiarbeit neu aufgelegt

Der ÖDP-Bundesverband hat die Leitfäden für die Parteiarbeit überarbeitet und teilweise neu erstellt. Diese werden im Wiki unserer Mitgliederplattform orangeaktiv in den entsprechenden Rubriken veröffentlicht. Zu folgenden Themenfeldern wurden Leitfäden erstellt: Kreisverbandsarbeit, Unterschriftensammlung, Finanzen, Infostand, Verbändekontakte, Mitgliederverwaltung, Datenschutz, Internet, Verbändekontakte, Social Media sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sämtliche Beiträge werden auch in einem Gesamt-Leitfaden zusammengefasst. Wir werden dazu weiter informieren.

Kreisvorsitzenden-Konferenz soll nun regelmäßig tagen

Am 21. Mai 2022 fand zum ersten Mal in der ÖDP-Geschichte eine Kreisvorsitzenden-Konferenz mit rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern online statt. In der Sitzung wurden die aktuellen Themen im Bundesverband, aber auch in den Kreisverbänden ausgetauscht. Es wurden Informationen zum laufenden Markenkernprozess an die Kreisverbände weitergegeben und das Schulungskonzept vorgestellt. Es wurde auf das Problem hingewiesen, dass von vielen Mitgliedern keine oder nur veraltete E-Mail-Adressen vorliegen, die dringend von den

Kreisvorständen recherchiert und an die Mitgliederverwaltung des Bundesverbands unter info@oedp.de weitergegeben werden sollten. Auch



Welche Politik für Kinder am besten aufgeht, darüber macht sich der BAK Bildungspolitik Gedanken.

rung unserer Parteiarbeit auf der Agenda. So wollen wir vor allem die programmatische Arbeit mit Blick auf die Pressearbeit, aber auch hinsichtlich der Ausgestaltung von aktuellen politischen Forderungen neu ausrichten. Daher werden bzw. wurden die Vorstände der Bundesarbeitskreise (BAK), die bisher teilweise wenig aktiv waren, von den jeweiligen Mitgliederversammlungen neu gewählt – etwa am 20.06.2022 beim BAK Bildungspolitik, am 24.06.2022 beim BAK Kommunalpolitik und am 05.07.2022 beim BAK Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik. Neu gebildet wurde der BAK Queer, der bereits am 05.05.2022 einen Vorstand gewählt hat. Weitere Informationen zu den Bundesarbeitskreisen, inkl. der Mitgliedschaftserklärung, finden Sie auf der ÖDP-Webseite über diesen Kurzlink: <https://t1p.de/haxr3>

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär
im Team der
ÖDP-Bundes-
geschäftsstelle
Ökologisch-Demo-
kratische Partei, Bundespolitisches
und Kommunalpolitisches Büro,
Neckarstr. 27 – 29, 55118 Mainz
Tel.: (061 31) 67 98 20
Fax: (061 31) 67 98 15
Mobil: (01 60) 87 10 542



politik@oedp.de

11.–13.
November
2022

ÖDP-Frauen: Ran ans Potenzial!

In den Vorständen der ÖDP sind Frauen unterrepräsentiert. Auf Parteitage fällt auf, dass sich Frauen deutlich seltener zu Wort melden als Männer. Das ist ein Problem, denn die ÖDP muss ihr ganzes Potenzial entfalten, wenn sie Erfolg haben will! Das Engagement von Frauen innerhalb der ÖDP ist wesentlich für die weitere Entwicklung der Partei: unter anderem für die Verbesserung der teilweise aggressiven Kommunikationskultur, aber auch für die inhaltliche Weiterentwicklung. Um das Engagement von Frauen in der ÖDP zu steigern, möchte der Bundesvorstand mit einem dreitägigen Workshop ein Projekt eröffnen. Das Ziel ist, durch gezielte Fortbildung den Anteil von Frauen in Verantwortungspositionen, in Vorständen, auf den Bühnen und in den Medien der Partei zu vergrößern.

„Der Workshop soll Mut machen und Kompetenzen stärken!“, fasst Roswitha Bendl vom BAK Frauen zusammen. „Ich begrüße diese Initiative sehr. Obwohl 43 % der ÖDP-Mitglieder Frauen sind, ist nur ein kleiner Teil in verantwortlichen Positionen. Frauen trauen sich oft weniger zu als Männer und zögern deshalb, sich in Vorstände oder andere Führungspositionen wählen zu lassen. Aber wir brauchen gerade weibliche Stärken: Frauen kommunizieren anders und setzen andere Schwerpunkte. Diese Vielfalt brauchen wir in unserer Partei.“

Ein Blick auf die Statistik der ÖDP bestätigt diesen Eindruck. Aktuell gibt es nur eine Vorstandsposition, die

Workshop für ÖDP-Frauen: Ran ans Potenzial!

Wann? 11.–13. November 2022

Wo? Landesgeschäftsstelle des LV Berlin, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin

Was? Gemeinsamer Besuch einer Bundestagsitzung am Freitagvormittag, das eigentliche Programm beginnt aber am Samstagvormittag: Vorträge zu Kommunikationsstrategien, Überwindung von Lampenfieber und (übermäßiger) Selbstkritik, Strategien in der Gremienarbeit, Videotraining, Filmabend, Austausch und Diskussion.

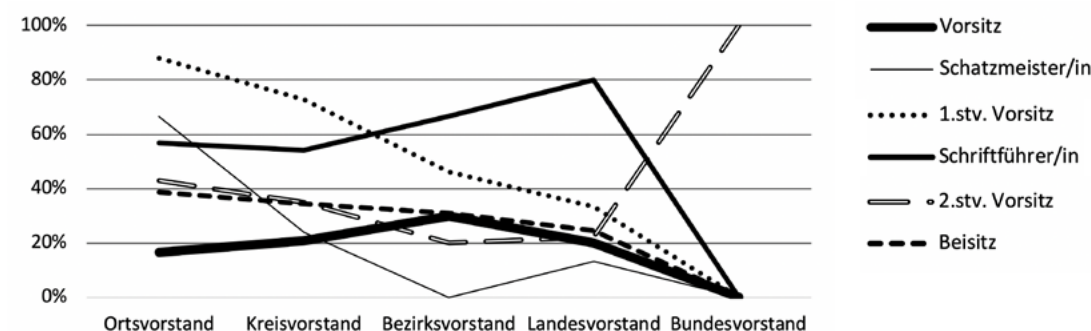
Referentinnen: Charlotte Schmid (2. stv. ÖDP-Bundesvorsitzende) und Dr. Andrea Brieger (Landesvorsitzende ÖDP Berlin)

Kosten: für An-/Abreise und Verpflegung

Anmeldung per E-Mail an info@oedp.de, Stichwort: „ÖDP-Frauen: Ran ans Potenzial!“, Anmeldung bis 09.09.2022 per E-Mail an info@oedp.de

überwiegend von Frauen besetzt wird: Schriftführer/-in. In den Ortsverbänden und Kreisverbänden bilden Frauen die große Mehrheit der stellvertretenden Vorsitzenden. Aber weibliche Vorsitzende sind weiterhin eine Rarität.

% Frauenbesetzung in den Vorständen der ÖDP



Quelle: ÖDP

Aus dem Europaparlament von Manuela Ripa

Zeit für die Runderneuerung – lasst uns die ÖDP reif für die Zukunft machen!

Die ÖDP ist dieses Jahr 40 geworden. Sie ist 1982 entstanden aus der Verschmelzung der Grünen Aktion Zukunft, der Grünen Liste Umweltschutz sowie der Arbeitsgemeinschaft Ökologische Politik. Damals hieß es im Wortlaut des Gründungsauftrags, es ginge um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung. Das ist auch heute noch so! Doch trotz der steigenden Aktualität dieses Themas schlägt sich dies nicht in Wahlergebnissen oder in einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz nieder. Das hohe Engagement vieler ÖDP-Mitglieder führt damit zu Frustration und zur Frage: Wären die Kraft und Energie nicht anderswo besser aufgehoben? Es stellt sich heute zum 40-jährigen Bestehen der Partei konkret die Frage einer Runderneuerung der ÖDP. Es ist an der Zeit, neue Wege zu gehen und gleichzeitig den Kern unseres Anliegens zu bewahren und sogar noch stärker in den Vordergrund zu stellen.

Als in den Siebzigerjahren das Buch „Ein Planet wird geplündert“ von Herbert Gruhl zur Initialzündung unseres Parteiprogramms wurde, stand zur Beendigung jener Plünderung nur ein Mittel zur Verfügung: Weniger ist mehr! Mit anderen Worten: Wir müssen das Wirtschaftswachstum begrenzen, um den Planeten wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Die Klimaschutzpolitik ist mittlerweile Teil des Bundeswirtschaftsministeriums, nicht mehr des Umweltministeriums. Damit ergibt sich für den zuständigen Bundeswirtschaftsminister ein Zielkonflikt, denn er

muss gleichzeitig das im Grundgesetz festgeschriebene gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und die Klimaschutzziele im Blick behalten. Es liegt doch auf der Hand, dass hier eine neue Klimaindustrie entsteht, die letztendlich das Wachstum, wenn auch unter grünem Deckmäntelchen, deutlicher beachten wird als



Foto: European Parliament/Benoit Bourgeois

<https://manuela-ripa.eu/>
 Facebook: @ripamanuela
 Twitter: @RipaManuela
 Instagram: @manuela.ripa

den Naturschutz. Die Tatsache, dass das für Naturschutz zuständige Bundesumweltministerium zum Beispiel zum G7-Gipfel eingeladen wurde, kann nicht als Abhilfe gesehen werden. Ganz im Gegenteil, man muss den Eindruck bekommen, dass hier das Bundesumweltministerium, das ja von derselben Partei geführt wird, mit vereinnahmt wird für die Klimaschutzziele, die sich dem Wachstum verschreiben werden. Das „Weniger ist mehr“ muss also neu definiert werden, Naturschutz muss neu bewertet werden.

Das „Weniger ist mehr“ muss neu definiert werden, Naturschutz muss neu bewertet werden.

Genau hier könnte sich die heutige Rolle der ÖDP ergeben: Anwältin der Biodiversität zu sein und gleichzeitig den Übergang in die Kreislaufwirtschaft zu befördern. Aus heutiger Sicht kommen wir dabei um die Anwendung intelligenter Technologien nicht herum. Sie werden uns dabei helfen, einen neuen Maßstab für das „Weniger ist mehr“ zu definieren: weniger Eingriffe in die Natur durch mehr Einsatz von menschlicher Intelligenz in Form des technologischen Fortschritts! Dass dies durchaus eine besondere Herausforderung ist, zeigt die zunehmende Tendenz der Industrialisierung von angeblichen Klimatechnologien, die in Wirklichkeit nur die Abhängigkeit von linearen Prozessen vergrößern, wie zum Beispiel beim Einsatz von Lithium oder Kobalt. Der hierbei entstehende Konflikt zwischen Klimaschutz und Artenschutz darf nicht dazu führen, dass der Artenschutz immer den Kürzeren zieht. Genau hier fehlt

eine laute Stimme, eine deutliche Botschaft einer politischen Partei. Diese Rolle kann und sollte die ÖDP besetzen, will sie auch in Zukunft den Kern des eigenen Programms behalten und gleichzeitig hörbar bleiben.

Und es gibt sogar eine deutlich sichtbare Tradition der ÖDP, in diesem Sinne zu verfahren. Das erste und wichtigste Beispiel ist das Volksbegehren Artenvielfalt in Bayern. Der bislang größte öffentlichkeitswirksame Erfolg unserer Partei. Er hat sich eindeutig dem Ziel des Naturschutzes und der Biodiversität gewidmet und wurde von den Menschen in besonderer Weise angenommen. Der Erfolg dieses Volksbegehrens zeigt aber auch die besondere Notwendigkeit einer derartigen Politik, einer derart ausgerichteten Partei.

Ein weiteres Beispiel ist das Vorgehen unserer Partei in Brandenburg rund um den Fabrikneubau der Firma Tesla. Trotz der grünen Beteiligung in der Landesregierung wurde mit politischen Entscheidungen deutlich und sogar massiv gegen Umweltschutz verstoßen. Die veröffentlichte Meinung ist zwar vor-

Der Natur- und Artenschutz darf nicht gegenüber dem Klimaschutz den Kürzeren ziehen.

eingenommen gewesen, weil das Thema Batterie grundsätzlich einen positiven und klimaschutzorientierten Klang hat. Dennoch gelang es unseren Parteifreunden in Brandenburg und auch dem Bundesvorstand, breite öffentliche Aufmerksamkeit für die Verfehlungen der Politik zu erzielen. Beide Beispiele zeigen eindeutig, dass die Erfolge der Grünen für mehr Klimaschutz eine Riesenfalte öffnen für eine po-



Aus den Anfangsjahren 1982-1984

litische Agenda, die sich vordringlich um Naturschutz kümmert.

Entscheidend wird dabei sein, dass wir den Ansatz des Weniger ist Mehr modernisieren. Das heißt zuallererst, dass wir mit dem Ziel der Kreislaufwirtschaft diejenigen Technologien vorantreiben, die den Kreislauf von Stoffströmen ermöglichen. Technischer Fortschritt erlaubt es, lineare Ausbeutungsprinzipien durch

telligenten Maßnahmen zirkuläre statt lineare Prozesse zu gestalten. Dies entspricht auch dem Prinzip der Natur. Gleichwohl droht bei der Industrialisierung dieser Prozesse ein Wettlauf zulasten der Biodiversität. Daher ist es von außerordentlicher Bedeutung, beim Übergang von der linearen Ausplünderung des Planeten hin zum zirkulären Kreislaufprozess gleichzeitig auf die Vielfalt unserer Arten zu achten, und zwar nicht weniger konsequent. Genau dies droht derzeit jedoch in Gefahr zu geraten: Industrieller Klimaschutz wird immer mehr zulasten des Naturschutzes in den Vordergrund gestellt. Es droht die nächste große Welle der Ausplünderung des Reichtums unseres Planeten in Form seiner Artenvielfalt.

Aus all den oben genannten Gründen ergibt sich die dringende Notwendigkeit, dies auch in unserer Namensführung nach außen zu verdeutlichen. Es muss auf einen Blick klar sein, dass wir diejenigen sind, die getreu unseres Grundsatzprogramms den Fokus auf den Naturschutz legen. **Darum sollten wir auch die folgenden Namensergänzungen vornehmen: ÖDP – die Naturschutzpartei.**

Wählerinnen und Wähler erkennen so auf einen Blick, worum es der ÖDP im Kern und im Unterschied zu den anderen Parteien geht. Die Naturschutzpartei fährt seit Jahren ohne sichtbares Engagement gute Wahlergebnisse ein, eben weil sie ein Unterscheidungsmerkmal im Namen hat. Gleichzeitig wäre diese Namensergänzung ein Ansporn, deutlicher im Programm und in der politischen Arbeit auf den Naturschutz einzugehen, der zunehmend unter die Räder kommt. Und insgesamt tun wir der Fülle unseres Programms und seiner Kohärenz keinen Abbruch, denn wir bleiben ja beim eigentlichen Namen der Partei: ÖDP. ■

Baden-Württemberg

Neuer Landesvorstand gewählt

Am 14. und 15. Mai 2022 wurde auf dem Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg in Rastatt der Landesvorstand neu gewählt. Dabei wurde der bisherige Landesvorsitzende Guido Klamt aus Gerlingen einstimmig in seinem Amt bestätigt. Der Chemotechniker ist derzeit als Betriebsrat freigestellt. Er ist einer von zwei Vertretern der ÖDP im Regionalparlament Stuttgart und nunmehr seit 2016 ÖDP-Landesvorsitzender. Das hervorragende Ergebnis ist eine eindrucksvolle Bestätigung seiner Arbeit.



Foto: Ulf Stein

Der neu gewählte Landesvorstand setzt sich zusammen aus (von links): Marion Schmid-Moeck, Tobias Raffelt, Guido Klamt, Matthias Dietrich und Ute Göggelmann; es fehlen: Axel Jänichen, Christine Stankus, Uwe Olschenka und Josef Wagner.

Zum ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde der bisherige Schatzmeister Tobias Raffelt gewählt. Der IT-Anwendungsprogrammierer wohnt in Oberndorf, wo er in diesem Jahr die Friedensdemonstration mitorganisiert hat. Als Vorstandsmitglied der ÖDP-Jugendorganisation JÖ – jung.ökologisch ist er insbesondere in der Jugendarbeit aktiv.

Zweite stellvertretende Landesvorsitzende ist Marion Schmid-Moeck aus Esslingen, Diplom-Ökonomin und Verwaltungsleiterin einer Schule. Zum Schatzmeister wurde der Betriebswirt Axel Jänichen aus Bad Wimpfen gewählt und zur Schriftführerin Christine Stankus aus Rangendingen. Vervollständigt wird der Landesvorstand im Beisitz durch die derzeit als Pfarrsekretärin arbeitende Diplom-Übersetzerin Ute Göggelmann aus Lauda-Königshofen, den Diplom-Verwaltungsbetriebswirt (FH) Uwe Olschenka aus Waiblingen, den als Versicherungsmathematiker tätigen Diplom-Mathematiker Josef Wagner aus Tamm sowie den als Bahnreisenforscher und Autor tätigen Diplom-Theologen Matthias Dietrich aus Reutlingen.

Keine Renaissance der Kernenergie!

Ende 2022 soll Block II des AKW Neckarwestheim vom Netz gehen. Daher fand in diesem Jahr zum letzten Mal der Protestmarsch vom Bahnhof Kirchheim (Neckar) zum AKW statt. Aufgrund des Ukraine-Kriegs und des möglichen Lieferstopps von russischem Gas und Öl droht eine Renaissance der Kernenergie. Kernenergie ist aber weder umwelt- noch klimafreundlich. Außerdem zeigen die russischen Angriffe auf die ukrainischen Atommeiler das große Gefahrenpotenzial auf, das von der Kernenergie ausgeht. An einem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien führt also kein Weg vorbei. Wir bedanken uns bei den vielen ÖDP-Mitgliedern, die dies mit ihrer Teilnahme am Protestmarsch deutlich gemacht haben.

In diesem Zusammenhang weisen wir auf die Anti-Atom-Radtour Süd der Organisation .ausgestrahlt von Kahl am Main nach Freiburg im Breisgau hin. Vom 13. August bis 4. September 2022 führen 20 Tagesetappen über etwa 1.120 Kilometer zu Orten, die für die Kernenergie von besonderer Bedeutung sind. Wer also politisches Engagement und körperliche Ertüchtigung miteinander verbinden will, ist zur Teilnahme eingeladen. Infos und Anmeldung unter www.ausgestrahlt.de.

Verkehr im Mittelpunkt

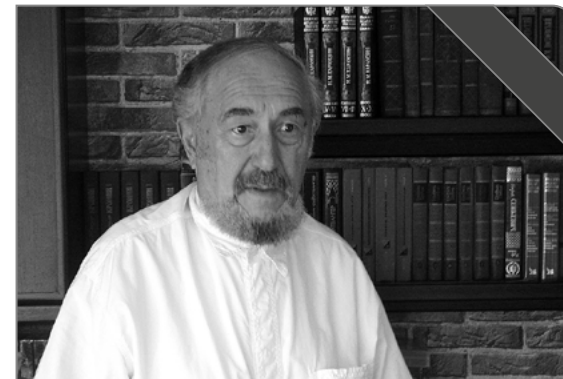
In den kommenden Wochen soll verstärkt das Thema Verkehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Die beiden Regionalräte der ÖDP in der Region Stuttgart, Mathias Rady und Guido Klamt, haben ein Falblatt zu ihrer erfolgreichen Arbeit im Regionalparlament erstellt. Dieses sollte so zahlreich wie möglich unter die Leute. Das Thema Verkehr stellt einen Schwerpunkt des Falblatts dar. Zur Region Stuttgart gehören neben der Landeshauptstadt auch die fünf umliegenden Kreisverbände Böblingen, Ludwigsburg, Rems-Murr, Göppingen und Esslingen. In allen diesen Kreisen bietet das Falblatt eine hervorragende Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit, gerade auch im Hinblick auf die kommende Regionalwahl. Bitte helfen Sie bei der Verbreitung des Falblatts, das über die unten genannten Kontaktadressen angefordert werden kann.

Eine weitere großartige Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit bietet das 9-Euro-Ticket. Die ÖDP Baden-Württemberg hält dieses für einen unausgereiften Schnellschuss, zumal in Verbindung mit dem kontraproduktiven Tankrabatt. Das 9-Euro-Ticket rückt aber den ÖPNV wieder verstärkt ins Bewusstsein. Das sollten wir ausnutzen und eigene Positionen und Forderungen ins Gespräch bringen. Es existiert ein Handzettel, der sich gut zusammen mit dem Falblatt verteilen lässt. Auch

die entsprechende Datei kann über die unten genannten Kontaktadressen für die eigene Verwendung angefordert werden. Der Regionalbeauftragte Matthias Dietrich ist Bahnreisenforscher und steht Ihnen bei der Öffentlichkeitsarbeit gerne mit Rat und Tat zur Seite. Außerdem sucht er noch Aktive, die mit ihm Falblatt und/oder Handzettel verteilen wollen.

Schulpolitische Kundgebung in Stuttgart

Am 15. Oktober 2022 veranstaltet die ÖDP in Stuttgart gemeinsam mit DiB (Demokratie in Bewegung) auf dem Marienplatz eine schulpolitische Veranstaltung, auf der auch verschiedene Verbände zu Wort kommen sollen. Wir wollen öffentlichkeitswirksam darauf hinweisen, wo in der Schulpolitik der Hase im Pfeffer liegt, und eigene Forderungen präsentieren. Nach Möglichkeit soll auf die Veranstaltung auch eine Aktion folgen. Schulpolitik ist ein



Nachruf auf Erich Rupp

Der ehemalige 2. stellvertretende Bundesvorsitzende Erich Rupp ist im Alter von 90 Jahren verstorben.

Der Unternehmensberater ist 1996 in die ÖDP eingetreten, weil die ÖDP für erneuerbare Energien steht. Stets lag ihm der Ausbau der Solarenergie am Herzen. Von 2001 bis 2005 gehörte er als 2. stv. Bundesvorsitzender und als Beisitzer dem Bundesvorstand an und befasste sich insbesondere mit der Wahlwerbung. Bis 2019 war er im Kreisvorstand der ÖDP Reutlingen aktiv, zuletzt als stellvertretender Kreisvorsitzender.

Der gebürtige Ukrainer Erich Rupp genoss es, mit seiner Familie zusammen zu sein. Er bewunderte die Schönheit der Welt und wollte sie bewahren. Dieses Bestreben war die Antriebsfeder für sein Engagement in der ÖDP, für das wir ihm von Herzen danken.

Matthias Dietrich, Kreisvorsitzender

Thema von landesweiter Bedeutung. Deshalb bitten wir um starke Unterstützung.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg
Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: (0711) 63 64 64 4, info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: (07121) 88 01 04
matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

Agnes Becker und Tobias Ruff sind die neuen ÖDP-Landesvorsitzenden

Die bayerische ÖDP hat zwei neue Landesvorsitzende: Agnes Becker, Initiatorin des erfolgreichen Artenvielfalt-Volksbegehrens „Rettet die Bienen“, und Tobias Ruff, Vorsitzender der ÖDP-Fraktion im Münchner Stadtrat, sind die neuen Parteichefs. Erstmals gibt es eine Doppelspitze. Die rund 250 Delegierten aus den bayerischen Kreisverbänden haben das Duo am 30.04.2022 in Landshut ohne Gegenkandidaten mit 96,6 Prozent (Becker) und 95,4 Prozent (Ruff) gewählt.

Der Parteitag ist eine Weichenstellung für die Landtags- und Bezirkswahl im kommenden Jahr. Die ÖDP zeichnet im Freistaat Bayern einen kontinuierlichen Zuwachs auf inzwischen fast 5.000 Mitglieder und will nun „den Einzug in den Landtag schaffen“. „Wir sind die politisch erfolgreichste Oppositionspartei in Bayern. Wir sind die einzige Oppositionspartei, die gegen den Willen der CSU Gesetze durchbringt. So wie es zwei Parteien gibt, die so tun, als ob sie um das „Sozial“ in ihrem Parteinamen konkurrieren, so muss es unbedingt zwei Öko-Parteien geben, die sich tatsächlich in einem positiven Wettbewerb um die besten ökologischen Weichenstellungen befinden. Wir werden darauf achten, dass auf dem Weg zur sozialökologischen Transformation nichts weichgespült wird“, sagte Becker.

Landesvorsitzender Tobias Ruff erklärte, inzwischen sei „für alle erkennbar, dass die Energieversorgung auch eine Frage der nationalen Sicherheit ist. Jedes neue Windrad, jede Solaranlage schenkt uns mehr Unabhängigkeit und sichert ein Stück Frieden in Europa. Mit ihrer Windkraft-Blockade schadet die CSU auch der bayerischen Wirtschaft“. Auch die neue Bundesregierung habe bislang keine sinnvollen Vorschläge vorgelegt, um die Bürokratielast abzuwerfen, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien behindert.

Der bisherige bayerische ÖDP-Vorsitzende Klaus Mrašek, der nach elfjähriger Amtszeit nicht mehr zur Wahl an-



Das neue Führungsduo der ÖDP Bayern: Tobias Ruff und Agnes Becker

trat, skizzierte in seiner Abschiedsrede „die Gefahr, dass sich selbst in der gegenwärtigen schweren Energiekrise nichts ändert“. Mrasek erinnerte daran, dass vor genau 50 Jahren Dr. Dennis Meadows in seinem Wissenschaftsklassiker „Die Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt habe, „dass es auf einem begrenzten Planeten kein unbegrenztes Wachstum geben kann“. In diesen letzten fünfzig Jahren habe sich aber der Konsum vervielfacht. Die ökologischen Bedingungen der Welt hätten sich drastisch verschlechtert. „Die ÖDP ist die einzige Partei, die sich dazu



Der neu gewählte ÖDP-Landesvorstand (von links): vorne: Esther Wagenhäuser, Agnes Becker, Martha Altweck-Glöbl, Lucia Fischer; hinten: Thomas Büchner, Tobias Ruff, Agnes Edenhofer und Alexander Abt. Es fehlt: Christoph Zollbrecht.

bekannt, dass wir unsere Ansprüche an den Planeten begrenzen müssen. Alle anderen Parteien wollen den Wählerinnen und Wählern diese Härte der Wahrheit ersparen. Dem muss sich jemand entgegenstellen. Und das ist der Job der ÖDP“, sagte Mrasek.

In einer Resolution forderten die Delegierten die bayerische Staatsregierung auf, die geplante Stilllegung des Atomkraftwerks Isar 2 zum Jahresende nicht länger infrage zu stellen und die Sicherheit der bestehenden Zwischenlager vor dem Hintergrund einer veränderten sicherheitspolitischen Lage zu verbessern. „11 Milliarden kWh produziert Isar 2 pro Jahr. Wenn jede und jeder Deutsche 132 kWh im Jahr einspart, ist die Abschaltung ausgeglichen. Das ist erreichbar und es wäre auch ohne Putins Kriegsverbrechen sinnvoll“, so Ruff. Außerdem startete die ÖDP eine Petition „Stimmkreisreform statt XXL-Landtag“.

Die weiteren Wahlergebnisse: Als stellvertretender Landesvorsitzender wurde Thomas Büchner (Landkreis Coburg) im Amt bestätigt und die stellvertretende Landrätin aus dem Landkreis Straubing-Bogen, Martha Altweck-Glöbl, neu gewählt. Neuer Landesschatzmeister ist Bezirksrat Alexander Abt (Memmingen). Zu Beisitzern wählten die Delegierten Agnes Edenhofer (Weilheim), Esther Wagenhäuser (Schweinfurt), Lucia Fischer (Memmingen-Unterallgäu) und Christoph Zollbrecht (Amberg-Sulzbach). Ein 9-Minuten-Film vom Parteitag ist auf www.oedp-bayern.de eingestellt.

Volksbegehren für bessere Radverkehrsförderung

Ein Bündnis aus Verbänden und Parteien hat einen bayernweiten Radentscheid gestartet. Durch das Volksbegehren soll im Freistaat endlich der fehlende Rahmen für eine echte Radverkehrsförderung geschaffen werden. Emilia Kirner, Fraktionsvorsitzende der ÖDP im Freisinger Stadtrat, ist die offizielle Beauftragte der ÖDP Bayern im Trägerbündnis. Details unter www.oedp-bayern.de

ÖDP produziert neue Folge des „Königlich Bayerischen Amtsgerichts“

Eine Film Premiere hatte die ÖDP zum Politischen Aschermittwoch angekündigt, dann aber wie alle Veranstaltungen an diesem Tag abgesagt. Jetzt ist das 9-Minuten-Werk online auf www.oedp-bayern.de. Das Königlich Bayerische Amtsgericht verhandelt in dem Film die Frage, warum fast kein Politiker und kaum eine Politikerin den vor 50 Jahren erschienenen Wissenschaftsklassiker „Die Grenzen des Wachstums“ gelesen hat. Am Ende gibt es im Streit um die Wachstumspolitik ein sensatio-

nelles Urteil, mit dem niemand rechnen konnte – außer der ÖDP.

Petition gegen aufgeblähten XXL-Landtag

Nach dem Parteitagsbeschluss, eine landesweite Petition gegen die im kommenden Jahr drohende Aufblähung des Landtags zu starten, hat der ÖDP-Landesvorstand am 11. Juni das Startsignal für die Aktion „Stimmkreisreform statt XXL-Landtag“ gegeben. Die Unterschriftenliste für die Petition steht auf www.oedp-bayern.de zum Download bereit. Das Anliegen wird noch vor der Wahl im Landtag behandelt.

Kontakt: ÖDP Bayern, Urban Mangold
Presseanfragen/Mandatsträgerbetreuung
Tel.: (08 51) 93 11 31, urban.mangold@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de

Brandenburg

Im Einsatz für Natur und Menschen

Nach langer Corona-Pause sind wir nun auf verschiedenen Umweltfesten präsent, um neue Mitglieder zu werben – so in Falkensee, Eberswalde, Potsdam und weiteren Orten. Gleichzeitig sehen wir uns mit zahlreichen Themen konfrontiert.

Die Ausrufung eines Notstands für die Artenvielfalt wäre längst fällig

Dass sich Ackergifte kilometerweit durch die Luft verbreiten, konnte das Umweltinstitut München in einer deutschlandweiten Studie bereits belegen. Aktuell ergab nun eine Untersuchung in Brandenburg, dass in und um das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin Rückstände von Pestiziden in der Luft vorhanden sind. Dort befinden sich streng geschützte und artenreiche Lebensräume. Um das Artensterben aufzuhalten, müssen solche Schutzgebiete auch vor dem Einfluss von Pestiziden sicher sein. Selbst inmitten der Kernzone des Biosphärenreservats, die vor jeglichem menschlichen Eingriff geschützt sein sollte, finden sich Pestizidrückstände. Direkt angrenzend an das Biosphärenreservat wird intensiver konventioneller Ackerbau betrieben. Im Biosphärenreservat selbst wird auch Ackerbau betrieben. Etwa ein Drittel davon sind ökologisch bewirtschaftete Ackerflächen. Von den 26 Stoffen, nach denen gesucht wurde, konnten in den Sammelmedien innerhalb eines Jahres neun verschiede-



Foto: ÖDP

ne Pestizidwirkstoffe und ein Abbauprodukt nachgewiesen werden. Besonders bedenklich: Zwei Wirkstoffe, die das Grundwasser gefährden, wurden an allen Standorten nachgewiesen. Die Herbizide Flufenacet und Terbutylazin gefährden das Grundwasser. Zudem sind vier von neun nachgewiesenen und zum Messzeitpunkt zugelassenen Pestizidwirkstoffen so gefährlich für Umwelt und Gesundheit, dass die EU sie durch weniger riskante Stoffe ersetzen möchte: Aclonifen, Chlortoluron, Diflufenican und Flufenacet. Ein weiterer Wirkstoff, der nachgewiesen



Foto: Thomas Löb

Die ÖDP Brandenburg mit einem Stand auf dem Umwelt- und Familienfest in Falkensee

wurde, gilt zudem als krebserregend. Wie lange manche Stoffe in der Natur verbleiben, zeigen die Funde des längst verbotenen Insektengifts DDT. Dieses wurde an zwei Standorten gefunden – und das fast 30 Jahre nach dem endgültigen Verbot des extrem schädlichen Insektizids in der ehemaligen DDR. Wir fordern deshalb die Brandenburger Landespolitik auf, Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Schutz zu gewährleisten: Das Ausbringen von Pestiziden in Schutzgebieten muss sofort verboten werden und es müssen rund um sensible Gebiete herum Pufferzonen eingerichtet werden! Langfristig wird der Erhalt der Artenvielfalt aber nur mit einem Ausstieg aus der Anwendung chemisch-synthetischer Pestizide gelingen.

Gefährdet ist die Artenvielfalt jedoch auch durch den geplanten Bau neuer Fernstraßen für die wahnhaft Industrialisierung Brandenburgs. Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 würden deutschlandweit 1.000 Kilometer zusammenhängende Lebensräume zerschnitten, Moore trockengelegt, Wälder gerodet, Wiesen versiegelt und 171 Naturschutzgebiete erheblich beeinträchtigt.

Rückwärtsgewandtes Verfahren bedroht Mensch und Natur – keine Deponie in Rüdersdorf

Die ÖDP Brandenburg unterstützt aktuell eine gesamte Gemeinde mit all ihren Fraktionen und Naturschützern,

welche derzeit Opfer von „grüner“ Politik des Landesamts für Umwelt (LfU) sind. Der Kommune Rüdersdorf wurde von der Landesregierung das Recht auf Planungshoheit entzogen – entgegen langjähriger, gemeinsam erarbeiteter Regionalentwicklungspläne der letzten 30 bis 40 Jahre zwischen Berlin und Brandenburg. Eine ausführliche Pressemitteilung ist auf unserer Homepage zu finden: <https://t1p.de/vzfo0>

In Rüdersdorf soll über den Zeitraum von 17 Jahren auf Altlasten eine ca. 400 m lange und rund 40 m hohe Deponie für Bauschutt aufgeschüttet werden. Durch eine riesige Drucklast und das dadurch erwartete Aufsteigen von Feuchtigkeit könnten laut Expertenmeinung bisher dort im Sand gebundene Giftstoffe ins Trinkwasser gelangen und sich über die nahe liegende Seenkette bis zur Löcknitz und über den Flakensee ins Flakensee ausbreiten. Es muss damit gerechnet werden, dass gebundene Nervengifte und krebserregende Stoffe, sogenannte PAKs, plötzlich unweit des Trinkwasserareals des kommunalen Wasserversorgers freigesetzt werden. Diese Vorstellung wäre ein Horrorszenario, zumal Anwohner seit über 40 Jahren einen Zusammenhang zwischen einer auffälligen regionalen Häufung von Krebs-, Herz-, Kreislauf- sowie Autoimmunerkrankungen und den Altlasten herstellen. Die gewerblich im Boden vergrabenen Giftstoffe dienen zu DDR-Zeiten der Devisenbeschaffung aus West-Deutschland. Die EU beschloss übrigens schon um die Jahrtausendwende, dass Mülldeponien die am wenigsten zu bevorzugende Müllentsorgungsart sind. Ein Projekt, wie die Rüdersdorfer Deponie, kann nur rückwärtsgerichtet wirken, da es auch die Zero-Waste-Prinzipien wie Urban Mining und Cradle to Cradle ignoriert. Eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft erfordert maximale Abfallvermeidung, hohe Recyclingquoten und ein Ende des Raubbaus an der Natur.

Bad Freienwalde raubt Uhu, Seeadler und Schwarzstorch das Zuhause

Die Pläne für einen Solarpark Hohensaaten bei Bad Freienwalde sehen die Zerstörung eines 370 Hektar großen, naturbelassenen und sich selbst verjüngenden Waldes vor. Auch hier eskaliert die Ignoranz gegenüber der Natur. Die verwilderte Waldfläche, ein prima CO₂-Senker, soll unwiderruflich dem Artenschutz und der Wasserbindung entzogen werden, damit Investoren an einem vermeintlichen Klimaschutzprojekt verdienen können. Hinter dem „Öko“-Projekt vermuten wir lupenreines Greenwashing: Die Lindhorst-Gruppe als potenzieller Investor hat mit intensiver Landwirtschaft und Massentierhandel ein Vermögen gemacht. Sie zählt zu den größten Flächeneigen-

tümern in Ostdeutschland und gilt als typisches Beispiel für eine auf Flächen- und Gewinnmaximierung getrimmte Landwirtschaft. Durch jahrelangen Intensivanbau von Mais verursachte sie die Erosion von Landflächen und hohe Nitratwerte im Grundwasser. Nun möchte sie mit Solarparks hohe Rendite erzielen. Als scheinbar unwiderlegbares Argument wird wieder mal der Klimaschutz vor- und ad absurdum geführt. Dabei wird außer Acht gelassen, dass diese öffentlichen Areale dann 30 bis 40 Jahre lang per Pacht gebunden sind. Es werden Preise gezahlt, die bis zu 15 mal höher sind als das, was ein Ökolandwirt je anbieten kann – quasi eine kommunale Goldgrube. Wird dabei auch der Boden verkauft, nennt man dies Landgrabbing. Solche Spekulationen über die räumlich begrenzte Ressource Boden, die zudem in den letzten 20 Jahren eine Wertsteigerung um das Dreifache erfuhr, sind unredlich. Dort werden vermutlich nie mehr Lebensmittel produziert werden und allenfalls später Gewerbegebiete entstehen.

Für den Erhalt von 4.000.000 m² Wald

Ein weiteres Handlungsfeld für uns stellt derzeit der Wald bei Brandenburg/Havel unweit des Klosters Lehnin dar. Dieser wurde in den letzten Wochen in der öffentlichen Debatte u. a. als Brandsatz, Monokultur und reine Kiefernplantage bezeichnet. Wer solche Eigenschaftszuschreibungen für diese 4 Millionen m² große Waldfläche benutzt, war entweder nie vor Ort oder möchte den Wald bewusst öffentlich abwerten, um den geplanten Großindustriestandort mitten im Wald unweit der A2 durchzusetzen. Es gibt bisher keinen wertschätzenden Umgang mit den mehr als 2.500 Anwohnern, die in den dicht angrenzenden Dörfern und Ortsteilen leben. Auch hier sind die Menschen schockiert über die Folgen für die Natur und Umwelt. Wir sind im regen Austausch mit den Betroffenen und der dortigen Bürgerinitiative.

Kontakt: ÖDP Brandenburg
Thomas Löb, Landesvorsitzender
Tel.: (01 75) 99 66 70, info@oedp-brandenburg.de
www.oedp-brandenburg.de

Nordrhein-Westfalen

Kundgebung der ÖDP NRW vor dem Landtag in Düsseldorf zum Global Degrowth Day

Am 3. Juni 2022 hielt die ÖDP NRW vor dem Landtag in Düsseldorf eine Kundgebung für nachhaltige, gesündere und bewusstere Lebensstile ab. Anlass war der Global De-

growth Day, zu Deutsch: Welttag der Wachstumswende, der weltweit Anfang Juni begangen wird und dieses Jahr auf den 4. Juni fiel. Ziel des Welttages ist es, darauf aufmerksam zu machen, wie wir ohne ständiges Wirtschaftswachstum ein auskömmliches Leben führen können. Denn ein „immer mehr“ geschieht mit der derzeitigen Wirtschaftsweise ausschließlich über die Ausbeutung der Natur und der Schwächsten in der Gesellschaft.

„Wir können nicht zur alten Normalität zurückkehren“, so Rita Nowak, NRW-Landesvorsitzende der ÖDP, „denn diese Normalität ist das Problem.“ In ihrer Rede vor dem Düsseldorfer Landtagsgebäude ging sie auf die Forderungen der wachstumskritischen ÖDP ein: die Umwelt nicht unnötig zu belasten, den Verbrauch von Gütern zu reduzieren, eine geschlossene Abfall- und Kreislaufwirtschaft zu etablieren und Arbeit und Gesellschaft neu zu denken.

Kleine Wahnachlese zur Landtagswahl in NRW 2022

Die ÖDP hat bei der Landtagswahl in NRW am 15.05.2022 gar nicht so schlecht abgeschnitten – trotz aller Probleme im Vorfeld. Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die ÖDP in NRW 8.056 Stimmen, bei der Landtagswahl haben wir, gegen alle Erwartungen, einen zarten Zuwachs von 1.600 Stimmen (gesamt 9.655) erreicht! Das zeigt uns, dass wir mit der Modernisierung der ÖDP-NRW auf dem richtigen Weg sind.

Vielleicht hätten wir sogar noch mehr erreicht. Doch schon zu Beginn der Arbeit des neuen Landesvorstands zeigte sich eine zerrissene Partei, die sich zum Start in den Landtagswahlkampf nicht entschließen wollte – und das, obwohl bereits eine Landesliste mit 20 Personen gewählt wurde. Im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl wurde die Anfrage der Spitzenkandidatin, bereits den Landtagswahlkampf vorzubereiten, abgelehnt.

Dann war das Ergebnis der Bundestagswahl bekanntlich miserabel und keiner wollte sich mit der nächsten Wahl beschäftigen. Wegen fehlender Etatmittel lehnte der alte Landesvorstand das Versenden der Unterstützungsfomulare ab, eine von Rita Nowak forcierte Wahlkampfgruppe löste sich Anfang Dezember wieder auf. Auf dem Landesparteitag Ende Januar 2022 wurde der neue Landesvorstand gewählt. Gleichzeitig wurde vom KV Köln ein Antrag eingebracht, den Wahlkampfetat auf 6.000 Euro zu beschränken – obwohl der Bundesverband bereits 20.000 Euro in Aussicht gestellt hatte. Mit knapper Mehrheit beschlossen, wurde einer der größten Landesverbände mit angezogener Handbremse in den Wahlkampf geschickt.

Ab Februar 2022 konnte der neue Landesvorstand endlich loslegen. Es musste ein Slogan gefunden und



Foto: Einsiedler

Mitglieder der ÖDP NRW riefen am Welttag der Wachstumswende dazu auf, Arbeit und Wirtschaft neu zu denken und die Ausbeutung der Erde zu beenden (v.l.n.r.: Rita Nowak, Dr. Susanne Ruff-Dietrich, Jeyaratnam Caniceus, Franjo Schiller, Veronika Berger).

Flyer und Plakate gedruckt und verschickt werden – ohne Landesgeschäftsführer, ohne Landessekretärin. Nach gebetsmühlenartigen Aufrufen zum Sammeln von Unterstützungsunterschriften (UU) konnten immerhin knapp 700 UUs beim Landeswahlleiter eingereicht werden, am letzten Tag vor Abgabeschluss. Wir waren glücklich, dass dies dank des hohen Einsatzes der Aktiven gelingen konnte und zumindest der Antritt zu dieser wichtigen Wahl geschafft wurde – auch wenn letztlich nur 12 von 20 Wählbarkeitsbescheinigungen der Kandidierenden der Landesliste eingereicht wurden.

Eine weitere ungute Voraussetzung war das veraltete Landesprogramm, obwohl bereits der alte Landesvorstand vielfältig zur Aktualisierung aufgerufen und geworben hatte. Auf dem dafür einberufenen Sonderparteitag lagen nur wenige und teilweise unzulängliche Anträge vor, nur geringfügig konnte hier noch Positives beschlossen werden. Zuweilen entstand der Eindruck, dass Einzelne persönliche Befindlichkeiten dem Vorankommen der Landespartei vorstellten. Auch der Leit Antrag der Landesvorsitzenden und Spitzenkandidatin,

welcher das Wahlkampfthema in den Mittelpunkt rückte, wurde zuerst zerpflückt und anschließend abgelehnt. Die Wahlkampagne des Landesvorstands unter dem Slogan „Bio-Diversität – Mensch – Tier – Umwelt“ erhielt ähnlich wenig Unterstützung. Den Bauwagen hätten wir gerne verwendet. Jedoch gab es nur eine (vage) Rückmeldung, weshalb er nach dem BPT in Köln wieder zurückgehen sollte. Überrascht waren wir, dass der Bauwagen doch in Köln abgestellt wurde. An der Kommunikation muss also dringend gearbeitet werden.

Alles in allem unser Fazit: Es hätte besser laufen können, doch mit vereinten Kräften wurde auch Positives erreicht. Jetzt heißt es, die Scherben zu kitten, zu informieren und zu überzeugen, an die neuen Erfolge anzuknüpfen und mit viel Elan bereits die Europa- und Kommunalwahl vorzubereiten!

Rita Nowak und Uta Parmaksiz

Kontakt: ÖDP NRW
Rita Nowak, Landesvorsitzende
presse@oedp-nrw.de, www.oedp-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Besichtigung einer Bioabfallvergärungsanlage mit unserer EU-Abgeordneten Manuela Ripa

Kürzlich fanden sich auf Einladung des Regionalverbands Koblenz-Mittelrhein die ÖDP-Abgeordnete im Europaparlament, Manuela Ripa, und rund 20 Mitglieder der ÖDP Rheinland-Pfalz zur Besichtigung der Rhein-Hunsrück-Entsorgung (RHE) in Kirchberg ein. Nicht-ÖDP-gebundene Interessierte schlossen sich der Gruppe an. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand die Bioabfallvergärungsanlage, die zu Recht als einzigartig und vorbildlich gelten kann. Hier entstehen aus Küchenabfällen saubere Energie und ein zähflüssiger Rest, der als hochwertiges Düngemittel in der Landwirtschaft Verwendung findet.

Den Einführungsvortrag hielt Vorstand Thomas Lorenz im außerschulischen Lernort der RHE, der auch alle anderen Arbeitsfelder der RHE einschließlich der Stromerzeugung durch Photovoltaik und der mit Strauchschnitt befeuerten Fernheizwerke vorstellte. Eine lebhaft Diskussionschluss schloss sich an. Die Europaabgeordnete Manuela Ripa lobte den Vorbildcharakter der Anlage und berichtete über ein 500-Millionen-Euro-Programm der EU zur energetischen Abfallverwertung, das bei Landrat

Volker Boch auf ernsthaftes Interesse stieß. Er unterstrich die Bereitschaft des Kreises, in Sachen der ökologischen Müllverwertung und der Erzeugung alternativer Energieformen weiter voranzugehen.

Die RHE leistet einen wichtigen Beitrag zur Energiegewinnung in der Region und macht den regional erzeugten Strom für jeden zugänglich. Somit entwickelt sich die RHE schrittweise zum lokalen Versorger für erneuerbare Energien. Die Abgeordnete Ripa wird künftig auf die Beispielhaftigkeit der Bioabfallvergärungsanlage für andere Regionen in ihrer Arbeit auf EU-Ebene verweisen und den Kontakt mit der RHE aufrechterhalten.

Die Besichtigung und die zugehörigen Erläuterungen trafen bei der gesamten Gruppe auf ungeteilt positive Resonanz. Ein besonderer Dank geht an Thomas Lorenz für die beeindruckende Präsentation und an Landrat Volker Boch für die ergänzenden Ausführungen.

Weitere Informationen zu dem Besuch in Manuela Ripas Pressemitteilung: <https://t1p.de/nahox>

Landesparteitag ÖDP Rheinland-Pfalz

Die ÖDP Rheinland-Pfalz hat auf ihrem Landesparteitag in Bad Münster am Stein den 64-jährigen Winzer Johannes Schneider aus Maring-Noviannd als Landesvorsitzenden wiedergewählt. Schneider ist Mitglied des Kreistags und



Foto: Yannik Bernardi

Die ÖDP-Besucherguppe mit Manuela Ripa vor der Bioabfallvergärungsanlage



Foto: ÖDP Rheinland-Pfalz

Der Vorstand der ÖDP Rheinland-Pfalz: Andrea Steffen-Boxhorn, Prof. Dr. Felix Leinen, Dr. Achim Baumgarten, Andreas Rößler, Erik Hofmann, Dr. Claudius Moseler, Manuela Dienhart, Dr. Eva Eisenhardt-Borsche, Landesvorsitzender Johannes Schneider und Brigitte Doege sowie Klaus Wilhelm (nicht im Bild)

des Verbandsgemeinderats Bernkastel-Kues. Zu seinen Stellvertretern wurden Klaus Wilhelm aus Mainz und Manuela Dienhart aus Lichtenborn von den Delegierten gewählt. Zum Landesschatzmeister wurde Prof. Dr. Felix Leinen (Mainz, Ortsbeiratsmitglied Hechtsheim) und zum Landesschriftführer Dr. Claudius Moseler (Mainz, Stadtratsmitglied und Ortsvorsteher Marienborn) wiedergewählt. Sechs Beisitzerinnen und Beisitzer komplettieren den Landesvorstand: Dr. Achim Baumgarten (Simmern, Verbandsgemeinderatsmitglied), Andreas Rößler (Münster-Sarmsheim, Kreistagsmitglied) und Erik Hofmann (Traben-Trarbach). Neu im Vorstand als Beisitzerinnen sind Brigitte Doege (Bad Neuenahr-Ahrweiler), Andrea Steffen-Boxhorn (Mainz, Ortsbeiratsmitglied Marienborn) und Dr. Eva Eisenhardt-Borsche (Bad Kreuznach). Weitere Informationen: <https://www.oedp-rlp.de/partei/landesvorstand>

Landesvorsitzender Johannes Schneider betonte in seinem Rechenschaftsbericht, dass wir derzeit drei große Krisen haben, die weiterhin gleichermaßen Beachtung finden müssen und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen: die Corona-Krise, den Krieg in der Ukraine, aber auch den Klimawandel. Die zentrale Botschaft des US-Forschern Prof. Dr. Dennis Meadows in der vom

Club of Rome veröffentlichten Studie ist unmissverständlich und jährt sich in diesem Jahr zum 50. Mal: Auf einem begrenzten Planeten kann es kein unbegrenztes Wirtschaftswachstum geben. Das ist die politische DNA der ÖDP. Wir müssen unsere Ansprüche an den Planeten reduzieren. Klimaüberhitzung, Fluten, Sturzregen und Stürme auch bei uns in Rheinland-Pfalz, vor allem im Ahr-tal, zeigen das immer deutlicher.

Die ÖDP Rheinland-Pfalz wird 2024 wieder bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz teilnehmen und in weiteren Regionen wählbar sein. Derzeit hat die Partei rund 35 kommunale Mandate im Land, u. a. in der Landeshauptstadt Mainz. Einen engen Austausch pflegt der Landesverband auch zur ÖDP-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Manuela Ripa, die im Saarland ansässig ist. Im vergangenen Jahr haben zudem die JÖ-Mitglieder einen eigenen Landesverband für Rheinland-Pfalz und das Saarland gegründet. Gerade bei jüngeren Wählerinnen und Wählern erhält die ÖDP auch in Rheinland-Pfalz immer mehr Zuspruch.

Kontakt: ÖDP Rheinland-Pfalz
Dr. Claudius Moseler, Schriftführer im Landesvorstand
Tel.: (061 31) 679820, claudius.moseler@oedp.de
www.oedp-rlp.de

Bundesarbeitskreis Christen in der ÖDP

Frühjahrsmitgliederversammlung des BAK Christen in der ÖDP

Corona hinderte uns gottlob nicht mehr daran, uns wieder leibhaftig von Freitag, dem 4. bis Sonntag, dem 6. März 2022, im Evangelisch-Lutherischen Kloster Amelungsborn im Landkreis Holzminden zu treffen. Leider gelingt es uns meist nicht, mehr als 10 Leute aus der gar nicht so kleinen Mitgliederzahl des BAK zu versammeln, unabhängig davon, wo wir uns treffen. In Amelungsborn könnte man sich fast im Nirgendwo vermuten, außer der Klosteranlage und

Das Kloster wurde 1135 von Zisterziensern gegründet. 1568 nahm der damalige Konvent im Rahmen der Reformation das Augsburger Bekenntnis an. 1860 übernahm die Evangelische Landeskirche Hannover das Amt des Abtes und das Kloster füllte sich mit neuem Leben.

Unsere Versammlung begann am Freitagabend. Vorsitzender Dirk Uehlein begrüßte die Teilnehmer und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Wir nahmen zur Kenntnis, dass mit

das Morgengebet. Daran schloss sich die Kirchenführung durch den Klosterkürster Marx an: ein sehr belesener, wissensträchtiger Mann. Das große Kirchengebäude könnte so auch in einer größeren Stadt stehen, ein romanisch-gotischer Bau. Die etwa einstündige Führung weitete sich aber in ein architektonisch-theologisch-geschichtliches Seminar aus, das Herr Marx interessant zu gestalten wusste.

Daran anschließend bereiteten wir unsere Teilnahme am Katholikentag in Stuttgart vom 25. bis 29.05.2022 und am Evangelischen Kirchentag vom 7. bis 11. Juni 2023 in Nürnberg vor.

Am restlichen Vormittag und am späten Nachmittag erarbeiteten wir Stellungnahmen zu Anträgen zum BPT in Köln.

Um uns auch etwas zu bewegen – wie wir das immer tun – und die Umgebung zu erkunden, unternahmen wir eine kleine Wanderung um den „Weinberg“ bei Hohenberg im landschaftlich schönen Deutschen Mittelgebirge Weserbergland.

Zur nächsten Mitgliederversammlung, die vom 11. bis 13.11.2022 im Kloster Marienthal in Ostritz/Görlitz stattfinden wird, haben wir uns vorgenommen, das Thema Behinderung ganzheitlich zu diskutieren.

Sehr umfangreich befassten wir uns mit dem BPT-Leitantrag „Mehr Menschlichkeit statt transhumanistischer Entmenschlichung“, weil wir vom Bundesvorstand darum gebeten wurden. Wir plädierten für eine Überweisung an die Bundesprogrammkommission zur gründlichen



Foto: ÖDP

Die am Frühjahrestreffen teilnehmenden Mitglieder des BAK Christen & Ökologie vor der Kirche in Amelungsborn (v.l.n.r.): Dirk Uehlein, Werner Roleff, Martin Weinmann, Helmut Graf, Simon Meyer, Dieter Niessner, Axel Gebhardt, Hildegard Meyer, Dirk Zimmermann, André Meyer

ein paar Häusern ist da nichts. Eine klösterliche Gemeinschaft konnten wir nicht erkennen, denn die Familiaritas (etwa 40 Männer verschiedener Berufe aus allen Regionen Deutschlands) kommt nur einmal im Monat für ein Wochenende zusammen, um Gott zu preisen und zu loben. Außer Klosterkürster Marx, zweier Küchenfrauen und einem einsamen Pilger trafen wir niemanden.

dem Druck unseres neuen Faltblatts gewartet wird, bis der Bundesparteitag (BPT) in Köln unsere beantragte Namensänderung zu „Christen in der ÖDP“ beschlossen hat.

Axel Gebhardt und Martin Weinmann gestalteten eine Abendandacht nach Texten des Weltgebets-tags am 4. März 2022.

André Meyer, katholischer Diakon mit Zivilberuf, leitete am Samstag

Überarbeitung, weil uns der Antrag in der vorliegenden Form nicht klar und verständlich genug erschien.

Ein Sonntagsgottesdienst wurde in Amelungsborn nicht angeboten, weshalb wir mit eigenen Kräften einen ökumenischen Wortgottesdienst gestalteten. André Meyer leitete ihn, Martin Weinmann und Hildegard Meyer wirkten als Lektoren und Werner Roleff spielte die Orgel unter Mithilfe des elfjährigen Simon Meyer (Sohn des Ehepaars Meyer) als Registrator.

Vor dem Mittagessen begrüßten wir noch einmütig einen Vorschlag unseres Mitglieds Werner Roleff, zum BPT in Köln einen Initiativantrag einzubringen, insbesondere die Russisch-Orthodoxe Kirche in Russland möge ihren Einfluss nutzen, den Krieg sofort zu beenden.



BAK-Mitglieder im Tagungsraum des Klosters Amelungsborn

Nach dem Mittagessen um ca. 13 Uhr beendeten wir unsere Mitgliederversammlung und fuhren Gott befohlen nach Hause.

Wenn Sie, liebe Leserin/lieber Leser, zu unserer nächsten Mitglie-

dersammlung kommen wollen, melden Sie sich bitte bei unserem Vorsitzenden Dirk Uehlein unter: dirk.uehlein@web.de

Helmut Graf

Bundesarbeitskreis Queer

Neu gegründeter BAK Queer nimmt die Arbeit auf

Beim 60. Bundesparteitag im April in Köln wurde beschlossen, den ÖDP-Bundesarbeitskreis „Queer“ einzurichten. Dieser ist einer von insgesamt 15 Bundesarbeitskreisen. Der BAK Queer hat sich auf einer Online-Sitzung am 23.05.2022 konstituiert und Vorstandswahlen durchgeführt, die anschließend per Briefwahl bestätigt wurden.

Als Vorsitzende wurde Rita Nowak (Landesvorsitzende NRW) gewählt, als stellvertretende Vorsitzende Aleks Böse und als Beisitzer Stephan Mitesser. Inhaltlich befasste sich diese Sitzung mit den Themen Regenbogenfamilien, Auftritte bei verschiedenen Christopher Street Days (CSD), Diskriminierung und rechtliche Gleichstellung queerer Menschen (LGBTIQ*: Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Intersex, Queer – auf Deutsch: lesbisch, schwul, bisexuell, transgender/transsexuell, intersexuell, quer/fragend und weitere Geschlechtsidentitäten [Redaktion]).

Wer im BAK Queer mitarbeiten möchte, kann von der ÖDP-Webseite (<https://t1p.de/haxr3>) die BAK-Mitgliedschaftserklärung herunterladen, ausfüllen und an info@oedp.de senden. Für inhaltliche Fragen und Anregungen steht der BAK-Vorstand unter bak.queer@oedp.de zur Verfügung.

Rita Nowak, BAK-Vorsitzende



Bundesarbeitskreis Mobilfunk

Interessantes aus dem BAK Mobilfunk

Auf dem Bundesparteitag in Köln zeigten wir als Bundesarbeitskreis Mobilfunk mit einem Infostand Präsenz. Wir stellten u. a. entscheidende Mobilfunkstudien, frühere Bundestagsanfragen der Parteien Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zum Thema sowie die Europäische Bürgerinitiative „Stay connected but protected“ vor. So ergaben sich viele interessante innerparteiliche Gespräche, worauf sich zahlreiche Mitglieder neu zur Mitarbeit im BAK Mobilfunk anmeldeten.

Zur Vorbereitung von Aktionen anlässlich des „Welttags der Elektrohypersensibilität“ (EHS) am 16. Juni 2022 erstellte eine Arbeitsgruppe von ÖDP-Mitgliedern in einem Online-Speicher einen Ordner mit Betroffenenberichten, Fotos und Werbevorlagen. Der Ordner ist über diesen Kurzlink zu erreichen: <https://t1p.de/ybopi>

Viele mobilfunkkritische Gruppen bundesweit wurden so animiert, sich ebenfalls zu beteiligen. Anlässlich des Jahrestags wurden außerdem zahlreiche Stühle gelb angestrichen, im öffentlichen Raum platziert und fotografisch festgehalten. Denn weltweit repräsentieren an markanten Orten aufgestellte gelbe Stühle die Abwesenheit von elektrohypersensiblen Menschen in der Öffentlichkeit. Das Gelb als Symbolfarbe der EHS-Erkrankten stammt ursprünglich von Kanarienvögeln, die früher als Frühwarnsystem im Bergbau eingesetzt wurden. Eindrücklich beschrieben in dem hinterlegten Flyer „Strahlen-Flüchtlinge im eigenen Land“: Menschen flüchten in ihre Keller zum Schlafen und Arbeiten, sie flüchten aus ihren Wohnungen, ziehen ständig um, verlieren ihren Arbeitsplatz. Manche sehen keinen anderen Ausweg, als ihr Leben zu beenden. Der Grund ist die zunehmende, für diese Menschen unerträgliche Mobilfunkbelastung.

Unser BAK erarbeitete auch einen Kommentar zum ÖDP-Leitantrag „Transhumanismus“ und formulierte einen Abschnitt neu. Außerdem stießen wir beim Stöbern in alten Ausgaben der ÖkologiePolitik aus den Jahren 2003 und 2007 auf Artikel zum Thema Mobilfunklobbyismus durch führende Politiker und frühere Bundesminister, zur Medienbeeinflussung sowie zur Behinderung von Veröffentlichungen kritischer Mobilfunkberichte. Heutzutage, angesichts der stark angestiegenen und allgegenwärtigen Funkbelastung, sind diese Themen noch weit brisanter als vor 20 Jahren.

Vorstand des BAK Mobilfunk



Gelber EHS-Symbolstuhl vor Nürnberger Berufsschule



Die ÖDP und ich

Mein Name ist Florian Brunner und ich lebe im wunderbaren Bayerischen Wald. Schon sehr bald in meinem Leben, als ich gerade in der Schule das Lesen lernte, wurde meine Seele von der gekonnten Wahlwerbung der ÖDP umfungen. Gemäß dem damals noch vorherrschenden niederbayerischen Zwang zu sonntäglichen Kirchenbesuchen (die wie die Wahl der CSU unstrittig waren) besuchte ich mit meiner Familie den Gottesdienst. Viel bekam ich da meistens nicht mit – ich träumte vor mich hin und war jedes Mal froh, wenn uns der Pfarrer entließ.

Eines Tages dann, nach dem Sonntagsritual, ein einschneidendes Erlebnis: Ich erblickte das erste Mal ein ÖDP-Wahlplakat. Abgebildet war ein großer Löwe mit



5 nach 12

*Wenn Regenten über Krieg sinnieren,
nur für die eigene Macht regieren,
wenn Schlangen als Heilsbringer agieren,
Heuchler sich gekonnt brüskieren.*

*Wenn die Menschen nur noch streiten,
hadern wegen Nichtigkeiten,
wenn falsche Hirten die Herde leiten,
sich die Schafe gegenseitig Kummer bereiten.*

*Wenn Kinder nicht mehr lauthals lachen,
über unschuldige, tollpatschige Sachen,
wenn Liebende sich über Nacht hassen,
sich bekriegen, verletzen und verlassen.*

*Wenn unsere Mutter Erde liegt im Sterben,
unsere Nachkommen nur Giftmüll erben,
wenn aus Tieren Objekte werden,
Lebensmittel auf dem Feld verderben.*

*Diese Zeit hat schon begonnen,
doch können wir dem Schlimmsten noch entkommen.
Halten wir zusammen, bleiben wir besonnen,
dann hat die Dunkelheit noch nicht gewonnen.*

Foto: Benarminka/Stock

einem Reißnagel im Hinterteil und den Worten: „Auch ein kleiner Reißnagel kann einen großen Hintern bewegen“. Peng, dieser Slogan saß.

Ich kann mich erinnern, dass ich zu dieser Zeit auch Greenpeace-Mitglied wurde. Es ging mir gut, ich gehörte zu den Guten. Bereits damals, in den 80er-Jahren, waren der Klimawandel und E-Autos in aller Munde. Verändert hat sich, ich bin heute 43 Jahre alt, bisher leider kaum etwas. Aber es ging damals so weit, dass ich meine Mutter zur Weißglut brachte, wenn ich die Heizkörper mal wieder im ganzen Haus eine Stufe niedriger gestellt hatte.

So viel zu meinem Heiligenschein in der Kindheit – der Weg zurück zur ÖDP im Erwachsenenalter war dann schon schwieriger. Dass ich überhaupt zur ÖDP-Familie kam, ist gar nicht selbstverständlich: Ich entstamme nicht nur einer tiefst religiösen Sippe, sondern einer Familie von CSU-Wählern. Mein Vater war sogar 30 Jahre lang Bürgermeister unseres 2.000-Seelen-Dorfes. CSU wohlbemerkt. Ich habe ihn aber trotzdem lieb.

Im Alter von 19 oder 20 Jahren bekam ich sehr schwere gesundheitliche Probleme, welche mich zwangen, mein gesamtes bisheriges Leben zu überdenken. Nach drei Krankenhausaufenthalten in kürzester Zeit schrie mich das Leben an: „Stopp. Bis hierhin und nicht weiter!“ Ein begonnenes Studium der Betriebswirtschaftslehre konnte ich nicht weiter verfolgen. Mein gesamtes Leben begann, sich um 180 Grad zu drehen. Ich bat Gott um Hilfe und sie wurde mir zuteil.

Ich begann, mit meinem Opa im Wald zu arbeiten. Vor allem das Pflanzen von Jungbäumen machte mir dabei oft große Freude. Nach und nach überwand ich so meinen Burn-out und fand zu neuen Kräften zurück.

Etwas später kam ich für einen längeren Zeitraum in der Altenpflege unter. Es ging mir langsam, aber stetig besser. Politisch trat ich der ÖDP nun auch als zahlendes Mitglied bei. Und ich begann mit dem Schreiben von Gedichten. Meine ersten „Werke“ drehten sich fast alle um die Natur, Gott und Sehnsüchte. Durch Veröffentlichungen mancher Texte in Gedichtbänden, Zeitschriften oder im Internet dämmerte es mir, dass mein literarisches Schaffen gar nicht mal so schlecht war.

Das Gedicht „5 nach 12“ entstand im Jahr 2014, als die Krim-Krise ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte. Es ist keines meiner besten Gedichte, aber eines von hoher Aktualität, weil sich in all den Jahren an der Brisanz des Inhalts nichts verändert hat. Die Menschen lernen einfach nichts hinzu.

In diesem Sinne: ÖDP forever. Noch viele Hintern wollen und noch viel mehr Hintern müssen durch unseren Reißnagel bewegt werden.

Florian Brunner, 94239 Ruhmannsfelden

Wachstum ohne Grenzen?

Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdatum

Der Beitritt wurde mir empfohlen von

Frühere Parteimitgliedschaften:

.....
Name der Partei von bis

.....
Name der Partei von bis

Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 18 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 - jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle | Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: - 29 | info@oedp.de | www.oedp.de

Leserbrief zur ÖP188

Gratulation zu dieser Ausgabe!

Viele Artikel, die einem erläutern, was in unserer Gesellschaft gerade schief läuft bzw. Medien & Politik einem aufkotroyieren wollen und dabei die Gesellschaft spalten.

Die Mitte und damit die Mehrheit der Gesellschaft denkt und fühlt anders, hat aber keine so laute Stimme wie die Links- und Rechtsidentitären bzw. ist nicht an den Stellen, die den Ton angeben.

Sie zieht sich eher zurück und hofft, dass es nur eine „Mode“ ist, die vorübergeht. Es bleibt ein Kopfschütteln. Wo soll das hinführen?

Man möchte Leute weniger ausschließen, indem man Leute ausschließt. Diversität fängt bei jedem einzelnen Menschen an sich an, weil jeder von uns einzigartig ist. Das hat die Natur, das Leben auf dem Planeten Erde so angelegt. Unsere Gene, unsere Hormone, unsere Erziehung, unser soziales Umfeld – so vieles prägt uns als Person.

Daher müssten wir eher schauen, wo unsere Gemeinsamkeiten sind, und nicht worin unsere Unterschiedlichkeiten liegen. Denn da kommen wir einfach nie zusammen. Wir sind alles Unikate!

Als Münchnerin denke ich dann an Gerhart Polt und sein Stück „Toleranz“: <https://t1p.de/u0xcr> (YouTube).

Nele Joas, 81735 München

Leserbrief zur ÖP188

Mit Spannung erwarte ich stets die nächste Ausgabe von „ÖkologiePolitik“, da diese Zeitschrift eine der wenigen gesellschaftspolitischen Publikationen mit Niveau am Pressemarkt ist. Die Ausgabe April 2022 muss und will ich aber besonders hervorheben. Die Beiträge sind ganz überwiegend auf höchstem Niveau und werden wohl viele LeserInnen begeistert haben. Als Abo-Leser muss man der Vorstandschaft der ÖDP auch einmal Danke für dieses Magazin sagen und – ohne Übertreibung – auch zu dieser politischen Zeitschrift gratulieren! Es wäre m. E. überlegenswert, ob man den Ausgabe-Rhythmus nicht verdoppeln sollte, denn das Thema „Ökologie und Politik“ ist derzeit wohl so wichtig wie noch nie. Die „sozialen Medien“ sind deutlich erkennbar nicht in der Lage, politische Themen seriös aufklärend und nachhaltig zu bearbeiten. Für einen erweiterten Ausgaben-Rhythmus würde ich eine Erhöhung der Abo-Gebühren gern in Kauf nehmen.

Übrigens bedeutet meine Begeisterung keineswegs, dass ich alle Artikel kritiklos für bestens gelungen betrachte. Als Beispiel nenne ich hier die in der Ausgabe April 2022 enthaltene „Ökolumne“ von Ulrich Brehme,

nämlich „Krieg in der Ukraine“. Ich bin ja bei den medialen Ergüssen zum Ukraine-Krieg einiges gewohnt. Aber was Ulrich Brehme hier veröffentlicht, kann man mit dem Grundsatzprogramm der ÖDP nicht in Einklang bringen. Ich gehe aber davon aus, dass ihm dabei nicht bewusst war, wer von solchen vereinfachenden und personenbezogenen (böse Menschen – gute Menschen) Artikeln stets und immer profitiert, nämlich die wahren Kriegstreiber, also der militärisch-industrielle Macht-Bereich hinter den „Präsidenten-Figuren“. Aber dieser „Ausrutscher“ von Ulrich Brehme kann mein grundsätzliches Gesamtlob nicht beeinträchtigen.

Günter Grzega, 91757 Treuchtlingen

Leserbrief zur Ökolumne „Krieg in der Ukraine: Wohin führt das?“ von Ulrich Brehme in der ÖP188

Die ÖDP ist für mich zweifelsfrei die einzige ernst zu nehmende Partei bezüglich ökologischer Politik, somit die wahren Grünen. Diese offenbaren sich derzeit als absolute Kriegstreiber und somit alles andere als ökologisch. Gerade die ÖDP sollte sich davon distanzieren, tut sie aber nicht, wenn sie die täglich vorgebrachten, nicht wirklich bewiesenen Anschuldigungen ein weiteres Mal wiedergibt und somit den kriegstreibenden Grünen Rückenwind verschafft, ohne wirklich Experten für das zu haben, was z. B. Herr Ulrich Brehme in seiner Kolumne von sich gibt.



Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften **bis zum 9. Oktober 2022** an:

ÖDP Bundesverband, Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Fax: (09 31) 404 86 29, E-Mail: redaktion@oekologiepolitik.de

Dass die ÖDP beim Thema Corona völlig stillgehalten hat, hat mir als ÖDP-Mitglied nicht so gut gefallen. Allzu hysterisch wurde die Angst durchs Dorf getrieben. Es hätte gut getan, etwas mehr Sachlichkeit in die Debatte zu bekommen, die nur auf Panikmache ausgerichtet war und ist. Als studierter Mathematiker, aber auch unter Kenntnis der internen Abläufe in einer Corona-Station, hat sich mir letztendlich offenbart (Statistik), dass die getroffenen Maßnahmen wenig zielführend waren, mehr Schaden als Nutzen erzeugten. Allerdings konnte ich dann doch Verständnis dafür finden, warum die ÖDP sich nicht dazu äußerte. Als ökologischer Spezialist, der die ÖDP zweifelsfrei ist, hat man keine diesbezüglichen Fachleute, weswegen man besser schweigt.

Nicht so beim Thema Ukraine-Krieg. Hier scheint es in der ÖDP dann doch Experten zum Thema Putin, Russland und Krieg zu geben. Wieder wird in geradezu hysterischer Art und Weise einseitige Berichterstattung vollzogen. Völkerrechtswidriger Angriff, Putin der Diktator, 100 Milliarden für Rüstung, das hören wir tagtäglich in den Medien und als Folge gibt es Sanktionen, die die Welt noch nicht gesehen hat. Dass es im Donbass seit 2014 13.000 Tote aufgrund ukrainischer Angriffe gegeben hat, dass man dort nicht mehr russisch sprechen darf, dass die NATO Serbien bombardiert hat, dass die USA ohne UNO-Mandat 1 Million Tote im Irak hinterlassen und damit die Geburtsstätte des radikalen Islam erschaffen hat, dass das alles aber keine wie auch immer gearteten Sanktionen nach sich zog, wird in der Gleichung nicht berücksichtigt. Wir sind ja die Guten.

Obwohl inzwischen belegt ist, dass alles auf Lügen begründet war (ein kleines Fläschchen mit Giftgas, das Colin Powell damals in die Kamera hielt, siehe <https://www.deutschlandfunk.de/auf-luegen-gebaut-100.html>), glaubt nun auch der „Experte“ der ÖDP, den Durchblick zu haben, indem er sich berufen fühlt, das bereits zigfach vorgebrachte Halbwissen ein weiteres Mal durchs Dorf zu treiben. Er schreibt davon, dass Russland die Ukraine auslöschen möchte, der Präsident vergiftet wurde (siehe Colin Powell) – als ob er die Beweise dafür vorlegen könnte, was bis jetzt aber nicht geschah. Die Aussage Russlands, dass man die Ukraine lediglich neutral sehen möchte und das Militär entwaffnet werden soll, wird konsequent ignoriert – so wie man schon bezüglich Corona kritische Stimmen mit Sanktionen belegt hat. Nicht in Russland, sondern hierzulande. Da lobe ich mir die Aussage eines hohen amerikanischen Militärs, die klarstellte, dass man mit 150.000 Mann kein Land wie die Ukraine einnehmen könne, dass Russland damit tatsächlich nur das Ziel der Entmilitarisierung verfolgen könne.



Die ÖDP steht seit jeher für ökologische Politik. Zur EU-Wahl 1994 wurde dies in verschiedene europäische Sprachen übersetzt.

Weiter schreibt Herr Brehme von Desinformation seitens Moskau, erwähnt jedoch nicht, dass sowohl ARD als auch ZDF weiterhin ihr Studio in Moskau betreiben dürfen, während RT-Deutschland derartige Sendelizenzen nicht erhalten hat, sogar deren Verbreitung im Internet hierzulande unter Strafen gestellt ist. Auch wenn er davon ausgeht, dass nur wir über die Wahrheit berichten: Wer hat das Recht, der Bevölkerung vorzuschreiben, aus welchen Quellen sie sich informieren darf? Wie kann ich mir eine Meinung bilden, wenn ich nur eine der beiden Parteien hören kann? Ich erinnere mich gerade an die Bücherverbrennung und somit an einen Umstand, der Deutschland nicht wirklich als Demokratie und Russland als Diktatur erscheinen lässt, das Desinformation betreiben könnte.

Herr Brehme schreibt weiter von Atomsprengköpfen, verschweigt jedoch, dass die Nato über 1 Billion (= 1.000 Milliarden) an Militärausgaben hat, während Russland diesbezüglich mit 67 Milliarden alles andere als aggressiv wirkt. Was passieren würde, wenn Russland Raketen in Kuba und somit vor der Tür der USA stationieren würde, während die Amerikaner genau das vor Russlands Haus-

tür machen, interessiert Herrn Brehme auch nicht. Außerdem hören wir davon, dass jetzt alleine in Deutschland 100 Milliarden Euro für Rüstung zur Verfügung stehen, während Corona-Verlierer bis heute auf Entschädigung aufgrund erfolgloser Maßnahmen warten (was sich statistisch beweisen lässt) und vor allem die bedauernswerten Menschen im Ahrtal immer noch in Containern hausen müssen, weil unser Staat nicht in der Lage ist, dort adäquate Hilfe zu leisten.

Ich empfehle insbesondere Herrn Brehme, aber generell allen Menschen, sich die vom ZDF gedrehte Serie (vier Teile Terra-X) „Russland von oben“ anzuschauen. Es ist lohnenswert, zu sehen und zu hören, was Putin aus diesem Land gemacht hat. Mit wie viel Liebe und bemerkenswerter Offenheit gegenüber allen gläubigen Ausrichtungen in Russland dafür gesorgt wurde, dass alte Kulturgüter – insbesondere auch solche aus deutscher Hand – wieder aufgebaut wurden. Und was zudem alles für den Naturschutz gemacht wird. Das war in der Vergangenheit ganz und gar nicht der Fall, als unter dem pro-westlichen Präsidenten Jelzin dafür gesorgt wurde, dass Russland vom Westen geradezu ausgeplündert wurde, Menschen am Verhungern waren, in Schlangen um ihr Essen anstehen mussten.

Dass sogar gemäß westlicher Erhebung inzwischen 83% der Bevölkerung hinter Putin stehen, verwundert mich deshalb nicht. Sollte es hier tatsächlich nicht demokratisch zugehen, relativiert sich die Demokratie gerade in meinen Augen angesichts dessen, dass man bei uns eine Regierung abgewählt hat, die eine Impfpflicht auf Biegen und Brechen durchzudrücken versuchte, die neu gewählte Regierung versprochen hatte, dass es mit ihr keine Impfpflicht geben wird, um jetzt festzustellen, dass diese in genau das gleiche Horn bläst. Wenn so etwas Demokratie sein soll, verwundert es nicht, warum das System Putin so viel Zuspruch erhält.

Andreas Otto, 83224 Grassau

Leserbrief zur „Resolution des ÖDP-Bundesvorstands zum Ukraine-Krieg“ in der ÖP188

Ihrer Forderung nach einem Importstopp für russische Energie kann ich nicht zustimmen. Der moralische Impuls dazu ist natürlich verständlich – keine Finanzierung des Krieges durch Energieimporte aus Russland. Nur: Zu unterschiedlich sind die Einschätzungen von Wirtschaftsfachleuten über die von Ihnen schon vermuteten „einschneidenden Wohlstandsverluste“. Die daraus folgenden sozialen Verwerfungen sind sehr wahrscheinlich,



Schon zur Bundestagswahl 1990 plädierte die ÖDP für Erneuerbare Energien – Kernenergie könne dagegen keine Lösung sein.

und ob die von Ihnen dann vorausgesetzte Verteilungsgerechtigkeit zur Abfederung der negativen Konsequenzen durch die jetzigen Parlamentarier mit dem nötigen Nachdruck betrieben würde, wage ich zu bezweifeln. Die letzte Krise, Corona, hat z. B. nur zu noch größeren Ungleichheiten in der Einkommensverteilung geführt. Schon jetzt hat die von meinem Versorger angekündigte 50%ige Erhöhung der Gaspreise mir die ernstesten Sorgenfalten ins Gesicht getrieben – die kommende Rentenerhöhung wird das nicht abfedern. Und das wäre ja nur der Anfang. Des Weiteren ist es unter Fachleuten umstritten, ob ein Energieembargo seitens Europa und den USA Russland wirklich kriegsentscheidend schwächen würde: Zu viele andere Länder, die darüber hinaus das Narrativ über den Ukraine-Krieg nicht teilen, stehen als Abnehmer günstiger russischer Energie bereit. Mein Fazit: Ein Energiestopp ist vermutlich kein brauchbares Mittel, die Kriegsfinanzierung ernstlich zu stören, die Folgen dagegen dürften für Europa fatal sein.

Doris Seiferth, 85072 Eichstätt

Leserbrief zur „Resolution des ÖDP-Bundesvorstands zum Ukraine-Krieg“ in der ÖP188

Laut Artikel zum Ukraine-Krieg in der letzten Ausgabe fordert die ÖDP einen EU-weiten Importstopp für Öl, Kohle und Gas aus Russland. Leider hängen wir auch hierzulande sehr am Tropf von russischen Energielieferungen, umso mehr durch den Ausstieg aus Kohle- und Atomenergie. Die erneuerbaren Energien decken nur einen kleinen Teil der Energieversorgung ab und können so schnell gar nicht ausgebaut werden, um damit die fossile Energie zu ersetzen. Stoppen wir voreilig die Energieimporte aus Russland, müssen wir notgedrungen auf andere schmutzige, teurere, höchst unökologische Deals ausweichen (Gas aus Katar, Fracking-Öl aus USA etc.), ansonsten drohen massenhafte Firmenpleiten bzw. Abwanderungen von Unternehmen und Hunderttausende Arbeitslose. Und wie sollen die vielen Bürger mit geringem Einkommen den von der ÖDP in Kauf genommenen „einschneidenden Wohlstandsverlust“ verkraften? Schon jetzt liegt die Inflation bei knapp 8% und sie wird nach Meinung von Wirtschaftsexperten über mehrere Jahre hinweg sehr hoch bleiben, ein Energieembargo gegen Russland wird das noch befeuern. Auch gibt es osteuropäische EU-Länder, die mehr oder weniger komplett von russischer Energie abhängig sind. Das zu ignorieren, halte ich für überheblich. Mit einer massiven Wirtschaftskrise in der EU wird darüber hinaus erst recht keine ernsthafte Ökopolitik mehr betrieben werden und populistische Parteien werden massiven Zulauf bekommen. Es ist dringend geboten, hier mit Augenmaß vorzugehen.

Ralf Keilwerth, 84513 Töging/Inn

Leserbrief zum Artikel „Ein kongeniales Geschäftsmodell“ in der ÖP188

Andreas Rebers gefällt sich in der Rolle des Vertreters der „radikalen Mitte“ und als solchen präsentiert ihn uns die April-Ausgabe der ÖkologiePolitik. Zu Recht? Ich zweifle. Nach Rebers' Aussage hatte ihn „die Berichterstattung und die Abbildung der Flüchtlingskrise 2015“ zu jener „Positionierung“ gebracht. Angesichts der „Lückenpresse“ – Rebers nennt beispielhaft die „Süddeutsche Zeitung“ – und der Einseitigkeiten bei ARD und ZDF habe er quasi den weggesperrten Wahrheiten Bahn brechen müssen. Es mag schon sein, dass einschneidende Ereignisse wie die von 2015 auch von verantwortungs-

bewussten Medien nicht gleich vollumfänglich erfasst werden. Als täglicher Nutzer der SZ und der „Öffentlich-Rechtlichen“ halte ich Rebers' Verdikt allerdings für verzerrend und polemisch. Ich frage mich vielmehr, warum der angeblich von Rebers erfundene Begriff der „Lückenpresse“ zu einer Lieblingsvokabel der Rechtspopulisten geworden ist, von denen sich Rebers ja stets beflissen distanziert. Endgültig ins Grübeln kam ich bei einer „Radiospitzen“-Sendung des Bayerischen Rundfunks (BR 2) vom 01.02.2019, in der Rebers satirisch über einen fiktiven bulgarischen Lastwagenfahrer herzog. Da wurde – im Jahr der Europawahl – an diskriminierenden ethnischen Klischees wahrlich nicht gespart. Originalton Rebers: „Wenn irgendetwas eine Katastrophe ist, dann sind es Tausende osteuropäischer Lkw-Fahrer, die für deutsche Speditionen unterwegs sind, und das Biogemüse von A nach B fahren, an Wochenenden auf Raststätten festsitzen, sich volllaufen lassen und dann zum rumänischen Mindestlohn auf die Menschheit losgelassen werden.“ Das anschließende Lied von „Boris aus Bulgarien“ macht die Sache noch klarer:

„[...] ein kleiner dicker Mann mit Koteletten [...] Papiere braucht er keine, im Gepäck ein paar Kalaschnikows und ein paar Girls aus der Ukraine [...] hin und wieder transportiert er auch schon mal den Refugee. [...] der Fahrtenschreiber tickt, da nimmt er schnell die Scheibe raus, bulgarisch und geschickt. [...] und wenn er hinterm Steuer sitzt, dann kennt er kein Pardon. Ihm gehört die Autobahn [...] auf der Hinfahrt fasst er Rinderwahn, auf der Rückfahrt Hühnerpest. Boris aus Bulgarien, der nimmt's nicht so genau und [mit imitiertem slawischen Akzent:] Jordanka Jovanova, das ist seine Frau. [...] Boris aus Bulgarien, der fährt die ganze Nacht und irgendwann am Irschenberg, da ist er aufgewacht.“

Gehört das auch zu den weggesperrten Wahrheiten der radikalen Mitte, dass Fahrtenschreibermanipulation halt nun mal bulgarisch ist, so wie Autoklau polnisch, Betteln rumänisch, Schummelei griechisch usw.? Wenn das „Mitte“ ist, bin ich gerne bereit, sie zu verlassen. Zugegeben, Rebers ist ein versierter Kabarettist und ein virtuoser Musiker. Muss man dann ewig lange mit dem dümmlichen Sexisten-Witz von der „Antonia Hofreiter“ hausieren gehen? Und was ist von einem Menschen zu halten, der angesichts des schrecklichen Olympia-Attentats von München formuliert, dass „die Olympischen Spiele 1972 auch in die Hose gegangen waren [...]“? Ich meine, falls wir wirklich Helden der „radikalen Mitte“ benötigen, sollte sich „ÖkologiePolitik“ erneut auf die Suche machen und uns geeignetere Kandidaten präsentieren.

Alfons Kitzinger, 94327 Bogen

Leserbrief zum Artikel „Gleichstellung verhindert Gleichberechtigung“ von Dr. Johannes Resch in der ÖP188

Nach Lektüre dieses Artikels drängt es mich, mich mit den folgenden Überlegungen einzubringen.

Zunächst einmal stimme ich der Position des ärztlichen Kollegen Resch zu, dass die Kinderversorgung in unserer Gesellschaft einen größeren Wert erhalten soll.

Höchst kritikwürdig allerdings erachte ich die so ausgeprägt biologische Begründung, die ihn sogar dazu bewegt, die Frau gleichsam als die von den Genen und Hormonen vorgegebene Versorgerin der Kinder anzusehen.

Herr Resch hatte zur Einführung der organischen Begründung einen Bereich herausgenommen, in dem diese Argumentation sehr wohl überzeugend ist – den Bereich der körperlichen Leistungsfähigkeit. Diese ist in der Tat weitgehend organisch bedingt verschieden.

Als tiefenpsychologischer ärztlicher Psychotherapeut und Facharzt für Psychiatrie aber kann ich im Bereich des kulturellen Handelns von Menschen eine von Herrn Resch konstatierte weitgehend vorgegebene genetische und hormonelle Bedingtheit von Rollen als Aussage entschieden nicht mittragen.

Ja, unsere Psyche ist notwendig von dem Organ Gehirn abhängig. Aber keineswegs ist sie durch dieses Organ auch hinreichend bestimmt. Herr Resch nimmt hier eine entschieden positivistische Position ein, wie sie auch von den Vertretern einer positivistischen Hirnforschung eingenommen wird. Diese Vertreter gingen z. B. sogar her und forderten eine Abschaffung des Strafrechts, da das Gehirn als organisierte Materie nur den Gesetzen der Physik gehorche und nicht denen der Ethik. Ja, sie sprechen dem Menschen seine Willensfreiheit ab, die als Konzept bedeutsam für unsere Justiz ist.

[Ich empfehle zur Vertiefung des zuvor nur Angerissenen wärmstens die Lektüre des Buchs „Mythos Determinismus – Wieviel erklärt uns die Hirnforschung?“ der Physikerin und Philosophin Prof. Brigitte Falkenburg.]

Wer sich jedoch in seinem Denken keine positivistische Beschränkung auferlegt, erkennt eindrücklich, dass das Phänomen Psyche, das insbesondere auch beim Rollenhandeln zum Tragen kommt, auch und vor allem durch Psychodynamik bestimmt ist. Die tiefenpsychologische Forschung hat zudem einzig bei der sogenannten Affekt-toleranz eine eindeutig überwiegende konstitutionelle Mitbedingtheit festgestellt.

Wenn man folglich als Wissenschaftler, der sich mit der Psyche beschäftigt, sein erkenntnistheoretisches Denken auch um die Dimension einer Ontologie erweitert, in der auch das Transzendente, also das Nichtmaterielle, als



Mit der Forderung nach ehrlicher Politik und sozialer Gerechtigkeit zog die ÖDP 2004 in den EU-Wahlkampf.

Seiendes – und damit auch die darauf gründende Psychodynamik – seinen Platz hat, ist die von Herrn Resch vorgetragene Aussage zu den von den Geschlechtern eingenommenen Rollen, dass sie „weitgehend“ genetisch und hormonell vorgegeben seien, inhaltlich schlichtweg falsch.

Weiterhin drängt es mich daran zu erinnern, dass ein Begründen von Unterschieden zwischen den Geschlechtern mit „weitgehend“ organischen Faktoren z. B. zu einer so unsinnig lachhaften Publikation führte wie „Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes“ von Möbius. Und dieser argumentative Dammbreach, gründend auf einer sachlich falschen Prämisse, führt einen auch rasch zu einer organischen Begründung von Unterschieden zwischen verschiedenen Menschengruppen und damit zu rassistisch begründeter Etablierung von Ungleichheit.

Schlussendlich: Ich fühle mich als ÖDP-Mitglied nicht durch die Positionierung von Herrn Resch vertreten und möchte andere ÖDP-Mitglieder ermutigen, sich zu äußern, wenn sie sich meiner Kritik anschließen können.

Dr. med. Michael Schott, 46224 Bottrop

IMPRESSUM

Die Print- und die Online-Ausgabe der ÖkologiePolitik sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 18,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. Oktober 2022.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel (ja)
Anrode/Thüringen
kommunikation@oedp.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Agnes Becker, Roswitha Bendl,
Ulrich Brehme, Dr. Andrea Brieger,
Florian Brunner, Prof. Dr. Klaus Buchner,
Dr. Claudio Caballero, Matthias Dietrich,
Helmut Graf, Paul Holmes,
Thomas Löb, Urban Mangold,
Dr. Claudius Moseler, Rita Nowak,
Uta Parmaksiz, Gerd Pfitzenmeier,
Thomas Prudlo, Christian Rechholz,
Manuela Ripa, Charlotte Schmid,
Marion Schmidt, Dr. Michael Stöhr

Interviewpartner/-innen

Dr. Franz Alt

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Nürnberger Str. 13 A, 93152 Nittendorf
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (061 31) 67 98 20
redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.



VORSCHAU

ÖkologiePolitik im Dezember 2022



Resilienz

Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg zeigen, wie fragil unsere arbeitsteilige, hochtechnisierte und globalisierte Welt ist. Krisen sind nicht vorgesehen und können kaum abgedeckt werden. Eine Transformation zu einfacheren und robusteren Strukturen scheint unumgänglich. Das bedeutet aber auch eine Abkehr von der herrschenden Effizienzsteigerungs- und Profitmaximierungs-Ideologie. „Resilienz“ lautet das Zauberwort: Widerstandsfähigkeit, Belastbarkeit, Anpassungsfähigkeit. Was bedeutet das für die Wirtschaft? Für die Gesellschaft? Für den Einzelnen?

TERMINE

Fr.–So. 02.–04.09.2022	Schulungsworkshop Pressearbeit (in Zell am Main)
Do.–So. 08.–11.09.2022	Fahrt nach Brüssel der JÖ
Sa.–Mo. 01.–03.10.2022	ÖDP-Bundesparteitag (in Würzburg)
So. 09.10.2022	Landtagswahl in Niedersachsen
Sa. 15.10.2022	Landesparteitag der ÖDP Hamburg
Sa. 05.11.2022	Landesparteitag der ÖDP Thüringen
Fr.–So. 11.–13.11.2022	Workshop für ÖDP-Frauen (in Berlin)
Sa. 12.11.2022	Landeshauptausschuss Bayern mit Bezirks- und Kreisvorsitzenden-Konferenz
Sa. 19.11.2022	ÖDP-Bundeshauptausschuss (in Würzburg)
Sa.–So. 21.–22.01.2023	Landesparteitag der ÖDP Bayern
Sa. 18.03.2023	Landesparteitag der ÖDP Thüringen
So. 14.05.2023	Bürgerschaftswahl (in Bremen)
So. 14.05.2023	Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein



**Deprimiert sein?
Nützt nichts...**

**Aktiv werden?
Das ist die Lösung!**

www.oedp.de >>

Werbeanzeige des ÖDP-Kreisverbands München-Mitte für eine umweltpolitische Zeitschrift, 2008